11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 281

Jürgen Brammer, Klaus Weigle:

Die Illegalen von 1956/1968

Die Schwierigkeit, die Geschichte der kommunistischen Parteien zu schreiben „schätzt man nur richtig ein, wenn man sich den einzigartigen und unter säkularen Bewegungen beispiellosen Geist des Bolschewismus vor Augen führt." Gemeint sind der Opfermut, die Ergebenheit und freiwillige Disziplin. […] Die Historiker, die sich mit der kommunistischen Bewegung befassen „sollten einerseits mit dem Gegenstand hinreichend sympathisieren, damit sie gegen ihn nicht verleumderisch zu Feld ziehen, und andererseits unbeteiligt genug sein, nicht davor zurückzuscheuen, auch die möglichen dunklen Punkte ans Licht zu bringen." (Eric J.Hobsbawm, Revolution und Revolte, Aufsätze zum Kommunismus, Anarchismus und Umsturz im 20.Jahrhundert, Suhrkamp, Frankfurt/M 1977.)

Am Abend des 16. August 1956, einem Donnerstag, versammeln sich im Hause Dorfstraße Nr. 4 in Kiel-Elmschenhagen sechs Männer: Mitglieder des Sekretariats der KPD-Landesleitung Schleswig-Holstein. Es gibt keine Tagesordnung. Alles ist bereits beschlossen. Seit Montag ist bekannt: Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe wird am 17. August nach fünfjährigen, wiederholt unterbrochenen Verhandlungen seine Entscheidung zum Antrag der Bundesregierung bekanntgeben, die KPD zu verbieten. Am Dienstag hatte das „Norddeutsche Echo", die Zeitung der KPD Schleswig-Holsteins, in seiner Schlagzeile aufgefordert: „Verteidigt Demokratie und Gesinnungsfreiheit!" und den Genossen Mut gemacht: „Die KPD ist und wird sein. Sie wird an der Spitze unseres Volkes vorwärts zum Sieg schreiten."[1] Die Versammelten beschäftigt Naheliegenderes, sie haben keine Illusionen, für sie steht fest: Am morgigen Freitag wird man ihre Partei verbieten.

Der älteste unter ihnen, der fünfzigjährige Hein Meyn, wird aufgefordert, über seine Erfahrungen zu berichten. Er hatte das Parteiverbot von 1933 erlebt, die politische Arbeit heimlich fortgesetzt, war zweimal „hochgegangen" und hatte elf Jahre Haft in Zuchthäusern und Konzentrationslagern hinter sich. Den anderen Sekretären fehlen diese Erfahrungen, sie waren – mit einer Ausnahme[2] – der KPD erst nach dem Krieg beigetreten. Männer wie Hein Meyn waren für sie Helden, ihre Vorbilder, was Standhaftigkeit, Mut und Treue zur „Sache" betraf.

Wie gesagt, es gab an diesem Abend nichts mehr zu beraten und zu beschließen, jeder war auf die morgen einsetzende Verfolgung eingestellt, kannte seinen Auftrag, von dem die anderen nichts wußten. So verlangten es die Regeln der Konspiration. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Parteiführung „Aufträge" erteilte, die nicht selten tief in das Leben eines Mitgliedes eingriffen, aber auch die Disziplin, mit der sie entgegengenommen und erfüllt wurden, kennzeichnete ein Parteiverständnis der Kommunisten, das sie von anderen Parteien und deren Mitgliedern unterschied.

Die Spitzenkader stammten noch mehrheitlich aus jener Generation von Kommunisten, die als junge Genossen ab Mitte der 20er Jahre geprägt wurden, einer Periode, in der die KOMINTERN in ihren nationalen Sektionen das Parteimodell der Bolschewiki durchsetzte, die „Partei neuen Typus". Sie gaben ihr Parteiverständnis nach 1945 an die Jüngeren weiter. Stalin, der Initiator dieser Ausrichtung, sah in der Kommunistischen Partei „eine Art Schwertträgerorden", in ihren Kadern ein „Kommandeurkorps".[3]

Ein anderer verließ das Land noch in der Nacht, um Verantwortung in Bayern zu übernehmen. Hein Meyn hatte Order, sich in die DDR abzusetzen. Ein vierter kehrte ebenfalls nicht in seine Wohnung zurück, sondern fuhr nach Neumünster in sein „illegales Quartier", worunter die Genossen ein Zimmer verstanden, in dem sie unangemeldet und unauffällig unterkamen, um vor Beobachtung und Zugriff der Polizei sicher zu sein. Die übrigen sollten am Freitagmorgen in ihren Wohnungen abwarten, was dem Karlsruher Urteilsspruch folgte; sie rechneten mit Haussuchungen und Festnahmen.

1 Norddeutsches Echo, Kiel, 14.08.1956, S. 1.

2 Walter Kleier, Ahrensburg, vor dem Parteiverbot Vorsitzender der Parteikontrollkommission Schleswig-Holsteins. Er hatte als Angehöriger einer Armeefunkstelle Widerstand geleistet.

3 J.W.Stalin, Werke, Berlin 1952, Bd. 5, S. 61.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 282

Heute mit Sonderbeilage „Leipziger Herbstmesse"

PREIS 10 ₰

NORDDEUTSCHES ECHO

Nr. 192 Freitag, 17. August 1956

In Betrieben und Gewerkschaft:

Ablehnung eines KPD-Verbots

Heute 9.30 Uhr Urteilsverkündung in Karlsruhe

Hamburg. Heute, um 9.30 Uhr, will das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Urteil im Verbotsprozeß gegen die Kommunistische Partei Deutschlands verkünden. In zahlreichen Stellungnahmen von Gewerkschaftsorganisationen, SPD-Funktionären und Persönlichkeiten wurde ein Verbot der KPD abgelehnt, weil dieses mit den Grundsätzen der Demokratie nicht zu vereinbaren ist und den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands erschwert.

Gegen ein Verbot der KPD sprach sich gestern auch der Sekretär der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Bremen, Kollege Kracht, in einer Unterredung mit führenden Vertretern der KPD aus. Kracht brachte in der Unterredung zum Ausdruck, daß ein Verbot der KPD sich nicht mit der Demokratie vereinbaren lasse und ein Schlag gegen alle demokratischen Organisationen sei.

Der Bremer Gewerkschaftssekretär Schmidt von der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten versicherte, daß seine Kollegen hinter der Haltung ihres Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Nätscher stehen, der zu Beginn dieser Woche in Hamburg geäußert hat: „Ich habe nie und werde auch nie ein Hehl daraus machen, daß ich das Verbot der KPD für ein Unglück der Arbeiterklasse halte."

Die Arbeitsgemeinschaft der Lübecker Kopfschlachter im Seegrenzschlachthof protestierte auf das schärfste gegen ein KPD-Verbot. Mit dem Verbot der KPD versuche die Adenauerregierung ein zweites nationales Unglück heraufzubeschwören. Einstimmig sprachen sich die Kollegen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands aus und beagen folgende Stellung zu dem Ausspruch des Grenzschutzgenerals Hermann: „Wir wollen lieber Feige sein, als auf Arbeiter schießen. Wir werden niemals ein Gewehr für die Kapitalisten in die Hände nehmen."

„Eine Art Kriegserklärung"

Berlin. Über den Deutschlandsender erklärte gestern abend Professor Gerhard

Fackeldemonstration gegen KPD-Verbot

Bremer KPD-Funktionär Schramm appelliert an die Arbeiterklasse

Bremen. Rund 1000 Bremer Werktätige demonstrierten gestern abend mit Fackeln durch das Arbeiterstadtteil Bremen-Gröpelingen, um zur Verteidigung der KPD aufzurufen. Die Demonstranten forderten die Einwohner zum Schutz des Jahrganges 1927 vor der Zwangsrekrutierung auf.

Die bekannten KPD-Funktionäre, Heinrich Schramm und Arthur Böppple, appellierten an die Arbeiter, ihre starken Organisationen, die Gewerkschaften, die SPD, die KPD gemeinsam zum Kampf um Demokratie und gegen Wehrzwang einzusetzen. Es dürfe den deutschen Imperialisten, Militaristen nicht noch ein drittes Mal gelingen, unser Volk in einen Krieg zu stürzen.

Wenn Adenauer die KPD verbieten lasse, dann habe er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. 1956 sei kein 1933. In der Welt und auch in Deutschland sei die Arbeiterklasse unvergleichlich stärker als vor 30 oder 50 Jahren. In einem Großteil auf der Welt und auch in einem Teil Deutschlands seien die Arbeiter an der Macht und bauen den Sozialismus auf.

Besonders eindringlich wandten sich beide Redner an die sozialdemokratischen Klassengenossen, jetzt Schulter an Schulter mit den Kommunisten und parteilosen Arbeitern dafür Sorge zu tragen, daß die Adenauerkrise begraben werde.

Letzte legale Ausgabe des „Norddeutschen Echos", Zeitung der KPD-Landesorganisation Schleswig-Holstein, vom 17. August 1956.

So begann 1956 für die KPD Schleswig-Holsteins die Zeit einer zwölfjährigen Illegalität. Die Verfolgung von Kommunisten gehört zur Geschichte unseres Jahrhunderts. Sie fand in allen Staaten mit mehr oder weniger großer Härte statt, mit Ausnahme jener Länder, in denen sie selbst die Macht ausübten und ihrerseits zu den Verfolgern gehörten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war seit ihrer Gründung am Jahreswechsel 1918/19 28 Jahre lang verboten. Das erste Mal am 23. November 1923 nach Verhängung des Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten. Das Dekret wurde bereits dreieinhalb Monate später (01.03.1924) aufgehoben. „Das Ausmaß der Verfolgung erinnert einen aber mehr an die Zeit Bismarcks als an die Hitlers."[4] Anders das zweite Verbot: Es leitete eine zwölfjährige erbarmungslose Kommunistenverfolgung ein, die erst mit der Zerschlagung des Dritten Reiches durch die Sieger des II.Weltkrieges endete. „Tausende von ihnen wurden in den Konzentrationslagern und Strafanstalten gefangengesetzt;" heißt es im Urteil des BVG vom 17. August 1956, „viele erlitten für ihre politische Überzeugung den Tod."[5]

Forschungsgegenstand und Quellen. Die Verfolgung unter dem NS-Regime ist weitgehend erforscht und dargestellt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die illegale Arbeit der Kommunisten im Dritten Reich Teil des Widerstandes gegen Hitler war, den Bundestag und Regierung 1956 als „ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes und Staates" würdigten.[6] Das illegale Wirken der KPD in den Jahren 1956-1968 war Teil des Kalten Krieges, das auch nachträglich keine Anerkennung fand und als Forschungsgegenstand weitgehend unbeachtet blieb. Über die „Untergrund"-Arbeit der verbotenen Partei und ihre Bekämpfung in Schles-

4 O. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 148.

5 KPD-Prozeß, Sonderdruck des Urteils, Karlsruhe 1956, S.588.

6 Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. BGBL. I S. 562 vom 1. Juli 1957.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 283

wig-Holstein liegen bisher keine Untersuchungen vor.

Weitgehend unbekannt ist, wer in Schleswig-Holstein die Frauen und Männer waren, die sich über das Parteiverbot hinwegsetzten, was sie trieb, existentielle Risiken einzugehen und Opfer auf sich zu nehmen, wie groß ihre Zahl war, was sie tatsächlich bewirkten und wie mit ihnen verfahren wurde.

Die nachstehende Arbeit will zur Beantwortung dieser Fragen einen Beitrag liefern. Sie stützt sich auf Aussagen von Beteiligten, auf Urteile der für Staatsschutzsachen zuständigen Großen Strafkammer des Landgerichtes Flensburg, auf öffentliche Mitteilungen des Verfassungsschutzes (die Autoren bemühten sich vergeblich um Akteneinsicht) sowie auf Dokumente der im Geheimen weiterbestehenden Partei, des „Arbeitsbüros beim ZK der SED" (sogenannte Westabteilung) sowie eigene Erfahrungen und Kenntnisse der Autoren.

Der Prozeß und seine Auswirkungen auf die Partei. Der im November 1951 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gestellte Antrag der Bundesregierung, die KPD zu verbieten, erklärt sich aus der Situation und Atmosphäre des Kalten Krieges zwischen dem realen Sozialismus und dem freien Westen – so die Selbstbezeichnung der verfeindeten Lager. Zu dem Waffenarsenal dieser Auseinandersetzung gehörte neben diplomatischem, wirtschaftlichem und propagandistischem Druck auch immer die mehr oder weniger verhüllte Drohung mit einem heißen Krieg. Blockdenken und Lagermentalität auf beiden Seiten machten die Anhänger des jeweils anderen Systems zur Fünften Kolonne des Gegners, entsprechend wurden sie behandelt. Die Bundesregierung sah in Kommunisten ferngesteuerte „Agenten Moskaus"; große Teile der Bürger rieten ihnen bei jeder Gelegenheit: „Geht doch nach drüben".

Nachdem die Bundesregierung im November 1951 den Verbotsantrag gestellt hatte, vergingen drei Jahre, bis der I. Senat des Verfassungsgerichtes am 23. November 1954 zu seiner ersten Beratung zusammentrat. Immer wieder unterbrochen, zog sich die Beweisaufnahme an 51 Verhandlungstagen bis zum 17. Juli 1956 hin. Die lange Dauer des Verfahrens belegte „den Zweifel der Richter an der politischen Zweckmäßigkeit dieser Entscheidung", urteilt Jutta Limbach rückblickend.[7]

Bis kurz vor dem Verbot waren sich Regierung und ihre Berater nicht sicher gewesen, ob man dem Kommunismus primär durch Repressionen oder Aufklärung entgegentreten solle. Sie entschieden sich für eine Doppelstrategie, indem sie auf ein Verbot der KPD drängten und die Bundeszentrale für Heimatdienst damit beauftragten, eine Spezialabteilung für „aktive antikommunistische Propaganda" aufzubauen.[8] Die nach dem Verbot einsetzende juristische Verfolgung wurde durch ideologische Massenbeeinflussung ergänzt, deren Ziel eine „instinktsichere Mobilisierung der Gefühle" war, wie es ein Beamter des BMI formulierte. Die „Aufklärung" setzte vor allem auf Angstmache.

Das drohende Verbot hatte in der Mitgliedschaft der KPD zunehmend Wirkung gezeigt. Die Zahl der Austritte nahm zu und konnte bei weitem nicht durch Neuaufnahmen wettgemacht werden. Als die Landeskontrollkommission (LKK) diese Erscheinung herunterspielte, wies das Landessekretariat deren Bericht zurück: „Die Feststellung [im Bericht der LKK für den Zeitraum von Mitte April bis zum 31. Juli 1956],

7 Jutta Limbach: Politische Justiz im Kalten Krieg, Vortrag vor der Juristischen Gesellschaft zu Berlin, 15.12.1993. Zit. nach: Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik, Essen [1997], S. 15 f.

8 2. Deutscher Bundestag, 127. Sitzung v. 3.02.1956, S. 6625.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 284

Presse-Auswertung

Lübecker Nachrichten

Lübecker General-Anzeiger

Die große überparteiliche und unabhängige Zeitung Schleswig-Holsteins

Bezugspreis: 3,90 DM einschl. Zustellung; durch die Post bezogen 3,30 DM zuzügl. Bestellgebühr. Einzel-Nr. 20 Pf., sonntags 30 Pf. Postscheck-Nr. 130 97 Hamburg. Abbestellungen müssen bis zum 25. jedes Monats beim Verlag eingegangen sein.

Anschrift für Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung und Vertriebsabteilung: Lübeck, Königstraße 35/37. Fernruf Sammel-Nummer 2 55 11. Fernschreibnummer 026 801. Druck und Verlag: Lübecker Nachrichten G. m. b. H. Lübeck.

Nr. 193 - Jahrgang 11 Lübeck / Sonnabend, den 18. August 1956 Einzelpreis 20 Pf.

Kommunistische Partei verboten

Urteilsspruch in Karlsruhe Unterschiedliches Echo der Parteien

Von unserer Bonner Redaktion / nach dpa

Hamburg/Bonn. Seit Freitag mittag sind sämtliche Büros der KPD und alle Verlagsgebäude kommunistischer Zeitungen im Bundesgebiet von der Polizei geschlossen und versiegelt. Eine kommunistische Partei gibt es in der Bundesrepublik nicht mehr. Auf Antrag der Bundesregierung hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am Freitag morgen die KPD für verfassungswidrig erklärt und ihre Auflösung angeordnet. Die KPD war allerdings auf das Verbot und die anschließenden Polizeimaßnahmen gut vorbereitet. Längst waren alle wichtigen Akten und Mitgliederlisten in Sicherheit gebracht.

Das Verbot löste bereits wenige Stunden nach seinem Bekanntwerden ein lebhaftes Echo aus. Bundesinnenminister Dr. Schröder erklärte vor der Presse in Bonn, daß niemand an eine „Verhaftungswelle" gegen KPD-Mitglieder denke. Es gebe nicht gegen die kleinen Mitläufer des Kommunismus. Maßnahmen seien nur gegen die führenden Funktionäre geplant, „um die Motoren der KPD stillzulegen."

Keine Erschwerung

Schröder wandte sich gegen den Einwand, daß mit dem Verbot der KPD die Gefahr des Kommunismus größer und seine Bekämpfung schwerer sei, wenn die KPD in den Untergrund gehen werde. Die KPD habe mit ihrem Schwergewicht schon seit langem im Untergrund gewirkt. Es sei auch ein Irrtum zu glauben, daß durch das Verbot die Wiedervereinigung erschwert würde, erklärte der Minister. Durch das Urteil sei nur festgestellt, daß keine Aussicht bestehe, die Wiedervereinigung auf kommunistischer Grundlage zu erreichen. Das gesamtdeutsche Wahlgesetz werde an das Verbot nicht gebunden sein. Der Weg zu gesamtdeutschen Wahlen sei der KPD nicht versperrt. Der Minister glaubt auch nicht an eine Verschlechterung der Haltung der Sowjetunion.

Zahlreiche Beispiele zeigten, daß Moskau seine außenpolitischen Interessen keineswegs von der Zulassung einer kommunistischen Partei abhängig mache.

Die KPD zählt nach Angaben Schröders zur Zeit 70 000 eingeschriebene Mitglieder. Ein großer Teil der Parteifunktionäre sei jedoch aus Tarnungsgründen aus der Partei ausgetreten. Die KPD habe 13 Tageszeitungen mit 48 000 Abonnenten und vier Wochenzeitungen mit 100 000 Abonnenten sowie drei Monatsschriften. Hinzu kommen noch 30 Zeitungen und Zeitschriften von kommunistischen Hilfsorganisationen.

Meinung der Parteien

Während der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags, der CDU-Abgeordnete Hoogen, zum Verbotsurteil erklärte, die Bundesregierung sei auf Grund ihres Eides auf die Verfassung verpflichtet gewesen, die freiheitlich demokratische Grundordnung gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen, bedauerten SPD und FDP Bedenken an.

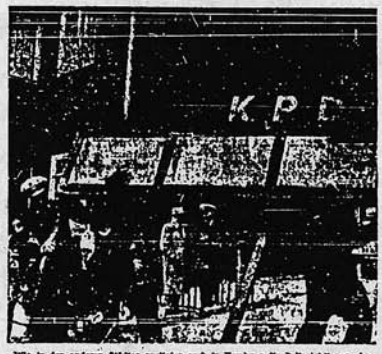
Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wellms nannte die Tatsache, daß man den Kampf gegen die KPD auf das juristische Gleis geschoben habe, eine politische Torheit. Die KPD sei durch den Ausgang der letzten Wahl bereits der Nichtachtung der Wähler preisgegeben worden und hätte nicht mehr lebensfähig sein können. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende Dr. Mende fragt, ob das Urteil im Jahre 1956 politisch zweckmäßig sei. Durch das Verbot vergebe sich die Bundesrepublik „eines Argumentes, der moralischen Überlegenheit in der gesamtdeutschen Diskussion".

Die BHE-Bundestagsfraktion stellte fest, daß Verbote allein noch keine Garantie für den Bestand des parlamentarischen Rechtsstaates geben. Ein Sprecher der FDP erklärte, daß die KPD keine deutsche Partei gewesen sei.

Ohne Zwischenfälle

Die Polizeiaktionen, die unmittelbar nach der Karlsruher Urteilsverkündung überall in der Bundesrepu-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Wie in den anderen Städten verfuhren auch in Hamburg die Polizeiaktionen ohne Zwischenfälle. Polizisten versiegelten hier kommunistische Schreibtische, die vor einer KPD-Zentrale aufgestellt waren. (Conti-Foto)

Dr. Adenauer verlängert Urlaub

Bonn (dpa). Bundeskanzler Dr. Adenauer will, wenn es die politische Lage erlaubt, seinen Urlaub auf der Bühlerhöhe noch um einige Tage bis Anfang September verlängern.

Ursprünglich hatte er geplant, seinen Urlaub am 28. August zu beenden. An seiner Absicht, zur Eröffnung des Katholikentages am 29. August in Köln zu sprechen, hält Dr. Adenauer jedoch fest. Er wird dann gegebenenfalls noch für einige Tage zur Bühlerhöhe zurückkehren.

Morgen lesen Sie

in der großen Sonntagsausgabe der Lübecker Nachrichten u. a.:

Italien steht vor der Wahl!
Europa oder das Mittelmeer

Das Ergebnis von Bayreuth
Wieland Wagners „Meistersinger"-Inszenierung

Der gepuderte Pierrot
von Heinrich Mann

Habt Erbarmen mit der Hausfrau
Gewerkschaft drückt beide Augen zu

Ärzte vor einer schweren Entscheidung:
Soll die Mutter oder das ungeborene Kind gerettet werden?

Leinwandträume wurden Wirklichkeit
Schauspielerinnen, die Fürsten heirateten

Gegenvorschläge Schepilows

Brentano schließt sich dem Dulles-Plan über Suez an

Von unserem Londoner Korrespondenten

J. P. R. London. „Ein bewaffnetes Eingreifen des Westens im Suez-Konflikt wird sich nicht auf das Suez-Gebiet beschränken lassen", erklärte der sowjetische Außenminister Schepilow am Freitag auf seiner mit Spannung erwarteten Erklärung auf der Londoner Suez-Konferenz. Schepilow, der mit 55 Minuten wiederum die längste Rede hielt, war der erste Delegationsführer, der sich mit dem von USA-Außenminister Dulles am Donnerstag vorgelegten Plan nicht einverstanden erklärte, sondern Gegenvorschläge machte.

Der sowjetische Außenminister schlug die Gründung einer Holding-Gesellschaft vor, zu der auch Ägypten gehören müsse, und erklärte weiter, daß Ägypten Garantien gegen einen Mißbrauch seines Besitzrechtes geben müsse. Insbesondere müsse Ägypten garantieren, seine Kontrolle über den Kanal niemals zu Sanktionen oder Blockaden irgendwelcher Art zu benutzen.

„Wir müssen auf dieser Konferenz zu einer für alle annehmbaren Lösung gelangen", erklärte Schepilow weiter, und die Beschlüsse dieser Konferenz sollten dann einer weiteren Konferenz zur Bestätigung vorgelegt werden. Zur Vorbereitung dieser zweiten Konferenz schlug Schepilow die Errichtung eines vorbereitenden Ausschusses vor. Diesem Ausschuß sollen angehören: Ägypten, Indien, England, USA, Frankreich und die Sowjetunion.

In Konferenzkreisen erregte Schepilows Erklärung darum erhebliches Aufsehen, weil der sowjetische Außenminister es ängstlich vermied, sich für Ägypten einzusetzen, sondern offenbar einen Mittelkurs zu steuern suchte. Konferenzkreise schließen daraus, daß Schepilow Auftrag habe, auf keinen Fall die Konferenz an der sowjetischen Haltung scheitern zu lassen. USA-Kreise betonten bereits, daß die Konferenz „insgesamt gesehen besser läuft als erwartet"!

Unmittelbar nach Schepilow sprach Bundesaußenminister Dr. von Brentano, dessen Erklärung nur sechs Minuten in Anspruch nahm. Er sagte, daß die Bundesregierung mit dem Dulles-Plan in allen wesentlichen Punkten einverstanden sei. Insbesondere halte die Bundesregierung den von Dulles vorgeschlagenen Anschluß der internationalen Suez-Behörde an die UNO „für sehr erwägenswert". Brentano schlug ferner die Errichtung institutioneller Einrichtungen vor, die das Recht der freien Benutzung des Suezkanals garantieren müßten — „sei es in Form von Kontrollen, sei es in Form der Mitwirkung an der Betriebsführung". Er erklärte weiter, daß Ägyptens legitime Interessen bei jeder Regelung berücksichtigt werden müßten.

Der französische Außenminister Pineau forderte erneut, daß der Betrieb des Suezkanals einer internationalen Behörde übergeben wird, in der die wichtigsten Kanalbenutzer und Ägypten vertreten sind. Diese internationale Körperschaft solle keine Gewinne machen. Zwölf Jahre lang sollte ein Teil der Gewinne zur Entschädigung der internationalen Suezkanal-Gesellschaft verwendet werden und ein Teil Ägypten zufließen. Nach Ablauf dieser Frist würde Ägypten einziger Nutznießer der Kanaleinnahmen sein.

Währungssorgen an der Saar

Gewerkschaften gegen übereilte Verhandlungen

N. Bonn. Maßgebliche Vertreter des DGB-Saar wandten sich am Freitag in Bonn gegen „überhastete" deutsch-französische Verhandlungen zur Lösung der Saarfrage, die nächste Woche wieder aufgenommen werden sollen. Die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs, die zum Teil unannehmbar seien, sollten vielmehr erst in aller Ruhe eingehend geprüft werden.

„Wir leben nicht unter Zeitdruck", erklärte Dr. Wagner vom DGB-Saar. Der politische Anschluß des Saargebietes an die Bundesrepublik könne zum 1. Januar 1957 auch ohne vorherigen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen durch einen Beschluß des saarländischen Landtags herbeigeführt werden.

Die Saargewerkschafter legten vor allem ihre Sorgen bezüglich der geplanten Währungsumstellung im Saargebiet dar. Sie gaben der Befürchtung Ausdruck, daß in dieser Frage noch keine einheitliche Auffassung zwischen den deutschen und saarländischen Verhandlungsteilnehmern bestehe. Der derzeitige offizielle Umrechnungskurs von 84 französischen Franken für eine DM sei ein manipulierter Kurs und entspreche in keiner Weise dem Kaufkraftverhältnis. Selbst bei einer Umstellung von 100 französischen Franken für eine DM würden die Löhne im Saargebiet noch unter denen des Ruhrgebietes und Baden-Württembergs liegen, betonten die Vertreter des DGB-Saar. Sie unterstrichen ihr Vertrauen in die Zusagen aus Bonn, daß die höheren sozialen Leistungen im Saargebiet auch nach der Rückgliederung erhalten blieben.

Jetzt ohne KP

Seit gestern gibt es in der Bundesrepublik keine Kommunistische Partei mehr. Der Spruch des Bundesverfassungsgerichts hat sie in der Versenkung verschwinden lassen. Damit wäre, nachdem 1952 die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei infolge Selbstauflösung eingegangen ist, der demokratische Idealzustand des Nichtvorhandenseins verfassungsfeindlicher Elemente erreicht.

Ganz so einfach liegen die Dinge jedoch nicht. Die KP als Partei ist tot; die Mitglieder — die wenigen, die sie noch hat — werden sich eine Weile ebenfalls scheintot stellen, um dann wieder zu neuem Leben zu erwachen. Die Feinde unserer rechtsstaatlichen Ordnung sind also noch wie vor unter uns. Nur werden sie nicht mehr sichtbar in Erscheinung treten, was ihre Identifizierung und ihre Bekämpfung naturgemäß erheblich erschweren wird. Und wenn immer wieder erklärt wird, die Kommunistische Partei habe genau dieselben tückischen Eigenschaften wie ein Eisberg (von dem bekanntlich nur ein Zehntel sichtbar ist), dann hätte man die wenigen Anhänger und Mitläufer ruhig weiter ihre Parteiabzeichen tragen lassen sollen.

Die Frage, die nach dem KP-Verbot die Öffentlichkeit bewegt, lautet: Was das Urteil überhaupt notwendig? Es ist ebenso Tatsächlichkeit, die seit mehr als zehn Jahren, ohne daß sie dazu aufgefordert worden ist, zu einem sehr wachen antikommunistischen Instinkt heraus ein europäisches Musterbeispiel dafür gegeben hat, wie man mit demokratischen Methoden die Kommunisten zu einer hoffnungslosen Minderheit degradieren kann. Das jetzige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist von uns Wählern schon längst vorweggenommen worden! Wer angesichts von 2,2 Prozent kommunistischer Wählerstimmen und angesichts von Tarnorganisationen — deren Vielzahl in einem krassen Mißverhältnis zu ihrer Bedeutung steht — dennoch von einer „kommunistischen Gefahr" spricht, der verschwingt die eindrucksvollste politische Leistung der bundesrepublikanischen Bevölkerung, die Tatsache nämlich, daß der Kommunismus zwischen Elbe und Rhein seine vernichtendste Niederlage erlitten hat. Das verdient nicht unterschlagen, sondern immer wieder mit Nachdruck betont zu werden.

Die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, den Kommunisten weiterhin Reservatsrechte auf dem äußersten linken Flügel unseres Parteilebens zu gewähren, liegt auf der Hand. Nicht der KP wegen, sondern unseretwegen, um sie besser überwachen und um an Hand der Wahlergebnisse immer wieder den beruhigenden Tiefstand ihrer Popularität ablesen zu können. Nachdem die KP jetzt verboten ist, braucht sie nicht mehr um deprimierende Wahlergebnisse besorgt zu sein, und ihre Funktionäre brauchen nicht mehr zu ihren Geldgebern in die Sowjetzone zu fahren, um Rechenschaft darüber abzulegen, warum das tonnenweise zur Verteilung gelangende Propagandamaterial so geringen politischen Ertrag gebracht hat.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Antrag auf Verbot der KP das getan, was ihres Amtes ist. Sie hat sich dabei auf den Artikel 21 des Grundgesetzes berufen und eine Entscheidung herbeigeführt, die unter Berufung auf unsere Verfassung respektiert werden muß. In seinen politischen Auswirkungen dürfte das Verbot jedoch die wirksame Kontrolle verfassungsfeindlicher Elemente eher erschweren als erleichtern. Und: waren die deutschen Kommunisten infolge ihrer verlogenen Reaktion auf die Absage an Väterchen Stalin — dem sie so leutselig gehuldigt hatten — nicht schon zur Zielscheibe des politischen Spotts geworden? Das Verbot verweist sie nur in Märtyrerstimmung und erweckt bei ihnen das Gefühl, daß sie so ernst genommen werden wie sie gerne ernst genommen werden möchten. Dazu aber reicht es nicht, weder der Quantität noch der Qualität nach. fa.

Das Wetter

Aussichten: Vorübergehende nachlassende sommerliche Wärme, vorherrschend bewölkt, vereinzelt Schauer, mäßig warm. Abends Schauerböen, Sonntag frisch. Südwest- bis Westwinde, vorherrschend bewölkt, weiterhin Schauerneigung, etwas kühler.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 285

daß der aktive Teil der Partei in seiner politischen Tätigkeit durch das drohende Verbot keinen Schwankungen unterliegt, wird vom Sekretariat nicht geteilt:"[9] Die Sekretäre hatten es in den Parteigruppen anders erfahren.

Im Landessekretariat hingegen schien der geringe Eifer, den die Verfassungsrichter an den Tag legten, noch Raum für die Hoffnung gelassen zu haben, diese würden die Bundesregierung abschlägig bescheiden. Dafür spricht, daß das Sekretariat noch im Juli 1956 eine Landesleitungssitzung vorbereitete, auf der über „politisch-organisatorische Fragen des Bundestagswahlkampfes" 1957 und die „Kandidatenaufstellung" beraten werden sollte. Erst Anfang August wurde man sich in Kiel des Ernstes bewußt: „Angesichts der großen Gefahr, in der sich die Partei durch das Drängen der Bundesregierung auf ein schnelles Urteil befindet, beschließt das S., der LL vorzuschlagen, die Tagesordnung zu ändern […] und in den Mittelpunkt der Beratung der LL die Verstärkung des Kampfes um die Legalität der Partei zu stellen," heißt es im Protokoll des Landessekretariats:"[10] Die Landessekretäre drängten die Kreisorganisationen, stärker an die Öffentlichkeit zu gehen.

Über die zu jener Zeit noch vorhandene Potenz der schleswig-holsteinischen Landesorganisation gibt ein parteiinterner Bericht über den geplanten „Umfang der Agit.-Arbeit" einen Anhaltspunkt. Danach beabsichtigten die Kreisorganisationen im Monat August 1956 22-23 „Betriebszeitungen", 6 „Ortszeitungen", 8 Flugblätter herauszugeben und 16 öffentliche Versammlungen einzuberufen. Von diesen geplanten Aktivitäten entfiel die Hälfte auf die Kreise Kiel, Lübeck und Pinneberg. Im Kreis Südtondern reichte die Kraft nur zu einer „Stubenversammlung"; neun der damals noch einundzwanzig Kreise machten keine Versprechungen, die „Agit-Arbeit" zu verstärken.[11] Im Vormonat hatte die tatsächliche Agitation unter der für August geplanten gelegen. Es waren lediglich zehn Betriebszeitungen mit einer Auflage von etwa 11.000 Exemplaren erschienen – von denen alleine 6.000 auf den „Helgen" der KPD-Betriebsgruppe der Kieler Howaldtwerft entfielen – sowie eine Ortszeitung, 7 Flugblätter und 4 Plakate.[12]

Am Tage nach der eingangs beschriebenen Zusammenkunft in Kiel-Elmschenhagen tickerte um 9.03 Uhr ein DPA-Blitz aus den Fernschreibern der Redaktionen: Der Erste Senat des BVG hatte die KPD für verfassungswidrig erklärt, ihre Auflösung und die Einziehung ihres Vermögens verfügt, „Ersatzorganisationen" verboten und das Mindeststrafmaß für Zuwiderhandlungen auf sechs Monate Gefängnis festgelegt. Die Richter begründeten ihr 425seitiges Urteil damit, daß die KPD ihr Fernziel, den Sozialismus, auf einem Wege und der Grundlage einer „Diktatur des Proletariats" errichten wolle, die mit der Verfassung der Bundesrepublik unvereinbar seien. Es zähle nicht, daß die KPD in ihrer aktuellen Politik keine konkreten „hochverrätischen" Aktionen geplant oder ausgeführt habe, daß viele ihrer Losungen auch mit denen der SPD, des DGB und anderer Organisationen übereinstimmten. Es handle sich bei ihnen um „Tarnziele", mit denen sich die Partei den nötigen Masseneinfluß verschaffen wolle. Im Widerruf ihrer programmatischen Forderung nach einem „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes", sahen die Richter eine späte Schutzbehauptung.[13]

Links: „Lübecker Nachrichten", 18. August 1956: „Kommunistische Partei verboten".

9 SAPMO-BArch, BY1/ 845 Blatt 135. (Eingangsstempel des Sitzungsprotolls beim Parteivorstand 06.08.1956)

10 SAPMO-BArch, BY1/ 845, Blatt 142.

11 „Instrukteurbericht „ vom 01.08.1956. SAPMO-BArch, BY1/849 Blatt 333

12 SAPMO-BArchiv, BY 1/ 849, Blatt 331, 332

13 Die im 1952 beschlossenen „Programm der nationalen Wiedervereinigung" enthaltene Forderung wurde im März 1956 als „schwerer Fehler" verworfen. KPD 1945-1965, Abriß, Dokumente, Zeittafel,, Berlin 1966, S. 78.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 286

Erster Vollzug des Urteils, Reaktionen von Politikern und Bürgern. Wie in allen anderen Bundesländern bezogen auch die Genossen in Schleswig-Holstein, soweit sie einen konkreten Auftrag hatten, an diesem Morgen ihre Posten. Die „leitenden Gremien wichen nach Berlin/DDR aus“;[14] um die Partei von dort aus – in „Kampfgemeinschaft mit der SED“[15] – zu führen.

„In der Mittagsstunde besetzten Polizeibeamte die Landesleitung der KPD in der Lerchenstraße in Kiel und durchsuchten die Räume. In dem gleichen Gebäude befindet sich auch die Kieler Redaktion der kommunistischen Zeitung ‚Norddeutsches Echo‘:“[16] Erich Grimm, in dessen Wohnung am Vorabend die letzte legale Sekretariatssitzung stattgefunden hatte, und der NE-Redakteur Walter Medler erwarteten, entsprechend ihres Auftrages, die Beamten. Die Ausbeute der Haussuchung war nicht sehr ergiebig: Das Protokoll der Beamten des 8. Kommissariats listet nach Durchsuchung „sämtlicher Räume“ der KPD-Landesleitung nur Möbel, Aschenbecher, Vasen, Gardinen, Papierkörbe und dergleichen auf – und selbst im „Zimmer des Chefs“ nichts als „leere Aktendeckel im Bücherschrank, im und auf dem Schreibtisch“.[17] Auch anderenorts wurde man nicht fündiger: „In vielen Orten füllte das beschlagnahmte Material nicht mehr als einen Pappkarton.“[18]

Gleichzeitig fanden im ganzen Lande Haussuchungen in den Wohnungen bekannter Funktionäre statt. „Bei mir erschienen zwei Beamte der Sittenpolizei mit einem Hausdurchsuchungsbefehl. Einer der beiden meinte, ‚wenn ich gewußt hätte, daß sie eine so schöne Bodenvase haben, hätte ich ihnen einen Strauß Sonnenblumen mitgebracht‘. Diese Freundlichkeit hinderte ihn nicht, sich bei uns gründlich umzusehen. Wir wußten, wie wir uns zu verhalten hatten und kannten unsere Rechte; die Partei hatte eine Broschüre dazu herausgegeben. Mein abwesender Mann hatte mir eingeschärft, die Beamten keinen Augenblick aus den Augen zu lassen; er hatte in der Hitlerzeit Erfahrungen gesammelt.“ (Christiane Meyn, Lübeck).[19] Auch wenn der „Deutschlandsender“ und die Zeitungen der DDR diesen Eindruck zu erwecken versuchten, mit dem Verbot der KPD von 1933 ließ sich das von 1956, was den Vollzug betraf, nicht vergleichen. Die meisten der Betroffenen hatten den Eindruck, daß die Mehrheit der eingesetzten Beamten – anders als die zur Hilfspolizei ernannte SA 1933 – ihre Aufträge ohne großen Eifer ausführte. Auch die „staatstragenden Parteien“ waren sich in der Beurteilung des Verbots nicht einig. Der SPD-Fraktionsführer im Kieler Landtag, Wilhelm Käber, nannte das KPD-Verbot „politisch nicht sehr weise“[20]. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mellies bezeichnete es als eine „politische Torheit“; daß man die KPD juristisch statt politisch bekämpfe. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Erich Mende befand, daß die Bundesrepublik durch das KPD-Verbot ein Stück „moralischer Überlegenheit in der gesamtdeutschen Diskussion“ verliere, während der Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses Hoogen (CDU) sich hinter das Verbot stellte.[21] Der Leitartikler der CDU-nahen „Kieler Nachrichten“ stellte Betrachtungen darüber an, ob die verbotene KPD ihre Anhänger dazu aufrufen werde, bei den nächsten Bundestagswahlen SPD oder die Gesamtdeutsche Partei Gustav Heinemanns zu wählen. „Doch darf man auch hier wieder nicht übersehen, daß die win-

14 Georg Füllberth, KPD und DKP 1945-1990, Heilbronn 1990, S. 91.
15 KPD 1945/1965, Berlin (Ost), 1966, S. 136.

16 Volkszeitung, Kiel 18./19.08.1956, S. 1.

17 Durchsuchungsprotokoll der Beamten des Kieler 8.Kommissariats vom 17.08.1956. Privatbesitz Klaus Weigle.
18 Lübecker Nachrichten, Lübeck 18.08.56.

19 Die vierzehn zitierten einstigen Illegalen wurden in der Zeit vom Dezember 1998 bis Oktober 1999 (Hein Heyn 1988) befragt . Der Entwurf der Arbeit wurde ihnen am 29.10.1999 in Kiel vorgestellt, um Gelegenheit zu bieten, Mitteilungen zu ergänzen und mögliche Unklarheiten zu klären. Die Gesprächsprotokolle und schriftlichen Berichte der Zeitzeugen können bei den Autoren eingesehen werden.
20 Volkszeitung, Kiel 18.08.1956, S. 2

21 Lübecker Nachrichten, Lübeck, 18.08.1956.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 287

zigen Prozentzahlen der kommunistischen Stimmen zu einer entscheidenden Beeinflussung des Wahlergebnis kaum ausreichen werden."[22]

Am Tag nach der Urteilsverkündung erfuhren die Bürger aus den Medien, daß etwa 2500 Geschäftsräume und Wohnungen im Bundesgebiet durchsucht, 199 Parteibüros und 35 Druckereien, Verlage und Redaktionen geschlossen, Geld- und Sachmittel, darunter 60 Kraftfahrzeuge, der KPD beschlagnahmt sowie 199 Funktionäre vorläufig festgenommen worden waren.[23] In Schleswig-Holstein verlief das Geschehen eher undramatisch: „Weder in der Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins Kiel, noch in den Großstädten Lübeck, Neumünster und Flensburg kam es zu irgendwelchen Zwischenfällen. Überall wurden aktive Kommunisten vernommen, dann aber sofort wieder entlassen."[24] Die „Lübecker Nachrichten" trafen in ihrer eher kritischen Beurteilung des BVG-Urteils sicher auch die Stimmung manches Genossen: „Das Verbot versetzt sie nur in Märtyrerstimmung und erweckt bei ihnen das Gefühl, daß sie so ernst genommen werden, wie sie gerne ernst genommen werden möchten."[25]

Die KPD-Führung gab sich zuversichtlich: „Der KPD wird aus dem Widerstand des Volkes neue Kraft zuströmen. Wer von der Adenauer-Regierung verfolgt wird, von dem weiß das Volk, daß er dazu gehört. […] Darum werden die Arbeiterklasse und das Volk die Kommunisten mit einem festen Schutzwall umgeben, den kein Feind, kein Terror durchbrechen kann."[26] Die Erklärung wurde über den „Deutschen Freiheitssender 904" verbreitet, der am 17. August 1956 auf der Mittelwelle 331,9 = 904 KHZ seinen Betrieb täglich für zunächst 3 Stunden aufnahm. Die meisten Mitglieder wird diese ermutigende Voraussage nicht erreicht haben; sie erfuhren ihr Umfeld, Arbeiterklasse und Volk, ohnehin anders, als es in der wirklichkeitsfremden Propaganda der Parteispitze dargestellt wurde. In der Bevölkerung rührte sich kein nennenswerter Protest gegen das Parteiverbot und seinen Vollzug, sowenig wie bekundete Genugtuung. Das KPD-Verbot ließ die große Mehrheit kalt. Die Sympathien für die Verfolgten hielten sich in engen Grenzen, wie auch das demokratische Rechtsempfinden der meisten Bürger; es mangelte an Zivilcourage, es wollte überlegt sein, sich mit Verfehmten zu solidarisieren. Was ein Zeitzeuge aus Kiel-Ellerbek berichtete, wird hier und da so oder ähnlich erlebt worden sein, blieb aber die Ausnahme: Bisher „hauptamtliche" und nun arbeitslose Funktionäre fanden an ihren Türen Gartenfrüchte oder auch einen Geldschein im Briefkasten. Aus Lübeck-Kücknitz ist bekannt, daß die „Arbeiterwohlfahrt" der Familie eines angeklagten Kommunisten Lebensmittel zukommen ließ. Es gab Bürger, die Skrupel hatten, sich in die Überwachung der Kommunisten einbeziehen zu lassen. Eine Preetzer Zeitzeugin berichtete von einem Nachbarn ihres Reihenhauses, der sich ihr offenbarte – „eigentlich darf ich Ihnen das nicht sagen…" Zwei „Herren des Verfassungsschutzes" seien an ihn herangetreten und hätten gefragt, ob er bereit sei, eine Abhöranlage bei sich einbauen zu lassen, mit dem der Ehemann der Zeitzeugin überwacht werden sollte – eine damals durch kein Gesetz gedeckte Maßnahme.

In welcher Verfassung ging die KPD in die Illegalität ? Die KPD ging in keiner guten Verfassung in die Illegalität. Seit die britische Militärregierung

22 Kieler Nachrichten, Kiel, 18./19.08.1956, S. 2.

23 Hans Kluth, Die KPD in der Bundersrepublik, Ihre politische Tätigkeit und Organisation 1945-1959, Köln und Opladen 1959, S.118.

24 Volkszeitung, Kiel, 18.08.1956, S. 1.

25 „Lübecker Nachrichten, Lübeck, 18.08.1956.

26 Erklärung des Parteivorstandes vom 17.08.1956 in: KPD 1945-1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin (Ost) 1966, S. 159 f.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 288

Kommunisten in den ersten ernannten Kieler Landtag berufen und einer ihrer Genossen der Landesregierung als Minister angehört hatte, waren elf Jahre vergangen, in denen ihr zwischen Nord- und Ostsee ohnehin magerer Wähleranteil von 4,7 auf 2,4 Prozent sank;[27] bei den Landtagswahlen 1954 hatten sich nur noch knapp 25.000 Wähler für die KPD entschieden. Was ihren Einfluß in Gewerkschaften und Betrieben betraf, hatte die britische Militärregierung schon im Herbst 1946 registriert, daß „die anfänglichen Erfolge der KPD in der Gewerkschaftsarbeit nicht von Dauer seien".[28] Selbst die verbliebenen Positionen mußten in den folgenden Jahren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – geräumt werden.

Seit 1951 schürte die Verbotsdrohung die Berührungsängste der Bürger gegenüber Kommunisten. Ein Regierungserlaß schloß KPD-Mitglieder vom Öffentlichen Dienst aus. Der KPD nahestehende Organisationen waren bereits auf dem Verwaltungswege verboten – darunter die „Freie Deutsche Jugend" (FDJ), aus der die KPD Nachwuchs rekrutierte. Zahlreiche Mitglieder waren wegen Mitarbeit in diesen Organisationen oder wegen „Ostkontakten" verurteilt worden.

Die Kraft, diesem Druck zu widerstehen, ließ bei denen nach, die von der Entwicklung in der DDR enttäuscht wurden, und auch die Erfolglosigkeit der Partei trug dazu bei, Mitglieder zu entmutigen. Etwa zwei Drittel der Mitglieder verließen die Partei; bis 1956 schmolz die KPD in Schleswig-Holstein von über zehntausend auf etwa dreitausend Genossen zusammen.[29] Eine zusätzliche Belastung waren die Enthüllungen der KPdSU über die Verbrechen Stalins auf ihrem Anfang 1956 stattfindenden XX. Parteitag. Die KPD registrierte „Schwankungen und Unklarheiten"[30] in ihren Reihen.

„Der größere Teil der Genossen jedoch ist unsicher, wobei der Grad der Unsicherheit sehr unterschiedlich ist.[…]", schätzte das Landessekretariat die Stimmung der schleswig-holsteinischen Kommunisten ein. „Diese Schwankungen und diese Unsicherheit wirkt sich auf die Aktivitäten der Parteiorganisationen lähmend aus. […] Es gibt Schwankungen gegenüber der DDR. Diese Schwankungen sind nicht nur das Ergebnis der Beeinflussung durch die bürgerliche Presse, sondern entspringen der tatsächlichen Sorge, ob in der DDR Demokratie herrscht. Hinzu kommt, daß viele Genossen, die in der Vergangenheit die DDR besucht haben, von einem bürokratischen Verhalten abgestoßen wurden und tatsächlich vorhandene Mängel sehen konnten. Andererseits jedoch erlebte man, daß die Partei eine Diskussion darüber gar nicht zuließ und diese in Schwarz-Weiß-Malerei verlief."[31] Das Lübecker Kreissekretariat kritisierte die verspätete und unvollständige Veröffentlichung eines Interviews Palmiro Togliattis in der Parteipresse und forderte unter Berufung auf den italienischen Parteiführer, „eine eingehende marxistische Analyse der Ursachen, die zu dieser persönlichen Herrschaft Stalins und seinen Fehlern führen konnten". Das Landessekretariat stellte sich hinter die Kritik der Lübecker und leitete sie an den Parteivorstand weiter.[32]

Die Kritik aus der Mitgliedschaft richtete sich gegen die zögerliche und nur bruchstückartige Bekanntgabe der Chruschtschow-Rede, gegen den auch durch die KPD geförderten „Personenkult", den „Dogmatismus", den Mangel innerparteilicher Demokratie; darüber hinaus wurde

27 In Nordrhein-Westfalen erhielt die KPD bei den ersten Nachkriegswahlen 14%.

28 Vgl. Holger Martens, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1959, Band 1, S. 307 ff.

29 Vgl.SAPMO-BArch, BY 1/852, Blatt 152 ff.

30 25.PV-Tagung, Freies Volk, Düsseldorf, 9.08.1956.

31 Protokoll des LS SH vom 20.07.1956. SAPMO-BArch, BY1/ 845, Blatt 116.

32 SAPMO-BArch, BY1/ 845 Blatt 113 und 116.

11 Weigle 02.06.2008 18:40 Uhr Seite 289

Kieler Nachrichten

Höchste Abonnentenzahl

Kieler Neueste Nachrichten

Unabhängige, überparteiliche Landeszeitung für Schleswig

Nummer 193 Ausgabe: K Sonnabend/Sonntag, den 18./19. August 1956 Verlagsort Kiel 63./11. Jahrgang

KPD in der Bundesrepublik aufgelöst

Polizeiaktionen liefen wenige Stunden nach der Karlsruher Urteilsverkündung an

Von unserer Bonner Redaktion / ap / dpa

Bonn. Seit Freitag mittag sind sämtliche Büros der KPD und alle Verlagsgebäude kommunistischer Zeitungen im Bundesgebiet von der Polizei geschlossen und versiegelt. Eine kommunistische Partei gibt es in der Bundesrepublik nicht mehr. Die Polizeiaktionen liefen wenige Stunden nach der Urteilsverkündung in Karlsruhe an. Auf Antrag der Bundesregierung hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts am Freitagmorgen die KPD für verfassungswidrig erklärt und ihre Auflösung angeordnet.

Die Kommunistische Partei war allerdings auf das Verbot und die anschließenden Polizeimaßnahmen gut vorbereitet. Längst waren alle wichtigen Akten und Mitgliederlisten in Sicherheit gebracht. Die Polizei fand in den Geschäftsstellen fast kaum noch Büromöbel. In Dortmund beispielsweise füllte das beschlagnahmte Material lediglich einen Pappkarton.

Das Verbot löste bereits wenige Stunden nach seinem Bekanntwerden ein lebhaftes Echo aus. Bundesinnenminister Dr. Schröder betonte in Bonn, daß das Verbot die Wiedervereinigung Deutschlands nicht erschweren wird. Es werde im übrigen jetzt keine Hexenjagd auf Kommunisten geben. (Siehe auch Seite 15.) Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die KPD im politischen Leben der Bundesrepublik bereits bisher keine wesentliche Rolle gespielt hat. In den

fassungsgerichts, Dr. Wintrich, die Verkündung des 425 Schreibmaschinenseiten umfassenden Urteils mit den Worten „Im Namen des Volkes" einleitete, herrschte im Sitzungssaal des Karlsruher Gerichtes im Prinz-Max-Palais äußerste Stille. Am Richtertisch hatten zehn der elf Mitglieder des Ersten Senats in ihren weinroten Roben Platz genommen. Im Saal saßen die Vertreter der Bundesregierung und die Rechtsanwälte der Kommunistischen Partei. Auf den Pressebänken drängten sich die Vertreter der großen Nachrichtenagenturen und Zeitungen aus aller Welt.

Leise und sachlich verlas Wintrich das Urteil. Lediglich bei der Feststellung, daß das Gericht nur über die Rechtsfrage zu befinden und sich nicht mit der Wissenschaftslehre der marxistischen Doktrin auseinanderzusetzen hatte, hob er seine Stimme. Nach dem Urteil darf die KPD keine Ersatz-

„Kieler Nachrichten", 18./19. August 1956: „KPD in der Bundesrepublik aufgelöst".

die Frage nach einer „Veränderung des Sowjetsystems" aufgeworfen.[33]

Die Landesleitung hatte nach dem XX. KPdSU-Parteitag ihr System der Anleitung entbürokratisiert, ohne entsprechende Direktiven des Parteivorstandes abzuwarten. Sie teilte der Mitgliedschaft mit, daß es ihren hauptamtlichen Apparat um die Hälfte verringert habe, und rief dazu auf, „die Arbeit der Landesleitung, ihres Sekretariats und ihrer Mitarbeiter kritisch zu beurteilen und durch Ratschläge zu helfen, die Arbeit zu verbessern."[34]

33 Freies Volk, Düsseldorf, 30.07.1956.

34 SAPMO-BArch, BY1/ 845, Blatt 140.

Die Parteizentrale in Düsseldorf betrachtete die Veränderungen der Leitungsstrukturen in SH mit Skepsis, kritisierte die Eigenmächtigkeit des LS und schickte Instrukteure, um die Auswirkungen zu beurteilen. In einem am 23.07.1956 verfaßten Bericht – Überschrift: „Das neue System der Anleitung" – heißt es: „Die gesamte Anleitung ist nicht mehr so langstielig, sondern viel direkter geworden. […] Der hauptamtliche Apparat der Landesleitung steht in direkter Fühlung mit den Kreisen. […] Insgesamt ist durch die Umstellung in der Anleitung der gesamte hauptamtliche Apparat der Landesorganisation um 11 Mann reduziert worden."

Der Berichterstatter vergleicht die Arbeit des schleswig-holsteinischen LS mit dem rheinland-pfälzischen, wo sich die Kreissekretäre über „stundenlange Referate des 1. Landessekretärs" beklagen und darüber, daß „sie selbst wenig zu Wort kommen." – „In Schleswig-Holstein ist das anders. Hier gehen die Kreissekretäre mit. Alle diskutieren freimütig und offen das zur Diskussion stehende."[35]

35 Instrukteurberichte, Schleswig-Holstein, 1956, SAPMO-BArch, BY1/ 849, Blatt 322/324.

Das Parteiverbot unterbrach diese gerade beginnende Diskussion

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 290

Fordert die Aufhebung des KPD-Verbots! Gebt diese Zeitung an SPD-Genossen weiter!

NORDDEUTSCHES ECHO

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands
Landesorganisation Schleswig-Holstein

Gegründet 1918/ Jahrgang 1958/Nr.13/September
Preis: Solidaritätsgroschen

WAHLKAMPF IN SCHLESWIG-HOLSTEIN :

Frieden und Verständigung gegen Atomtod und Vernichtung
Das ist die Losung zum 28. September 1958

"Die Politik der CDU, das ist die Vorbereitung des atomaren Krieges!", so steht es im Wahlprogramm der KPD zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 28. September 1958.

Der Verlauf und der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben die Einschätzung der Kommunisten über die CDU vollauf bestätigt und die dort angewandten Wahlkampfmethoden des skrupellosen Machtstrebens, terroristischer Verleumdungs- und Unterdrückungskampagnen, der Lüge und der Demagogie von seiten der Adenauerparteien sollen jetzt in unserem Land angewendet werden.

Adenauers Stellvertreter, v. Hassel, will sein Ziel erreichen und Schleswig-Holstein als Atomkriegsbasis der NATO herrichten lassen. Wenn der NATO-Oberbefehlshaber, General Norstad, am 19. August in Paris erklärte: "Ich habe allen Grund zu der Annahme, daß bei Lieferung der neuen Waffen (gemeint sind die Atomraketen) genügend Rampen für ihren Empfang bereit sein werden!",
dann sind damit auch die Rampen an der Ostseeküste von Flensburg bis Travemünde gemeint, dann sind damit die bereits jetzt im Land stationierten motorisierten Raketen-Abschußrampen gemeint!

Um der Bevölkerung die tatsächliche Gefahr zu verheimlichen und keine Fragen darüber aufkommen zu lassen, soll nach dem Willen der CDU "Bundespolitik" im Wahlkampf nicht behandelt werden.

So war es auch in Nordrhein-Westfalen. Als man jedoch die Mehrheit der Abgeordnetensitze sicher in der Tasche zu haben glaubte, drehte die CDU den Spieß um und erklärte:"Die Wähler haben sich für die Politik der Bundesregierung, die Politik der atomaren Aufrüstung entschieden!"

So will auch von Hassel am 28. September auftreten!

Daß die Voraussetzungen bestehen, der CDU einen Strich durch diese Rechnung zu machen, zeigen die vielfachen Meinungsumfragen in den verschiedensten Teilen unserer Heimat, unter allen Schichten der Bevölkerung. Ob in Kiel Lübeck, im Kreis Stormarn, Lauenburg, Husum, Pinneberg oder Elmshorn, ob Arbeiter, Angestellter oder Geistesschaffender, Gewerkschafter, Arzt oder Stadtrat, alle sind gegen die atomare Aufrüstung, sind gegen den Ausbau Schleswig-Holsteins zur NATO-Festung Nord!

(Forts. S. 2)

Achtung! Achtung!
Wir bringen im Anhang dieser Nummer des NE die Rede des Genossen Max Reimann auf dem V. Parteitag der SED.

ZWEI JAHRE VERBOT DER PARTEI ZWEI JAHRE TROTZ VERBOT REGELMÄSSIGES ERSCHEINEN DES NORDDEUTSCHEN ECHOS ZWEI JAHRE KAMPF GEGEN MILITARISMUS UND ATOMAUFRÜSTUNG

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 291

und erstickte jeden Erneuerungsversuch. So verfaßt, ging die KPD in die Illegalität. Doch trotz dieser Verfassung irrten die „Lübecker Nachrichten", als sie am 18. August 1956 unter der Schlagzeile „Kommunistische Partei verboten" berichteten: „Eine kommunistische Partei gibt es in der Bundesrepublik nicht mehr."

Links: Eine illegale Ausgabe des „Norddeutschen Echos" vom September 1958.

Beginn des konspirativen Parteiaufbaus. Jedes Mitglied des Sekretariats der Landesleitung, das nach der letzten Sitzung in Neumünster „untertauchte", hatte den Auftrag, die Arbeit der KPD in Schleswig-Holstein über das erwartete Parteiverbot hinaus zu sichern. Doch Erich Röhlck hätte seine Aufgabe fast nicht übernehmen können: „Am Vormittag des Verbotstages fand bei meinen Quartiergebern eine Haussuchung statt. Ich vermute, Verrat war im Spiel. Die Beamten trafen mich an, stellten meine Identität fest und bestellten mich aufs Präsidium. Statt der Aufforderung zu folgen, setzte ich mich nach Hamburg ab."

Der nach Hamburg entkommene Erich Röhlck suchte sich dort ein neues „illegales Quartier": „Ich nahm Kontakt zu den anderen Mitgliedern des ‚Dreierkopfes' auf. Auch sie hatten ihr Zuhause in Hamburg und lebten jedoch wie ich im ‚Untergrund'. Wir leiteten die Arbeit von Hamburg aus, was die Sicherheit erhöhte. Nicht zuletzt darum, weil wir uns in der Stadt auskannten und über die Partei hinausgehende, persönliche Verbindungen hatten. In Schleswig-Holstein hielten wir uns nur soweit auf, wie es unsere Aufgabe erforderte."[36]

36 Gespräch mit Erich Röhlck , Hamburg, 02.12.1998.

Die kommunistischen Parteien waren seit ihrer Gründung auf Verbote eingestellt. Es gehörte 1920 zu den Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale, sich zu verpflichten, „überall einen parallelen illegalen Apparat zu schaffen, der im entscheidenden Augenblick der Partei helfen soll, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen". Schon lange vor dem Verbot waren auch in Schleswig-Holstein Vorbereitungen auf eine mögliche Illegalität getroffen worden. Sie lagen seit April 1954 in Händen Erich Röhlcks; als der für die Organisation verantwortliche Landessekretär kannte er die Kader. Seine Aufgabe bestand darin, Genossen in den Kreisen auszuwählen, die im Verbotsfall, die Fäden der illegalen Organisation knüpfen sollten. „Das war nicht einfach. Sie mußten als zuverlässig gelten, durften andererseits in der bisherigen Parteiarbeit nicht zu stark hervorgetreten und mußten zur Übernahme dieser Aufgabe bereit sein, deren Risiken nicht abzuschätzen waren. Gleichzeitig waren Vorbereitungen getroffen worden, um die Agitation fortsetzen zu können. Es waren von Hand betriebene Abziehapparate aufgestellt und Papierlager angelegt worden – an Stellen, von denen wir annahmen, daß sie nicht so schnell aufgespürt werden können."

Die Vorbereitungen von 1952/56 erwiesen sich „im entscheidenden Augenblick" als wenig tauglich, dennoch gehen nicht alle Zeitzeugen in ihrem Urteil so weit: „…als das Verbot da war, nutzte die zweite Linie nichts und wurde aufgegeben, weil der Verfassungsschutz über fast alles informiert war"[37] . Die Fäden mußten in der Regel neu geknüpft werden.

37 Hans Wunderlich, Referat auf dem Kolloqium der Geschichtskommission zur Geschichte der KPD, in Forum zu Fragen der Geschichte der kommunistischen Bewegung der Bundesrepublik Deutschland, Essen 29. Juni 1996, Manuskript, Hrsg.Parteivorstand der DKP, S. 28.

Der am 24. Oktober beginnende Streik der schleswig-holsteinschen Metallarbeiter habe, so Erich Röhlck, die Erfassung der Mitglieder erleichtert. Dieser längste Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik wurde bis zum 14. Februar 1957 fortgesetzt. Die Streikenden

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 292

setzten die uneingeschränkte Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auch für Arbeiter, eine Verlängerung ihres Urlaubs und ein Urlaubsgeld durch.

„Viele unserer besten Genossen waren in der IG Metall organisiert und aktiv am Streik beteiligt. Wir konnten sicher sein, sie auf den Streikversammlungen zu treffen; dort konnten wir sie auf unverfängliche Weise ansprechen, um sie für die Fortsetzung der Parteiarbeit zu gewinnen. Der Metallarbeiterstreik erleichterte es uns auch aus einem anderen Grunde, die Landesorganisation unter den Bedingungen der Illegalität zu formieren oder, sagen wir einmal, damit zu beginnen: Die in der Auseinandersetzung engagierten Genossen spürten die Anerkennung ihrer Kollegen. Das stärkte ihr Verantwortungsgefühl und machte ihnen Mut:“ (Erich Röhlck, Hamburg).

Der „Dreierkopf“ betrachtete den Metallarbeiterstreik als eine große Herausforderung. „Es wurden Flugblätter vor, während und nach dem Streik herausgegeben und damit sichtbar gemacht, die KPD kämpft und lebt“, hebt Erich Röhlck in seinen Mitteilungen hervor. „Es gab natürlich keine Massenauflagen der Flugblätter und des ‚Norddeutschen Echos‘ und somit sind sie auch nicht in die Hände aller ehemaligen Genossen gelangt:“ Das „Norddeutsche Echo“ erschien bereits vor Weihnachten 1956. Der „Dreierkopf“ hatte ein Genossenehepaar mit der Herstellung der Zeitung beauftragt. Paul Beu, bis zum Verbot Kreissekretär der KPD in Lübeck und Mitglied des ersten „Dreier-Kopfes“, leitete die beiden Zeitungsmacher politisch an. Waltraud Paasch schrieb die Matrizen, die ihr 29jähriger Mann Willi in einer Gartenlaube auf einem Handabzugsapparat abzog.[38] Beide hatten bis zum Parteiverbot als Sekräterin bzw. Instrukteur bei Landesleitung gearbeitet.

38 Mitteilung Waltraud Paaschs auf einem Zeitzeugentreffen am 29.10.1999 in Kiel.

Der Wirkung der so hergestellten Zeitungen war allein durch die geringen Verbreitungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Für die verbotene Partei war sie jedoch in anderer Hinsicht von Bedeutung: Sie gaben der Leitung das Gefühl, in das Zeitgeschehen einzugreifen, Politik zu machen; ihre Verbreitung war ein Mittel, die zerrissenen Verbindungen der Organisation herzustellen, sie signalisierten den Genossen, daß es die Partei noch gab, und stellte ihnen eine Aufgabe: das „Norddeutsche Echo“ unters Volk zu bringen.

Im Oktober 1956 räumte die Parteiführung ein, daß die „Überführung der Partei von der Legalität in die Illegalität eine schwierige und komplizierte Aufgabe“ sei und mahnte eiserne Disziplin, absolute Verschwiegenheit, Standhaftigkeit und Hingabe „zur gerechten Sache unserer Partei“ an.[39] Zehn Jahre später heißt es in einem von der KPD veröffentlichten Abriß ihrer Geschichte beschönigend: „Vorübergehend verlor eine Reihe von Organisationen die Verbindung zu den übergeordneten Leitungen, zerriß der Kontakt mancher Mitglieder zu den Grundorganisationen und Parteileitungen:“[40] Tatsächlich wurde auch später nur ein Bruchteil der bisherigen Mitglieder erfaßt. Die Bemühungen, die Genossen in konspirativen Strukturen, sogenannten „Fünfergruppen“, zu erfassen, stieß auf eine Mitgliedschaft, von der es in einem Bericht des Sekretariats an die 10. Tagung der Landesleitung im Spätsommer 1956 geheißen hatte, „daß bei einzelnen Genossen das Vertrauen zur Führung der Partei erschüttert ist und grundsätzliche Zweifel an der Richtigkeit

39 Max Reimann auf der 2.Tagung des ZK, Freies Volk, Nr. 10., Oktober 1959, S. 5.

40 KPD 1945-1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin 1966, S. 101.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 293

der Parteipolitik geäußert werden." Das Sekretariat hatte dazu aufgefordert, „freimütig und offen unsere Gedanken über die Probleme darzulegen, die uns besonders seit dem XX. Parteitag der KPdSU in so starkem Maße berühren".[41] Das war nun kaum noch möglich.

41 SAPMO-BArch, BY 1/I, Blatt 214-220.

Im Sommer 1957 wurde Erich Röhlck „eine andere Aufgabe außerhalb Schleswig-Holsteins übertragen; bis dahin waren die Fäden zu den Stadtkreisen Kiel, Neumünster, Lübeck und Flensburg und auch Landkreisen wie Pinneberg, Stormarn und anderen geknüpft."

Schneller Kaderwechsel. Es gab in der ersten Periode der Illegalität einen schnellen Wechsel der für den Aufbau der Organisation Verantwortlichen. Nach der Abberufung Erich Röhlcks nach Niedersachsen wurde Walter Schwind als „Erster Mann" bestimmt; er hatte der illegalen Leitung bereits angehört. Der etwa 55jährige Hamburger Werftarbeiter hatte seine Kollegen auf der Deutschen Werft als Betriebsrat und Vertrauensmann der IG Metall vertreten, bevor er nach einem Streik fristlos entlassen wurde. Seine Partei stellte ihn danach für das Aufgabenfeld „Arbeit und Soziales" frei. Zu dem von ihm geleiteten „Dreierkopf" gehörten auch der Chemiker Walter Kleier aus Ahrensburg und der Journalist Ewald Stiefvater aus Wedel.

Walter Schwind wurde im Frühjahr1962 von Paul Beu abgelöst, ebenfalls ein Hamburger, der bis zum Parteiverbot als 1. Sekretär der Kreisorganisation Lübeck dem Sekretariat der schleswig-holsteinschen Landesleitung angehört hatte und darum mit den Verhältnissen in Schleswig-Holstein vertrauter war als seine Vorgänger.

Ewald Stiefvater schätzt die Strukturen und den Arbeitsstil zu Beginn der Illegalität kritisch ein: „Die Partei tauchte nach dem Verbot zu tief ab. Bei der Vorbereitung der erwarteten Illegalität hatte die Parteiführung sich verständlicherweise von den Erfahrungen aus der NS-Zeit leiten lassen, die Vorstellungen der älteren Genossen waren durch eigenes Erleben dieser Zeit, die der jüngeren durch die Widerstandsliteratur geprägt. In den ersten Monaten kam es vor, daß sich Genossen aus Sorge, beobachtet zu werden, auf der Straße auswichen. Zwischen dem für das Land verantwortlichen sogenannten ‚Dreierkopf' und den Kreisen waren aus Sicherheitsgründen zunächst ‚Berater' geschaltet. Die konspirativen ‚Treffs' der Leitung und mit den ‚Beratern' fanden in Abständen von drei, vier Wochen statt. Das verzögerte die Weitergabe von Informationen derart, daß eine operative Anleitung unmöglich war. Die Informationen waren veraltet, ehe sie die Leitung erreichten, ebenso deren Beschlüsse, wenn sie die Kreise und Gruppen erreichten."

Die für den Aufbau einer illegalen Organisation in den einzelnen Bundesländern verantwortlichen „Dreierköpfe" bestanden in der Anfangsperiode der Illegalität aus „untergetauchten" Kadern, die aus Sicherheitsgründen in der Regel aus einem anderen als ihrem Heimatland stammten. Die meisten von ihnen hatten sich bereits vor dem Verbot zeitweilig der Beobachtung und dem Zugriff der Staatsschutzorgane entzogen, um Vorbereitungen für den Fall eines Parteiverbotes zu treffen (Aufbau einer „zweiten Linie").

Von den in dieser Arbeit erwähnten bzw. befragten Funktionären galt das für die später in Schleswig-Holstein eingesetzten Helmut

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 294

Grimm, Carl Carstens, Erich Röhlck und Rudolf Warncke. Sie machten mehr oder weniger die gleichen Erfahrungen. Ein Teil ihrer Kräfte wurde von der Organisierung der eigenen Sicherheit beansprucht. Gleichzeitig erzwang die Einhaltung der konspirativen Regeln viel Freizeit, die sie nur in einer Weise nutzen konnten, die die persönliche Sicherheit nicht gefährdete; Plätze und Veranstaltungen, bei denen man auffallen konnte, mußten gemieden werden, Bekanntschaften durften keine geknüpft werden. In den immer wieder neu zu beschaffenden Quartieren mußten sie sich unauffällig bewegen. Ihre Kontakte beschränkten sich auf wenige Genossen, mit denen sie zusammenarbeiteten, waren auf das politisch notwendige Maß beschränkt und streng geregelt.

Um ein Treffen mit dem Ehepartner im unregelmäßigen Abstand von einigen Wochen zu ermöglichen, mußten eigens dafür verantwortliche Mitglieder („Techniker“) Pensionen ausfindig machen, in denen man sich einmieten konnte, ohne sich, wie damals vorgeschrieben, polizeilich anmelden zu müssen, oder es andere Lösungen gefunden werden. Um mit der Familie einen Urlaub in der DDR zu verleben, mußte ein „Grenzapparat" für sie die heimliche Überquerung der „grünen Grenze“ organisieren. Die Familien mußten über Kuriere benachrichtigt werden. Das alles band organisatorische Kraft; das isolierte Leben warf darüber hinaus auch immer wieder persönliche Probleme auf.

Die „untergetauchten“ Kader rekrutierten sich – von der einen oder anderen Ausnahme abgesehen – ausschließlich aus bis dahin hauptamtlichen Parteifunktionären; das galt auch für jene auf Landes- bzw. Bezirksebene verantwortlichen Genossen, die ein „legales“ Leben an ihrem Heimatort und bei ihrer Familie führten.

Da der Apparat der Partei nach ihrem Verbot beträchtlich verkleinert worden war, standen die meisten der bis August 1956 besoldeten Leitungsmitglieder vor der Aufgabe, sich in ihrem ursprünglichen Beruf eine Arbeit zu suchen oder ihren Lebensunterhalt anderweitig zu verdienen.

Der Fall eines „unbelehrbaren Wiederholungstäters“. Die Aktivitäten Rudolf Biebers, Preetz – vor dem Parteiverbot langjähriger 1. Sekretär der Kreisorganisation Plön – vermitteln eine Vorstellung von der ersten Phase der Illegalität und den Reaktionen des Staatsschutzes.

Seine damaligen Mitstreiter beschreiben den gelernten Maurer als einen starrsinnigen Mann. Seiner „Kaderakte“[42] ist zu entnehmen, daß er nach dem Verbot zunächst als Maurer bei der Fa. Köchel u. Petersen, Preetz, arbeitete, sich am Aufbau der illegalen Strukturen in seinem Kreisgebiet beteiligte und schon bald, 1957-1959, als „Berater und Anleiter“ einer Anzahl von Stadt- und Landkreisen eingesetzt wurde, das heißt als Verbindungsmann zwischen dem „Dreierkopf“, der Landesleitung und den Genossen in den Kreisen.

42 SAPMO-BArch, BY 1/592.

In dieser frühen Phase wurde die Kraft der Illegalen vornehmlich von der Herstellung und Verbreitung von illegalen Flugschriften und Kleinzeitungen beansprucht. Für die Leitungen war das Erscheinen solcher Flugschriften ein wichtiger Maßstab für die Aktionsfähigkeit der Partei. Als beispielhaft hob das „Norddeutsche Echo“ das Erscheinen des „Eutiner Wegweisers“ hervor. Revolutionsromantik haucht einen an, wenn man unter der Überschrift „So werden Hemmnisse überwunden“

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 295

liest, daß die zur Herausgabe der Zeitung entschlossenen Genossen sich durch den Streik ihrer „Technik" – vermutlich versagte der Handabzugsapparat – nicht von ihrem Vorhaben abbringen ließen. „Der Wille und das Bewußtsein der Eutiner Kommunisten überwand alle Schwierigkeiten"; sie hätten sich an die Schreibmaschine gesetzt und mit Hilfe von Kohlepapier über Nacht die „erforderlichen Exemplare der Zeitung" hergestellt.[43] In der gleichen Ausgabe des NE wird berichtet, daß auch „'Der Landarbeiter', die Zeitung der Betriebsgruppen der Güter Ostholsteins und Schleswigs, […] erstmalig wieder im alten vertrauten Gewand" erschienen sei.

43 Norddeutsches Echo, Nr.16/2. Oktober-Ausgabe 1958, S. 11.

Am 15. August 1958 wurde Bieber verhaftet und wegen „Staatsgefährdung" (gemäß § 93, Abs. I, Ziffer 2 des StGB) und Verstoßes gegen das KPD-Verbot (§§ 42, 47 Bundesverfassungsgerichtsgesetz) angeklagt; die Staatsanwaltschaft sah in ihm einen der „Rädelsführer" der illegalen Partei. Es war der erste Prozeß in Schleswig-Holstein, der vor der für Staatsschutzsachen zuständigen I. Strafkammer beim Landgericht Flensburg stattfand.

Wodurch sah die Staatsanwaltschaft die Bundesrepublik in ihrem Bestand gefährdet? Das Urteil beschreibt die Tat im Detail. Rudi Bieber „rollte sie [die 52 staatsgefährdenden Schriften] in eine länglich-runde Form zusammen, umgab diese mit einem gewöhnlichen Bogen hellen grau-grünen Einwickelpapiers und tat diese Rolle zusammen mit einem ebenfalls in Papier gewickelten Brötchen in ein Einkaufsnetz. Am Vormittag des 15. August 1958 verließ der Angeklagte wenige Minuten nach 11 Uhr seine in Preetz, Schellhornstraße 19 gelegene Wohnung, und begab sich mit dem Einkaufsnetz, das die zwei Päckchen aufwies, in Richtung Marktplatz. In Höhe des Preetzer Rathauses stellte ihn der Zeuge Kriminalmeister Tausche, erklärte ihm, er stehe im Verdacht, sich weiterhin für die KPD zu betätigen, und fragte ihn, ob er Schriften dieser Partei mit sich führt."

B. habe erklärt, er habe es eilig, wolle seinen kranken Sohn besuchen, doch der Kriminalmeister brachte ihn auf die Wache, untersuchte zunächst das „Brötchenpäckchen" und anschließend das „rollenähnliche Päckchen" und nahm den in der Schwentinestadt bekannten Mann vorläufig fest, ging mit ihm in dessen Wohnung, durchsuchte sie, fand ein Exemplar der „Kaserne" [ein für Bundeswehrsoldaten bestimmtes Bildmagazin der KPD, d.V.] und ein „Bulletin" [„Informationen aus Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung"].

Ein Ofen erregte die Aufmerksamkeit des Kriminalisten – „ein im Wohnzimmer stehender, ganz neuer Dauerbrandofen"; der, wie der Zeuge Tausche im Prozeß aussagte, „noch warm war und frische Asche enthielt"; scharfsinnig fügte er hinzu: „… ein im Kinderzimmer stehender Ofen war kalt."[44]

44 Urteil der I. Großen Strafkammer beim Landgericht Flensburg, Aktenzeichen KLs I/59. SAPMO-BArch, BY1/592.

In dem später stattfindenden, knapp drei Stunden dauernden Prozeß wurden lange Zitate aus dem „Norddeutschen Echo" verlesen, die sich vor allem gegen die militärische Aufrüstung wandten und auch im Urteil zitiert werden.

Rudolf Bieber fertigte noch vor seinem Prozeß einen Bericht für seine Partei an, aus dem hervorgeht, daß er sich mit seinen Genossen geeinigt habe, vor Gericht „den dummen Unwissenden zu spielen."[45]

45 SAPMO-BArch, BY 1/592, Blatt 23.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 296

Das kam der Strafkammer insofern entgegen, als daß die Richter bemüht waren, politische Fragen auszublenden und die Prozesse nicht anders zu führen wie die wegen Hühnerdiebstahls. Laut Urteil brachte der Angeklagte zu seiner Verteidigung vor, er habe sich seit dem Verbot nicht mehr für die Partei betätigt, dennoch seien ihm immer wieder Schriften von der Art der bei ihm beschlagnahmten zugesandt worden; er habe sie immer vernichtet. An dem besagten Tage, habe er sie aus dem Zugfenster werfen wollen, da seine Frau gegen ein Verbrennen in dem neuen Ofen sei – „weil das unnötigen Schmutz verursache".

Der Zug habe ihn zum Treffpunkt der Kolonne bringen sollen, mit der er im Lande herumreise, um im Sommer Waschmaschinen und im Winter Elektroartikel zu verkaufen. Die Nachfragen der Richter blieben unbeantwortet: er dürfe die anderen Kolonnenmitglieder nicht verraten, sie könnten ebenfalls verdächtigt werden, er selbst müsse fürchten, seine Anstellung zu verlieren, wie ihm das schon bei zwei Firmen ergangen sei, nachdem bekannt geworden war, daß er der KPD angehört habe.

Dem Gericht erschien die Geschichte nicht glaubhaft. Die Sorge seiner Frau um den Ofen sei eine „Ausrede", da beim Verbrennen der Schriften im Ofen kein „nennenswerter Schmutz" entstanden wäre. Was der Angeklagte von der Verkaufskolonne berichtet habe, sei „so widerspruchsvoll und verworren", daß es darauf nicht eingehen wolle, heißt es im Urteil.

Die Richter kamen zu dem Schluß, mit dem Verteilen des „Norddeutschen Echos" habe Bieber den „organisatorischen Zusammenhalt dieser Partei aufrechterhalten" wollen, womit er gegen die §§ 42 und 47 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes verstoße, die es verbieten, „Ersatzorganisationen" zu gründen. „Er wußte und billigte insbesondere, daß die Ziele der KPD darauf gerichtet waren und sind, den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen und zur Unterdrückung der demokratischen Freiheiten die wesentlichsten ihrer Verfassungsgrundsätze zu untergraben, um sie schließlich, sei es mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt, zu beseitigen."

Die drei Berufs- und zwei Laienrichter befanden: „Zehn Monate sind angemessen."

Diese Art Urteile sind von Juristen als fragwürdig bezeichnet worden. Diether Posser kritisierte insbesondere, daß „Tatbestände, die keinerlei Unrechtsgehalt" besitzen, „ihre strafrechtliche Kennzeichnung erst durch die Absicht des Täters" erhielten; eine Absicht sei jedoch „ein rein inneres, mit Beweismitteln höchst unzulänglich feststellbares Element". Die Erfahrung des Strafverteidigers: „Hier helfen nur Faustregeln."[46] Die Richter unterstellten jedem Kommunisten a priori, daß er, was immer er tue, beabsichtige, den Staat zu gefährden, seine Sicherheit zu untergraben (§§ 88-98 StGB), wobei sie sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stützten. Das enthob die Richter im Falle Bieber, die beschlagnahmten Zeitungen auf strafrechtlichen Inhalt zu prüfen.

46 Diether Posser, Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers, Karlsruhe 1961, S. 8.

Bieber hatte sich einen Pflichtverteidiger genommen, wie er seiner Partei berichtet, da die „Solidaritätsgemeinschaft" ihm keinen Anwalt hatte stellen können. Die Anklage wegen „Rädelsführerschaft" und Mit-

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 297

gliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation seien fallen gelassen worden.

Nachdem Rudolf Bieber die ihm zugemessenen zehn Monate in der Strafanstalt Neumünster abgesessen hatte, war er in die Freiheit zurückgekehrt – offenbar entschlossen, seine Agitation fortzusetzen. Wenige Monate später, am 22. Dezember 1960 meldete „Die WELT" unter der Überschrift „Drei Propagandisten der illegalen KP festgenommen" von seiner erneuten Verhaftung: „Der Funktionär war erst im Mai dieses Jahres aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er wegen Verteilens kommunistischer Zeitschriften eine zehnmonatige Haft zu verbüßen hatte."[47]

47 DIE WELT, Hamburg, 22.12.1960.

Bei den beiden anderen Verhafteten handelte es sich um Fanny Wrangel (60 Jahre), Krankenschwester aus Neustadt, und Hans Seth, ein Techniker aus Neustadt/Holstein (54 Jahre). Die Polizei hatte zugegriffen, als sie sich bei Seth trafen.

Ein Mitarbeiter des „Arbeitsbüros" notierte, was ihm Hans Seth über die Tätigkeit der drei „Hochgegangenen" berichtete:[48] Sie hätten 1959 und 1960 „mehrere Ausgaben der illegalen KPD-Zeitschrift ‚Leuchtturm' [KPD-Zeitung für den Kreis Plön, d. V] hergestellt und vertrieben und Stubenversammlungen der verbotenen KPD veranstaltet." Fanny Wrangel habe dabei geholfen und auch den Vervielfältigungsapparat in ihrer Wohnung versteckt. „Genosse Bieber lieferte das illegale Material an und half ebenfalls bei der Verteilung der Zeitschriften."

48 SAPMO-BArch, BY 1/592, Blatt 26.

„In der Urteilsbegründung betonte die Kammer, daß die Angeklagten besonders gefährlich seien, da sie unbelehrbar seien. Sowohl dieses und andere Verfahren hätten bewiesen, daß die illegale Arbeit noch existent sei." Darum wohl auch hatte man die drei „Propagandisten" bis zum Prozeßbeginn in Untersuchungshaft gehalten.

Das im Mai 1961 gesprochene Urteil lautete: Rudi Bieber 20 Monate, Hans Seth 15 Monate Gefängnis ohne, Fanny Wrangel 9 Monate Gefängnis mit 4jähriger Bewährung. „Gen. Paustian", ein Mitglied des Bezirkskopfes, berichtete der Parteileitung: „Unsere Partei hat eine kleine Unterstützung gesammelt für die erste Not".

Rudolf Bieber kehrte nach Verbüßung seiner letzten Strafe am 22. Februar 1963 zu seiner Frau und seinen beiden 14 und 4 Jahre alten Kindern zurück, begann als Maurer in der Fa. Nöhrenberg, Kiel, zu arbeiten – und setzte gleichzeitig seine Arbeit in der KPD fort. Er wurde in die Agrarkommission des Zentralkomitees berufen und übernahm 1966 die Anleitung seiner Genossen im Kreis Plön. Obwohl die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden ihn ausgeschlossen hatte, wählte ihn die etwa 150köpfige Belegschaft der Firma Nöhrenberg in den Betriebsrat.[49]

49 Angaben in einem Fragebogen, Kaderakte. SAPMO-BArch, BY 1/592

Was bewog Menschen wie Rudi Bieber auch noch nach 30monatiger Haft das Risiko erneuter Bestrafung mit allen Folgen für die Familie auf sich zu nehmen, zumal die politische Resonanz ihres Wirkens sich in sehr engen Grenzen hielt?

Die Motivation. Die Mehrheit der Kader, die nach dem KPD-Verbot die illegale Organisation aufbauten und anleiteten, gehörte Jahrgängen an, die in der Weimarer Republik noch keine politischen Erfahrungen hatten sammeln können und in die NS-Zeit hineingewachsen waren. In der

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 298

Hitlerjugend, im Reichsarbeitdienst und als Rekruten gedrillt, hatten sie – soweit es sich um Männer handelte – als Soldaten am Zweiten Krieg teilgenommen und mehr oder weniger lange in Kriegsgefangenschaft verbracht. Rudolf Bieber gehörte dem am stärksten dezimierten Jahrgang 1922 an. Er hatte sich 1940 18jährig freiwillig zur Kriegsmarine gemeldet, hatte an den Überfällen auf Dänemark, Norwegen und die UdSSR teilgenommen, war mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse sowie dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet worden und hatte es bis zum Oberbootsmaat gebracht, wie er in einem Fragebogen der Kaderabteilung einräumte.[50]

50 SAPMO-BArch, BY 1/592.

Es waren diese Erfahrungen, die jene Kommunistengeneration motivierten und sie gegen den vorherrschenden Antikommunismus immun machten: „Mit meinem Auftreten als Kommunist will ich der einseitigen und verzerrten Darstellung der politischen Probleme, der antikommunistischen Täuschung und Irreführung entgegentreten. Schon einmal hat die antikommunistische Befangenheit das deutsche Volk blind gemacht und es Opfer eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus werden lassen. Massengräber, Millionen Krüppel, Witwen und Waisen, zerstörte Städte und Dörfer waren die Hinterlassenschaft der antikommunistischen Abenteurer. Das darf sich nicht wiederholen:“[51] Ihre Erfahrung mit antikommunistischer Propaganda machte sie zugleich unzugänglich für berechtigte Kritik an dem sich als „realer Sozialismus“ ausgebenden System. „Ein Grund war, wir wollten uns nicht zu Kronzeugen derjenigen machen, die nur ein Ziel hatten: den Kommunismus zu vernichten. Diese Situation hat modellhaftes Denken und Aufstellen von Dogmen begünstigt und notwendige kritische Diskussion behindert“ (Ewald Stiefvater). Jede in den eigenen Reihen offen geäußerte Kritik an der SED, KPdSU oder einer anderen „Bruderpartei“ wurde als „Schwankung“ und „Konzession an die bürgerliche Ideologie“ zurückgewiesen.

51 Offener Brief Klaus Weigles an den Innenminister Schleswig-Holsteins, Dr. Helmut Lemcke, in seinem Protest gegen die Nichtzulassung als Bundestagskandidat, 11. Juli 1961.

Sie waren entschiedene Kriegsgegner; Frieden war für sie nichts Selbstverständliches, sie waren besorgt darüber, daß im Westen Deutschlands „die für Faschismus und Krieg verantwortlichen Eliten ihre Macht restauriert hatten“. Die „undifferenzierte Übernahme des Justizpersonals von vor 1945 in den Dienst der Gerichtsbarkeit der neuen politischen Ordnung“ bestärkte sie in ihrer Ablehnung des „Adenauerregimes“.

Während die nächstfolgende Generation die deutsche Zweitstaatlichkeit weitgehend als gegebene Normalität hinnahm, sahen sie darin eine Spaltung Deutschlands, die es – in ihrem Sinne, versteht sich – früher oder später zu überwinden galt. Sie waren für das nationale Pathos der KPD sehr viel empfänglicher als ältere Genossen, von denen viele mit der „nationalen Politik“ der KPD ihre Schwierigkeiten hatten.

Sie begriffen sich – obwohl an den Rand der Gesellschaft gedrängt und trotz gesellschaftlicher Isolierung – als „konsequenteste Kraft des Friedens und der Demokratie“[52] im Kampf gegen den Militarismus, und waren überzeugt, vor der Geschichte eine besondere Verantwortung zu tragen. Die Verfolgung nahmen sie in dem Bewußtsein auf sich, letztlich „Sieger der Geschichte“ zu sein. Dabei verkörperte die DDR für sie „die sozialistische Zukunft der ganzen deutschen Nation“.[53]

52 KPD 1945-1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin 1966, S. 159.

53 Programmatische Erklärung des KPD-Parteitages 1963, in KPD 1945-1965. Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin 1966, S. 171

„Hinterland“ DDR. Hinzu kam, daß die in der Bundesrepublik Verfolgten

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 299

in der DDR auch in praktischer Hinsicht einen starken Rückhalt hatten, sie war ihr sicheres „Hinterland". Auf ihrem Boden konnten sie sich treffen, ohne eine Festnahme fürchten zu müssen. Dort fanden ihre Parteitage und -konferenzen statt. „Kommunisten waren Gäste auf SED-Parteitagen. Hier kam es zum Meinungsaustausch unter Genossen. Im Vordergrund standen dabei solche Fragen: Wie kann die KPD ihre Positionen in Betrieben ausbauen und die Zusammenarbeit mit SPD-Genossen verbessern?"(E. Stiefvater).

Vor den Messen in Leipzig und den „Ostseewochen" in Rostock bemühten sich die Mitglieder der KPD um westdeutsche Teilnehmer an den im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen stattfindenden „Arbeiterkonferenzen". „Unser Hauptaugenmerk legten wir darauf, daß möglichst viele sozialdemokratische und parteilose Gewerkschafter zu diesen Treffen fuhren." (E. Stiefvater). Die Begegnungen sollten die angestrebte „Aktionseinheit der Arbeiterklasse" fördern.

Die DDR bot ihnen Ferienplätze, Studienreisen, Kindererholungslager. In der DDR konnten Lehrgänge für „Parteiarbeiter", Gewerkschafter, Kommunalpolitik oder Frauen abgehalten werden, dort wurde ein Teil ihres Agitationsmaterials gedruckt, der „Freiheitssender 904" war nahe Magdeburg installiert und damit dem Zugriff der bundesdeutschen Exekutive entzogen.

Diese Erfahrungen erleichterten es den westdeutschen Kommunisten zu akzeptieren, was die Partei ihnen im Statut zur Pflicht machte: „Die KPD erzieht ihre Mitglieder im Geist […] der Liebe zur Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat. […] Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, konsequent für die Friedenspolitik und die sozialistischen Errungenschaften der DDR einzutreten, sie offensiv und kämpferisch zu vertreten."[54]

Rückblickend heißt es in einer von namhaften DKP-Mitgliedern herausgegebenen zweibändigen Dokumentensammlung, KPD und SED hätten „sich sehr lange (auch als zwei deutsche Staaten als eigenständige Völkerrechtssubjekte entstanden waren) in vieler Hinsicht als e i n e Partei verstanden".[55] Damit hätten die Kommunisten für große Teile der Öffentlichkeit auf der „Gegenseite" gestanden. „Unter den Bedingungen des Kalten Krieges konnte es der KPD nie gelingen, von diesem ‚Image' loszukommen." Erst später unter veränderten Bedingungen „konnten die Kommunisten beginnen, [in der Bundesrepublik] wirklich heimisch zu werden", ein Prozeß, der jedoch erst nach 1968 in Gange gekommen sei.[56]

Ein ungleicher Kampf. In der Auseinandersetzung zwischen der verbotenen Partei und der Staatsmacht standen sich ungleich starke Kräfte gegenüber. Der Bundesinnenminister zerstreute am Tage des KPD-Verbots Bedenken, die Kommunisten seien im Untergrund schwerer zu bekämpfen. Der Öffentlichkeit wurde versichert: „In sorgfältigen Absprachen zwischen den Polizeiorganen der Länder seien alle Vorbereitungen getroffen worden, um die Kommunisten in der Illegalität aufzuspüren"[57] Die Strukturen der illegalen Partei aufzuspüren, sie zu „durchdringen" und es der Justiz zu ermöglichen, Verstöße gegen das KPD-Verbot anzuklagen und zu verurteilen, war vornehmlich die Aufgabe des Bundesamtes und der Landesämter für den Verfassungsschutz. Seine Methode:

54 Statut der KPD, bschlossen vom Parteitag 1963, in KPD 1945-1968 DOKUMENTE, Neuss 1989, Bd. 2, S. 352.

55 KPD 1945-1968 DOKUMENTE, herausgegeben und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus, Neuß 1989, Bd.1, S. 125.

56 Ebenda, Bd.1, S. 124.

57 Kieler Nachrichten, Kiel 18./19.08.1956, S. 15.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 300

„Sammlung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen" über gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Bestrebungen. „Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollfunktionen stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu", heißt es im bereits am 27. September 1950 verabschiedeten Gesetz. Von Anbeginn seiner Tätigkeit setzten die Ämter fort, womit die „Alliierten schon fünf Jahre früher angefangen" hatten: die KPD zu beobachten und ab 1951 „Unterlagen zu sammeln, die ein Verbot der KPD rechtfertigen sollten".[58] Die Dienste der Westmächte stellten den Anfängern die „hervorragenden Ergebnisse" ihrer Arbeit zu Verfügung.

58 Günther Nollau, Das Amt, München 1978, S. 144.

Der spätere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (1970-1975) Günther Nollau war von Anfang an daran beteiligt und seit 1957 als Regierungsdirektor speziell für diese Arbeit verantwortlich: „Meine Organisation hatte in der KPD Dutzende von Vertrauensleute. […] Wir legten einige Untergrundorganisationen der KPD lahm."[59]

59 Günther Nollau, Das Amt, München 1978, S. 198 und 208.

Um dem entgegenzuwirken, organisierte die KPD einen „Parteischutz". In Schleswig-Holstein war der kurz nach dem Verbot wieder nach Lübeck zurückgekehrte Hein Meyn dafür verantwortlich. Zunächst arbeitslos, fand er schließlich im Kaufhaus der Konsumgenossenschaft am Klingenberg eine Anstellung als Expedient. Er brachte aus der NS-Zeit die notwendige Erfahrung für seine Funktion mit. „Wir sammelten Informationen über die Methoden der Staatsorgane, in die Partei einzudringen, sie zu zersetzen". Die Informationen wurden ausgetauscht, Lehren daraus gezogen und an die Leitungen weitergegeben. „In bestimmten Abständen trafen wir uns mit einem Verantwortlichen des zentralen ‚Parteischutzes' – in unserem Falle war es Heinz Junge, ein Dortmunder, den ich schon aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen kannte. Aus Gründen der Sicherheit kamen wir meist im Ausland zusammen, z.B. in Kopenhagen, Amsterdam oder Groningen. Auf der Tagesordnung standen nicht nur der Erfahrungsaustausch und Schlußfolgerungen; wir erhielten auch von oben Warnungen vor Verrätern in anderen Bundesländern" (Hein Meyn). Die KPD-Landesleitung Schleswig-Holstein gab im „Norddeutschen Echo" den Ausschluß von tatsächlichen oder vermeintlichen Verrätern bekannt: „Wir warnen alle Mitglieder (der) Partei und die Kollegen von Heidenreich & Harbeck vor G. und den mit ihm in Verbindung stehenden Subjekten. Jeder weise ihm die Tür, keiner lasse sich in Gespräche mit ihnen ein."[60] In einer „Vorsicht vor Agenten und Provokateuren" überschriebenen Information heißt es: „In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, da Genossen von ‚Kollegen' angesprochen werden, die Auskunft über Delegations- und Urlaubsreisen in die DDR, über Materialverteilung und die Zusammenarbeit in der Partei haben möchten. So bieten sie sich gern zur Mitverteilung unserer Materialien an, wollen Delegationen organisieren und versuchen den Eindruck zu erwecken, als wenn sie gute Freunde der Verständigung der Deutschen untereinander wären".

60 Norddeutsches Echo, Nr.13 / September 1958, S. 12.

Die Aufmerksamkeit, die die Staatsschutzorgane ihrer Arbeit zuteil werden ließen, bestärkte die Kommunisten in ihrem Selbstverständnis als unersetzbare Vorkämpfer für den Frieden: „Seid vorsichtig und wachsam, Genossen! Dem Gegner brennt die Tätigkeit der Partei unter den Sohlen. Er weiß, daß er seine volksfeindliche Politik auch in Schles-

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 301

wig-Holstein nur durchsetzen kann, wenn er die Kommunisten mundtot macht, wenn er die Wege verstopfen kann, auf denen die Kommunisten trotz Verbot zur Bevölkerung sprechen."[61]

Welches Bild von den Methoden der Staatsorgane gewannen die „Parteischützer"? Dazu Hein Meyn: „Die Verfassungsschützer versuchten, V-Männer einzuschleusen. Sie traten an Genossen heran, zeigten sich über deren illegale Aktivitäten oder persönlichen Probleme informiert, drohten mit Enthüllung und Strafe oder lockten auch mit Geld. Wir erfuhren natürlich nur von solchen Fällen, in denen sich Genossen der Partei offenbarten. Wie viele Mitglieder sich erpressen ließen, das wußten wir nicht." Die in den Ländern gesammelten Erfahrungen wurden an die „Zentrale Parteikontrollkommission" (ZPKK) weitergeleitet, die sie auswertete. „Um bei der Werbung von Informanten seine Opfer gefügig zu machen," heißt es in einem ihrer Berichte an das Politbüro und sein Sekretariat, „offeriert der Gegner ihnen verlockende Geldangebote, Berufsaussichten bei oftmals gleichzeitiger Androhung der Vernichtung ihrer Existenz bzw. der Drohung mit Verhaftung." Systematisches und offenes Beobachten sei eine Methode, um „Genossen einer Schocktherapie zu unterziehen, damit die Arbeit und die Verbindungen gestört und die Aktivität eingeschränkt werden".[62]

Ewald Stiefvater setzte sich gegen diese Art „Schocktherapie" zur Wehr, indem er die Presse informierte und die Observation im Detail beschrieb: „Zwielichtige Gestalten verfolgen mich auf Schritt und Tritt…"[63] Die Observanten zogen sich zurück.

Verunsichert wurde die illegale KPD auch durch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der kommunistischen Bewegung, die nach dem XX. Parteitag offen aufgebrochen waren – über den Eurokommunismus, das sowjetisch-chinesische Schisma, die halbherzige „Entstalinisierung". Dem „Parteischutz" blieb nicht verborgen, daß der Verfassungsschutz sie nutzte, um – wie es G. Nollau ausdrückte – „in der KPD zersetzend zu wirken" und unter Dissidenten Informanten zu gewinnen. Er nannte das, mit „feinerer Klinge" fechten: „Der KPD Schwierigkeiten zu bereiten, war der Zweck der Übung gewesen."[64] Die Akten der „Zentralen Parteikontrollkommission" der KPD (ZPKK) bestätigen den Erfolg dieser Übungen. In einem Ende 1965 verfaßten Bericht über : „Das Wirken der Führer der KP Chinas in der Bundesrepublik und die Versuche zur Schaffung von Spaltergruppen", wird auf die Duldung und Begünstigung der chinesischen Aktivitäten durch die „Staatsschutzorgane" hingewiesen, die die zuständigen Staatsanwaltschaften anhalten, „beschlagnahmte chinesische und albanische Materialsendungen" mit der Begründung freizugeben, sie schadeten gegenwärtig „weder Bundes- noch Länderinteressen."[65]

Die Arbeit an der Basis. Nachdem das BVG-Urteil es der KPD verwehrte, durch zentrale Veranstaltungen – Kundgebungen und Demonstrationen – als Partei auf sich aufmerksam zu machen, kamen der politischen Arbeit an der Basis, dem Auftreten des Einzelnen erhöhte Bedeutung zu. „Die Wirksamkeit kommunistischer Politik vor Ort wurde in allererster Linie durch die selbständigen Initiativen der Parteimitglieder bestimmt".[66]

Im „Norddeutschen Echo" wurde im September 1958 zur „Festi-

61 Norddeutsches Echo Nr. 9/Juli 1985, S. 12.

62 „Informationen der ZPKK an das PB und Sekretariat", 10.02.1967, SAPMO-BArch, NY 30/2/10.30/92.

63 „Blinkfuer", Hamburg, 3.05.1967.

64 Günter Nollau, Das Amt, München 1978, S. 226, 227, 230.

65 Aus Akten der „Zentralen Parteikontrollkommission". (SAPMO-BArch, NY 30/ Sign. IV 2/10.30./92).

66 KPD 1945-1968 DOKUMENTE... Bd1 , S. 84.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 302

gung unserer Organisation“ aufgerufen. „Durch die restlose Erfassung aller Genossen in Grundeinheiten muß auch das Prinzipp einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei verwirklicht werden…“ Das bedeutet Anerkennung des Programms und der Politik der Partei, Mitarbeit in einer ihrer Grundorganisationen und regelmäßige Entrichtung eines Beitrages. Als falsch wird die Meinung verurteilt, mit der sich Genossen dem zu entziehen suchten: „Die Hauptsache ist, wir tun unsere Arbeit im Sinne der Partei, wozu brauchen wir noch extra eine Organisation und Zusammenkünfte, das ist nur unnötige Gefährdung.“[67]

67 Norddeutsches Echo, Nr. 13 September 1958, S. 11.

Die Umstellung der Partei auf die Illegalität erleichterte es vielen Genossen, den für jeden Kommunisten schweren Schritt, sich von seiner Partei zu lösen, unspektakulär zu tun. Dabei spielten aufgekommene Zweifel an ihrer Politik ebenso eine Rolle wie fehlende Bereitschaft, sich dem erhöhten Risiko illegaler Arbeit auszusetzen. „Die Verbindungen rissen nach dem Verbot erst einmal ab, und oft ging etliche Zeit ins Land, bis ein Mitglied angesprochen wurde. Je länger ein Genosse jedoch ohne Verbindung zur Partei war“; diese Erfahrung machte Ewald Stiefvater, „desto größer wurde der Abstand zur Partei.“

Bei den Funktionären an der Basis standen der restlosen Erfassung aller Genossen auch ganz pragmatische Überlegungen entgegen: Warum sollte man an Mitglieder herantreten, die sich schon zu legalen Zeiten aus der aktiven Mitarbeit zurückgezogen hatten? War damit nicht auch ein Sicherheitsrisiko verbunden?

Die KPD-Kreisorganisation Kiel war vor dem Parteiverbot mit etwa 700 Mitgliedern die stärkste im Lande. Noch bevor der für die Organisation in Schleswig-Holstein verantwortliche „Dreierkopf“ seine Fäden zu den Genossen an der Förde knüpfte, ergriffen Mitglieder die Initiative und versuchten den Zusammenhalt durch die Herausgabe eines hektographierten Blättchens herzustellen: die „Fackel“.

Zu den langjährigen Leitern der illegalen Kreisorganisation gehörte Karl-Heinz Tolkmit, Jahrgang 1927, gelernter Elektriker, vor dem Parteiverbot im Landessekretariat für Agitation und Propaganda zuständig. Seiner Erinnerung nach hat es eine Aufteilung in Fünferzellen mit einem Verantwortlichen, wie sie die Weisungen zu den konspirativen Strukturen vorsahen, so nicht gegeben.[68] Vielmehr hätten sich kleine Gruppierungen unabhängig von den Vorstellungen der Leitung zusammengefunden, die auch nicht stadtteilmäßig eingegrenzt gewesen seien. Man arbeitete mit dem zusammen, „mit dem man konnte“ und zu dem man Vertrauen hatte. Das waren drei oder maximal sieben Genossen. Dabei hätten sich in den Gruppen eigene Vorstellungen über politische Schwerpunkte entwickelt.

68 Die Firma, bei der K.T. nach dem Parteiverbot in seinem Beruf Arbeit fand, entließ ihn, nachdem sie vor ihm als Kommunist gewarnt worden war. Nach längerer Arbeitslosigkeit fand er Arbeit bei der Firma Hell, Kiel.

Da der lokalen und persönlichen Initiative eine sehr viel größere Bedeutung zukam als zu Zeiten der Legalität, wurden zentrale Weisungen kritischer geprüft und gegebenenfalls ignoriert. Beispielsweise hätten sich in Kiel Diskussionen über die Frage entwickelt, ob der Weisung „von oben“, ein Flugblatt zu verteilen, das aufrief, DFU zu wählen, gefolgt werden solle. Die Genossen seien der Meinung gewesen, daß die gleichzeitig in Kiel als „Unabhängige“ kandidierenden Kommunisten die alleinige Unterstützung erhalten sollten.

Der Schwerpunkt der Arbeit habe in den Betrieben gelegen, und

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 303

auch in den Stadtteilen habe sich die Agitation auf die Betriebsarbeiter konzentriert. Die während der Legalität regelmäßig vor dem Werfttor verteilte KPD-Betriebszeitung „Der Hellgen“ kam in der Illegalität mehrfach heraus. Sie wurde heimlich in Elmschenhagen gedruckt. Die Genossen der Betriebsgruppe legten den „Hellgen“ in der Werft aus, wenn sie sich unbeobachtet wähnten, an Arbeitsplätzen, in Pausenräumen oder Umkleidekabinen, oder ließen sie als Flugschrift von der Höhe der Docks oder Schiffsneubauten fallen. Es sei vorgekommen, daß Kollegen den „Hellgen“ offen lasen und sich zustimmend zu darin erhobenen Forderungen äußerten.

Die Orientierung auf Betriebsarbeit brachte auch eine erhöhte Aktivität in den Gewerkschaften mit sich. Der Einfluß der Kommunisten in den unteren Funktionsebenen sei nicht gering gewesen, schätzt Tolkmit ein. Er selbst wurde von seinen Kollegen in der Kieler Firma Hell zum Betriebsrat und gewerkschaftlichen Vertrauensmann gewählt.

Die „bessere Verankerung“ in den Gewerkschaften sei durch die Aktivitäten während des kurz nach dem Verbot beginnenden Streiks um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall begünstigt worden, urteilt Tolkmit.

Die „Verankerung“ der Kommunisten in den Gewerkschaften stieß immer auch auf sozialdemokratische Gegenwehr. Die Erfahrungen der Auseinandersetzungen wurden von KPD und SED sorgfältig registriert. Das „Arbeitsbüro“ hob zwei Berichte auf, in denen das ungenügende Abschneiden der kommunistischen Kandidaten bei den Betriebsratswahlen auf der Howaldt-Werft in Kiel und den Vertreterwahlen der IG Metall eingeschätzt wurde.[69] Von fünf kommunistischen Kandidaten waren nur zwei gewählt worden, einer weniger als bei den vorangegangenen Wahlen. Die „…Hauptursache für die Verluste (liegt) in den meisten Fällen in einer völlig ungenügenden gewerkschaftlichen und betrieblichen Aktivität der Genossen.“ Die SPD habe, heißt es einem der Berichte, in einem Flugblatt aufgefordert, „keine der lautstarken, östlich orientierten Kandidaten zu wählen“ und 20 Kandidaten empfohlen. Der Staatsschutz hatte assistiert: „So erschien der Verfassungsschutz bei dem Kommunisten Timm (Mitglied des alten Betriebsrates) und versuchte auf ihn einzuwirken, nicht zu kandidieren, da man über seine Beziehungen zur Ostzone genaustens informiert sei‘. Dasselbe wurde im Betrieb verbreitet. Der Angegriffene setzte sich nicht genügend öffentlich zur Wehr […] und konnte nun nicht mehr die erforderliche Stimmenzahl erreichen.“

Zu denken gab auch, daß Hein Wadle, der langjährige Generalobmann der betrieblichen Vertrauensleute der IG Metall, bei den Vertreterwahlen der IGM im Arbeiterstadtteil Kiel-Gaarden weniger gut als in der Vergangenheit abgeschnitten hatte; er hatte „von 60 Anwesenden 13 Stimmen“ erhalten. Der Bevollmächtigte der IG Metall hätte auf seine Rede gegen die Aufrüstung erwidert: „Du hast gut gesprochen, aber unsere Stellung zur Demokratie erlaubt es nicht, gegen die Rüstung aufzutreten und vorzugehen“.

Zu Tolkmits Erfahrungen gehört, daß vor allem jene Kommunisten für die illegale Parteiarbeit gewonnen werden konnten, die über theoretische Kenntnisse und praktische Erfahrungen verfügten. Das habe sie zu selbständigem Handeln befähigt, brachte jedoch andererseits den

69 SAPMO-BArch DY 30/VI 2/10.03./104.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 304

„Anleitenden“ gewisse Probleme mit einer „Das machen wir besser anders“-Mentalität. In den an der Basis illegal herausgebrachten Flugblättern spielte die sogenannte „große Politik“ eine eher untergeordnete Rolle. Es ging in ihnen mehr um soziale und lokale Probleme, die den Menschen gerade auf den Nägeln brannten.

Wie in Kiel gab es auch in Flensburg keine starren Strukturen der illegalen Organisation. Persönliche Bindungen entschieden darüber, wer mit wem Kontakt hielt und zusammenarbeitete. „Im Hause meines Vaters Willi Sorge[70] gingen damals Genossen und sogenannte Sympathisanten aus und ein.“ Auch nach der Entlassung des langjährigen Betriebsrates der FSG-Belegschaft (Flensburger Schiffbaugesellschaft) hielten ehemalige Kollegen zu ihm Kontakt, erinnert sich Bernd Sorge. „In der illegalen Arbeit gab es zwischen den Kommunisten und solchen parteilosen Kollegen wie Fritz Ortmann, Ernst Grewe und vor allem Hermann Knauf keinen Unterschied. Letzterer fuhr Genossen mit seinem Auto zu Treffs, verteilte Flugblätter und diskutierte wie ein Kommunist.“

70 Der Schmied Willi Sorge genoß unter den Flensburger Werftarbeitern großes Vertrauen und war selbst nach seiner fristlosen, aber noch nicht rechtsgültigen Entlassung im Dezember 1955 mit der zweithöchsten Stimmenzahl erneut zum Betriebsrat der etwa 2400köpfigen Belegschaft gewählt worden. (Bekanntmachhung des Wahlausschusses am 31.12.1955). Die Entlassung erfolgte wegen Beleidigung des Direktors. Zwei Zeugen sagten aus, er habe Direktor Hilgenberg einen „Lümmel“ genannt, was S. bestritt.

Bernd Sorge sieht Unterschiede im damaligen politischen Klima zwischen Flensburg und anderen Städten des Landes. „Die Nähe Dänemarks wirkte sich aus. Hier war es liberaler, man ging toleranter miteinander um und stand dem Verbot der KPD wohl allgemein kritischer gegenüber. Selbst einzelne Polizisten waren trotz aller Verfolgung – natürlich gab es Verhaftungen – zurückhaltender.“ Bei Teilen der Flensburger, die sich zur dänischen Minderheit zählten, war nicht vergessen, daß sich Kommunisten am Kampf der dänischen Widerstandsbewegung beteiligt hatten, beispielsweise Fiete Brandt, der am Sturm auf die SS-Kaserne in Aarhus teilgenommen hatte, oder Karl-Heinz Lorenzen, der als junger Mann gefährdete Antifaschisten über die „grüne Grenze“ nach Dänemark in Sicherheit gebracht [darunter die spätere Frau Herbert Wehners, d.V,] und im KZ gelitten hatte. Zu diesen Mitgliedern gehörten, so Sorge, auch Christa Wolf, Helmut Witt, Alfred Drögemüller, Hans Ketzer und Ernst von Essen.

Auch in Flensburg maß man der „Betriebsgruppenarbeit“ die größte Bedeutung bei. Im Handabzugsverfahren wurde für die Belegschaft der Flensburger Schiffbaugesellschaft (FSG) die Kleinzeitung „Kaimauer“ hergestellt, später das „Werftecho“. Die die FSG betreffenden Artikel hätten sie selbst verfaßt, Artikel von überbetrieblicher Bedeutung von der Leitung für Schleswig-Holstein erhalten, Artikel, die auch im Kieler „Hellgen“ und dem „Werftecho“ für die Kollegen der Lübecker Flenderwerft erschienen seien.

Willi Sorge, in dem man zu Recht den Kopf der Flensburger Kommunisten vermutete, war wiederholt Repressalien unterworfen. Schon am Tage des Parteiverbots war er verhaftet, jedoch wieder freigelassen worden. Sein Sohn Bernd wurde als 15jähriger in die Partei aufgenommen – „ganz feierlich“. Zu seinen Erinnerungen gehört auch die Geistesgegenwart seiner Großmutter. Als Kriminalbeamte in die Wohnung drangen, um den Vater belastendes Material sicherzustellen, warf die Großmutter, die gerade eine Suppe kochte, die im Haus befindlichen Flugblätter kurzerhand in den Topf. „Ich habe fasziniert zugesehen, wie emsig Oma den Topf umrührte.“

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 305

Die Mitglieder der illegalen Gruppe wurden während der ganzen Zeit von Emil Volkmann kassiert.

Von den Landkreisen, urteilt Ewald Stiefvater, entwickelte sich das kontinuierlichste Gruppenleben im Kreis Pinneberg. Dort habe es Parteigruppen in Elmshorn, Pinneberg, Wedel und Barmstedt gegeben (Ewald Stiefvater, Wedel).

Die Parteigruppe in Eckernförde stellte eine Ortszeitung und Flugblätter auf einem Handabzugsgerät her, das sie in einem Bootsschuppen unter Netzen versteckt hatte und das darum bei den zahlreichen Haussuchungen nie entdeckt werden konnte. „Die Flugblätter waren für uns nicht das Wichtigste, wir suchten das Gespräch mit den Leuten, um ihnen unsere Ansichten darzulegen", erinnert sich Rudi Jürgensen. Ihre kleine Gruppe – zu denen Josef Möller, Benni Ketzer, Franz Henk und Konrad Pahl gehört hätten – war von einem größeren Kreis von Sympathisanten, Kollegen und Nachbarn, umgeben, bei denen sie ihre Schriften „weitgehend gefahrlos" absetzten. „KP-Propaganda" überschrieb die SPD-nahe Kieler „Volkszeitung" eine Meldung: „Eckernförde (en). In dieser Woche sind verschiedentlich ‚Wahlprogramme' der KP verteilt worden, die in schlecht gedruckten Umschlägen einer Schriftenreihe ‚SOS: Schicksale deutscher Schiffe' getarnt sind." Jede wie immer geartete öffentliche Wahrnehmung bestärkte die Illegalen in ihrem Tun.

Rudi Jürgensen hielt zunächst über den Kieler Claus Böttcher Kontakt zur Landesleitung; später habe ihn Helmut Grimm angeleitet. „Wir haben früh zur legalen Arbeit gefunden. Unser Auftreten in Gewerkschaften und anderen Organisationen geschah ja nicht ‚anonym'. Wir waren als Kommunisten in der Stadt bekannt" (Rudi Jürgensen, Eckernförde).

Im Organ der Landesleitung war eine Seite den Aktivitäten der Partei gewidmet – unter der Losung: WIR SIND DA UND BLEIBEN DA / TROTZ ALLEDEM.

Meldungen wie „Die KPD ist da u. wird stärker" sollten die Mitglieder ermutigen. Unter dieser Überschrift wird davon berichtet, daß die Genossen des Kreises Stormarn „eine große Anzahl von Plakaten geklebt" hatten, „auf denen gegen das Verbot protestiert wird und zum Kampf gegen die Atomgefahr aufgerufen wird. Viele Bürger äußerten ihre Anerkennung über den Mut der Kommunisten. Bravo, Genossen!" Kiel meldete: „… und wieder ist die Betriebszeitung der Howaldt-Arbeiter, der ‚Hellgen' erschienen!"

In der Kleinzeitung war ein Brief der KPD-Landesleitung an die Belegschaft veröffentlicht. „Das ist richtig, denn damit können die Kollegen an die Betriebsräte herangehen und über das gemeinsame Vorgehen beraten."[71] Aus der „Presse des Landes" wird zitiert: „Kommunistische Flugblätter flattern von der Rendsburger Hochbrücke auf die Stadt." – „Kommunisten verschicken offene Briefe an die Bürgermeister im Kreis Plön." – „Kommunisten schießen Flugblattrakete über Lübeck." In der ersten Phase der Illegalität beschränkten sich die Aktivitäten auf die „Erfassung der Genossen" und die heimliche Herstellung und Verbeitung von Flugschriften: „Jedes Material, das herauskommt, ist ein lebendiger Beweis der ideologischen, organisatorischen und materiellen Kraft der Genossen aus dem Lande."[72]

71 Norddeutsches Echo Nr.13, September 1958, S. 11.

72 Norddeutsche Echo, Nr.6, Mai 1958, S. 13.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 306

Ausschöpfen legaler Möglichkeiten. Mit Ewald Stiefvater war 1958 ein Mann in den für Schleswig-Holstein verantwortlichen „Dreierkopf" beordert worden, der der Leitung länger als jeder andere angehören sollte. 1962 löste er Paul Beu als Ersten Mann ab und blieb – durch zwanzigmonatige Haft unterbrochen – bis zum Ende der Illegalität in dieser Verantwortung.

Der ehemalige Redakteur der „Hamburger Volkszeitung", des Organs der Hamburger KPD, war als 1926 Geborener in die NS-Zeit hineingewachsen und hatte als Luftwaffenangehöriger am Krieg teilgenommen. Im Unterschied zu den nach dem Verbot im „Untergrund" lebenden Leitungskadern – einige waren schon Jahre vor dem Verbot in die „Zweite Linie" untergetaucht – brachte er Erfahrungen offenen Auftretens unter den Bedingungen des Parteiverbots mit. Er hatte in der Rolandsstadt 1958 als ortsbekannter Kommunist für den Landtag kandidiert, was ihm Gelegenheit bot, öffentlich aufzutreten. Zur gleichen Zeit nahm er mit anderen Wedeler Kommunisten an der von SPD und Gewerkschaften unterstützten Bewegung „Kampf dem Atomtod" teil und gehörte 1959 zu den Aktivisten einer bundesweit beachteten Volksbefragung gegen die atomare Bewaffnung. Nach dem KPD-Verbot hatte es für ihn, wie auch für andere Kommunisten nicht mehr nur Politik gegeben. Als ihn seine Arbeit als Redakteur nicht mehr beanspruchte, wurde er in seinem Sportverein aktiv; nach seiner Verhaftung im April 1963 schrieb die „Wedeler Zeitung": Stiefvater „war führend im TSV Wedel und bei den Sportlern sehr beliebt. Um so fassungsloser war der Verein," als er von der Verhaftung seines Sportfreundes erfahren habe.[73]

73 „Wedeler Zeitung", 20.04.1963.

Ewald Stiefvaters Einsatz als Erster Mann markiert das Ende der ersten Phase der Illegalität, des Übergangs zu einem offeneren Auftreten der Kommunisten. Der ehemalige Reichswehrleutnant Richard Scheringer, bis zum Verbot Mitglied des KPD-Parteivorstandes, griff in Diskussionen über die Arbeitsweise auf seine Artilleristenweisheit zurück: Wirkung geht vor Deckung.

Die Parteiführung prangerte nach einer Analyse der Parteiarbeit noch im Februar 1961, nach viereinhalb Jahren illegaler Arbeit, „Starrheit, Enge und Sektierertum", eine „Unbeweglichkeit im politischen Auftreten", eine „zu große Enge in der Entwicklung der Beziehungen zu den Massen"[74] an – Folgen eines Parteiverständnisses und Wahrheitsanspruches, die sie selbst zu verantworten hatte und auch nicht aufgab.

74 Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD 1960 (Februar 1960), in: KPD 1945-1968, Dokumente, Neuß 1989, Bd. 2, S. 229 ff.

Das „Norddeutsche Echo". Als Konsequenz wurde der Vertrieb illegaler Publikationen ab 1960 weitgehend eingestellt – bis auf die Herausgabe des Zentralorgans „Freies Volk", das jedoch fortan in größerem Abstand erschien. Der Entscheidung lag auch die Erfahrung zugrunde, daß die Herstellung und Verteilung illegalen Materials viel Kraft in Anspruch nahm und mit hohem Risiko verbunden war.[75]

75 Beschluß der Parteidelegiertenkonferenz der KPD 1960 (Februar 1960), in KPD 1945-1968, Dokumente, Neuß 1989, Bd. 1, S. 101.

Am 12.Januar 1960 wurde Willi Paasch verhaftet. Zwei Jahre zuvor hatten Waltraud und Willi Paasch für monatlich 120 DM in Hamburg-Barmbek, Bramfelderstraße 93a ein Büro angemietet und eine Druckmaschine aufgestellt. Anfang 1958 waren die Vorbereitungen abgeschlossen, das „Norddeutsche Echo" konnte in höherer Auflage und professionellerer hergestellt werden. „Ich schrieb die Druckvorlagen, Willi besorgte den Druck. Die Manuskripte erhielt ich von Walter Klei-

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 307

Willi Paasch wird von seiner Frau Waltraud und Freunden bei der Haftentlassung vom Gefängnis abgeholt.

er. Dank strikter Beachtung der Konspiration konnten wir etliche Zeit unentdeckt arbeiten" (Waltraud Paasch, Schwerin).

Im Vordergrund der Berichterstattung der ein- oder zweimal monatlich erscheinenden bis zu 12 Seiten starken Zeitung standen der Kampf gegen die Aufrüstung, Kritik an der Durchdringung der Justiz und Verwaltung mit belasteten Nationalsozialisten und Informationen über die DDR sowie die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots.

Die Wortwahl bei der Berichterstattung über die Verfolgung der Kommunisten wird jeden außenstehenden Leser befremdet haben. Unter der Überschrift „Wahlterror" wird berichtet, daß der Kieler Kreiswahlausschuß zwei ehemalige Mitglieder der KPD als Kandidaten zur Landtagswahl 1958 nicht zulassen wollte, der Landeswahlausschuß sie jedoch mit der Begründung kandidieren ließ, daß ihnen eine Tätigkeit für die verbotene Partei nicht nachgewiesen worden sei.[76] Die Verhaftung Rudi Feys und seines 16jährigen Sohnes Axel war für das NE ein neuer, verabscheuungswürdiger Terrorakt – „womit die Gesinnungsjustiz zur faschistischen Methode der Sippenhaft greift".[77]

Mit „Vertrieb und Verbreitung" der Zeitung hatte Willi Paasch nichts zu tun, stellten seine Richter fest. Dafür waren andere verantwortlich. Fritz Schulz, ein Kieler Zeitzeuge, berichtet darüber: „Claus Böttcher fuhr mit seinem Auto an bestimmte Stellen der Stadt, wo er von anderen Genossen unauffällig erwartet wurde. Ich zum Beispiel wartete mit meinem Fahrrad auf sein Kommen, um möglichst unauffällig einen Packen Zeitungen zu übernehmen." Da es sich bei beiden um der Polizei be-

76 Norddeutsches Echo, Nr. 15, Oktober 1958, S. 5.

77 Norddeutsches Echo, Nr.6, Mai 1958, S. 13. Der in Gronau/NRW wohnhafte Rudolf Fey hatte als ehemaliger Berufsoffizier nach dem Kriege zur KPD gefunden. Die Parteiführung hatte ihn nach dem Verbot in Schleswig-Holstein eingesetzt. In einem späteren Prozeß wurde er zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 308

kannte Kommunisten handelte, war es für sie nicht schwer, den Vertrieb immer wieder lahmzulegen. Bei dem zitierten Zeitzeugen waren bereits im Oktober 1956 bei einer Haussuchung Packen von Flugschriften beschlagnahmt worden.

Ab einem bestimmte Zeitpunkt muß Willi Paasch unter Beobachtung gestanden haben. Ende 1959 fiel den Observanten auf, daß das „Norddeutsche Echo" immer dann erschien, wenn der Verdächtige sich in dem erwähnten Büro aufgehalten hatte, heißt es in der Anklageschrift vom 29.05.1964.[78] Bei der Durchsuchung stellte die Staatsanwaltschaft eine Vielzahl dort hergestellter Schriften – „ausnahmslos staatsgefährdenden Inhalts" – sowie Maschinen zu ihrer Herstellung sicher. Der Jargon der Schriften erweckte bei den Richtern den „Eindruck unbestimmter umstürzlerischer Umtriebe".[79]

Waltraud Paasch führt die Entdeckung der Druckerei auf eine leichtsinnige Kaderauswahl zurück: „Nachdem Willis bisheriger Helfer für eine andere Arbeit abgezogen war, ignorierte die Leitung Willis Vorschlag, sich einen vertrauenswürdigen Ersatz heranzuziehen, und zwang ihm einen ‚Spanienkämpfer' auf, der jedoch auf seiten Francos in der ‚Legion Condor' gekämpft hatte. Er – vermutlich Spitzel des Verfassungsschutzes – ließ Willi ‚hochgehen'."[80] Über ihre Rolle sei der Spitzel nicht informiert gewesen.

In dem Büro waren unter anderem 2500 Exemplare des NE vom 14.01.1960 beschlagnahmt worden. Aus den sichergestellten Matritzen und sonstigem Material schlossen die Ermittler, daß das NE jeweils in einer Auflage von 2500 bis 5000 Exemplaren erschienen ist und daß 1958/59 zwölf Flugblätter hergestellt worden seien.

Willi Paasch wurde nach viermonatiger Untersuchungshaft entlassen und bis zum Prozeßbeginn noch zweimal kurzzeitig in Hamburg-Fuhlsbüttel in staatlichen Gewahrsam genommen. Dort – im einstmals berüchtigten KOLAFU (Konzentrationslager Fuhlsbüttel) – hatte er schon von 1942 bis 1943 „eingesessen". Das Urteil des Landgerichtes Hamburg[81] vom 11.06.1964 erwähnt zwar die Haft, verschweigt aber die Gründe: Der damals Fünfzehnjährige hatte mit gleichgesinnten Jugendlichen Flugblätter gegen den Krieg verteilt.

Das Landgericht verurteilte Willi Paasch zu 15 Monaten Gefängnis. „Strafverschärfend ist dabei der zeitliche Umfang der festgestellten Tätigkeit und die Intensität berücksichtigt worden", heißt es in der Begründung. Nach einem Revisionsverfahren vor dem 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes[82] wurde die Strafe nach erneuter Verhandlung auf ein Jahr reduziert.[83] Wie Hanne Stiefvater tat auch Waltraud Paasch alles ihr mögliche, um die Verfolgung ihres Mannes bekannt zu machen – die internationalen Verbindungen der kommunistischen Bewegung nutzend, auch im Ausland. Mit dem Ergebnis, daß sich selbst in Brasilien und Australien Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften für ihren Mann einsetzten. Zu den Persönlichkeiten der Bundesrepublik, die ein Wort für Willi Paasch einlegten, gehörte Kirchenpräsident Martin Niemöller und der Bundestagsabgeordnete Karl Wienand (SPD).

Nach der Verhaftung Willi Paaschs und Entdeckung der Druckerei im Januar 1960 stand die Bezirksleitung vor der Aufgabe, sich eine neue Druckmöglichkeit zu schaffen. Im Laufe des Jahres 1961 wurde im Kel-

78 Landgericht Hamburg, 141 JS 1350/63.

79 Landgericht Hamburg, (31) 151/64 – 141 KLs 1/64, S. 5.

80 Mitteilung Waltraud Paasch, 28.01.1999.

81 Akt.Zeichen (31) 151/64-141 KLs 1/64.

82 Entscheidung vom 13.01.1965, 3. StR 54/64.

83 Landgericht Hamburg, 22.04.1965, (31) 77/65.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 309

Ewald Stiefvater demonstriert gegen Atom- und Raketenwaffen in Wedel.

ler eines Einfamilienhauses in Quickborn eine elektrisch angetriebene Gestettner versteckt, auf der Flugblätter und Plakate bis zum Format DIN A3 gedruckt werden konnten. Verantwortlich für den Betrieb war Marie Stehr, Pinneberg: „Zuerst haben wir mit Wachsmatrizren gearbeitet, später waren es gebrannte Matrizen, die garantierten eine bessere Druckqualität." Der Druckort wurde später nach Oldenburg verlegt. „Hier druckten wir bei einem Bauern, der uns einen angrenzenden Raum in seinem Viehstall zur Verfügung stellte. Wegen zu hoher Feuchtigkeit im Raum und der langen und zeitraubenden An- und Abfahrt aus dem Kreis Pinneberg, zogen wir alsbald wieder in ein anderes Quartier um. Diesmal ging es nach Oststeinbek zu Ernst Konkorsky, einem langjährigen Kommunisten, den auch die Nazis nicht klein gekriegt hatten. In seinem Keller hatten wir gute und sichere Arbeitsmöglichkeiten." Die Herausgabe des „Norddeutschen Echos" wurde eingestellt.

Seit Ewald Stiefvaters Einsetzung als Erster Mann wurde der „Dreier-Kopf" für Schleswig-Holstein nur noch aus Kadern gebildet, die sich im Lande auskannten: zunächst Carl Carstens aus Lübeck und Karl Paustian aus Barmissen/Plön, beide hatten vor dem Verbot der Landeslei-

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 310

tung Schleswig-Holstein angehört. Der eine verfügte als früherer Elektroschweißer und Betriebsrat (Dräger-Werke, Lübeck) über Gewerkschaftserfahrungen, der andere kannte sich als ehemaliger Landarbeiter in der Landwirtschaft aus.

„Ich hatte zunächst wenig Kontakt zu den Kreisorganisationen", erinnert sich Ewald Stiefvater. Auch das änderte sich: Die Mitglieder des „Dreierkopfes" traten in unmittelbaren Kontakt zu den wichtigsten Kreisen – Ewald Stiefvater zur Kieler Kreisorganisation.

Carstens und Paustian lebten wie Stiefvater legal. Das traf auch für den später hinzugezogenen Rudolf Wendt (Jahrgang 1924) zu, bis 1956 1. Sekretär einer Hamburger Kreisorganisation. (Um die Effektivität der Landes- und Bezirksleitungen zu erhöhen, waren sie um ein oder zwei Köpfe verstärkt worden; insofern war es nicht mehr zutreffend von „Dreierköpfen" zu sprechen).

Legal leben und politisch illegal zu arbeiten – das hieß zu Hause bei der Familie zu wohnen und einer beruflichen Beschäftigung nachzugehen, die Zeit und Möglichkeiten ließ, mobil zu sein und die erforderlichen Kontakte untereinander und zu den Kreisorganisationen zu halten. Der 1924 geborene Carl Carstens war für die Lübecker Firma Holtex und die Wiesbadener Tapetenfabrik Dauer als Vertreter tätig. Der drei Jahre jüngere Karl Paustian hatte sich als landwirtschaftlicher Bodenprüfer selbständig gemacht. Ewald Stiefvater redigierte für den Hamburger Verlagskaufmann Ernst Arndt in Hamburg-Altona die monatlich erscheinende Kundenzeitschrift Für die Hausfrau. Das Einkommen Ewald Stiefvaters betrug monatlich 700 DM (Durchschnittsentgelt 1963: 650 DM). Carl Carstens rechnete das Gericht in einem späteren Prozeß vor, daß er in dem halben Jahr vor seiner Verhaftung nur 1125,33 DM verdient habe.[84] Von Gerhard Wendt heißt es in den Gerichtsakten, er sei in den letzten Jahren keiner ständigen Arbeit nachgegangen, „sondern betätigte sich nur gelegentlich als Provisionsvertreter für die Hamburger Textil-, Möbel- und Haushaltsfirma Große", wo er monatlich nur etwa 250 DM verdient habe.

84 Urteil Landgericht Flensburg in der Strafsache – 2 KLs 1/63 (I 1134/63), S. 13.

Das Verfassungsschutzamt ging nach Informationen ihrer V-Leute davon aus, daß die Partei die mageren Einkünfte ihrer leitenden Genossen durch Zuschüsse aufbesserte; nachgewiesen werden konnte dieser Verdacht nicht. Groß können die Summen, gemessen an ihrem bescheidenen Lebensstil, nicht gewesen sein.

Das bis dahin starre System konspirativer Strukturen war schon Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre gelockert. Die Zahl der im „Untergrund" in strenger Abschirmung lebenden, auf Unauffälligkeit bedachten Kader wurde auf ein Minimum reduziert. Die Leitungskader lebten nicht nur legal, sie zogen trotz ihrer geheimen Funktionen auch Aufmerksamkeit durch öffentliches Auftreten auf sich: Ewald Stiefvater (1959) und Karl Paustian kandidierten zu Landtags- und Kommunalwahlen (1959, 1962 und 1963) – ohne jede Aussicht, gewählt zu werden, allein darum, politisch in Erscheinung zu treten. Ewald Stiefvater meldete sich auch mit einer mehrmals im Jahr erscheinenden kleinen Zeitung zu Wort, der „Neuen Landespolitik". Das erleichterte dem Verfassungsschutz zwar die Beobachtung der nun „auffälligen" Parteiaktivisten, erschwerte aber auch den Nachweis konspirativer Aktivitäten.

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 311

Außer der „Neuen Landespolitik“ erschienen nach und nach noch andere legale Kleinzeitungen: der „Lübecker Volksbote“, Herausgeber Albert Ollrogge (seit 1961) Freies Wort, Herausgeber: Jürgen Brammer, Kiel (1959 bis 1965), „Freie Meinung“, Herausgeber: Max Wallnig, Lauenburg. In Neumünster unterhielt ein langjähriges Mitglied der KPD, Paul Evert, eine leistungsfähige Druckerei; Plambeck & Co scheute im Unterschied zu den meisten graphischen Unternehmen nicht das Risiko, die Verdächtigungen und wirtschaftlichen Nachtteile, die mit dem Druck der von Kommunisten verfaßten Flugblätter und herausgegeben Zeitungen verbunden waren. Die Vielzahl der Kleinzeitungen erschwerte Behinderung und Verbote. Als mit der beginnenden „Entspannungpolitik“ die unnachsichtige Verfolgung der Kommunisten nachzulassen begann, stellten sie ihr Erscheinen ein und empfahlen ihren Lesern, das in Hamburg erscheinende „Blinkfuer“ zu abonnieren – eine von dem Lübecker Albert Ollrogge noch in der Legalität herausgegebene Kleinzeitung für die Fischer und Bewohner der Westküste, die inzwischen als eine Wochenzeitung im Berliner Format erschien.[85]

85 Das „Blinkfüer“ fand besonders dort Abnehmer, wo das Fernsehen der DDR empfangen werden konnte, da die übrige Presse das Programm nicht abdruckte.

Die Kommunisten wurden in den Jahren des Parteiverbots nur dort wahrgenommen, wo sie sich als einzelne öffentlich zu Wort meldeten oder aktiv an sozialen und politischen Protestbewegungen teilnahmen. Zentral hergestelltes illegales Material wurde in so geringem Ausmaß verteilt, daß es keinen Einfluß auf die Meinungsbildung haben konnte. Die politischen Dokumente waren überdies in einer Sprache abgefaßt, die selbst bei den Genossen an der Basis auf Kritik stieß. Aus einer „Aussprache mit KL Kiel“ über den Entwurf einer Programmatischen Erklärung („Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“) am 18.03.1963 hielt das „Arbeitsbüro“ fest: Karl-Heinz beanstandete den Umgang mit dem Begriff Antikommunimus. Auch der häufige Gebrauch des Terminus Aktionseinheit stieß bei ihm auf Kritik: „Ich gebrauche diesen Begriff nicht, denn er wird sofort als kommunistisch aufgefaßt. Ich umschreibe ihn immer. Im Dokument, das für breite Bevölkerungskreise gedacht ist, sollte man das berücksichtigen:“ Für Fiete gab es noch zu viele Schlagwörter in dem Dokument; „übertriebene Beiwörter“ sollten weggelassen werden. Hein Wadle berichtete von einem Genossen, dem am Dokument nur gefiele, daß hochtrabende Worte daraus verschwunden seien. Ein Arbeiter („steht halb zur SPD und halb zur KPD“) befand: „Es steht nichts Neues drin, ich kenne das alles schon!“ Ein „Intelligenzler“ hatte ihn mit den Worten enttäuscht: „Das ist viel zu lang, das liest bei uns niemand. Ich habe das nur dir zuliebe gelesen.“[86]

86 SAPMO-BArch DY 30/ VI 2/10.03./106.

Die kritisierte Diktion der Dokumente erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die in Ostberlin residierende Parteispitze der KPD in ihren Einschätzungen und bei der Wahl ihrer Worte der großen Schwesterpartei folgte, mit der sie in engstem Kontakt stand und von deren materieller Unterstützung sie abhängig war. Das Aufsicht führende „Arbeitsbüro beim Zentralkomitee der SED“ sah in der Kritik der Basis einen Ausdruck „ideologischer Schwächen“ und ein „Zurückweichen vor dem Gegner“, statt sie als Entfremdung von der westdeutschen Wirklichkeit zu erkennen. In einem „Meinungen von KPD-Genossen zur DDR und SED“ überschriebenen Bericht des „Arbeitsbüros“ heißt es über die

11 Weigle 02.06.2008 18:41 Uhr Seite 312

Rechts: „Hamburger Morgenpost", 9. Mai 1963: „Agenten im Netz der Aktion Olymp": Die Verhaftung des „Dreierkopfes" der Landesorganisation (Stiefvater u.a.).

schleswig-holsteinische Bezirksleitung: „30.IV.63 BL-Schl./Holstein: ‚Die Hetze gegen die DDR… noch stark wirksam in der Arbeiterklasse'. Die BL hat selbst eine unrichtige Einschätzung der DDR, indem sie die Schwierigkeiten der DDR zu sehr in den Vordergrund rückt und nicht den Sieg der Arbeiterklasse in der DDR und ihre Bedeutung für den Kampf um die Rettung der Nation.'

‚Es gibt Genossen, die die Frage stellten, warum Walter Ulbricht wiedergewählt wurde auf dem VI. Parteitag."[87]

Im gleichen Monat, am 17. April 1963, wurde die BL-Schl./Holstein in Hamburg verhaftet.

Die Aktion Olymp. Da die Flugschriften und Zeitungen der illegalen KPD nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung erreichten, die Zahl der legal auftretenden Kommunisten gering war, machte sich die Mehrheit der Bürger ihr Bild von der illegalen KPD aus den Verlautbarungen des Verfassungsschutzes und Presseberichten über Festnahmen und Prozesse.

Am 8. Mai 1963 informierte Ministerialdirigent Bass vom Kieler Innenministerium die Presse darüber, daß die KPD im Lande 200 Mitglieder zähle und man ihre Leitung nach vierjähriger Beobachtung am 17. April verhaftet habe. Die Hamburger „Morgenpost" erschien mit der Schlagzeile „Agenten im Netz der Aktion ‚Olymp'": „Ostzone gab Funkbefehle nach Hamburg:" „Umfangreiches Material" sei beschlagnahmt worden sowie drei „Empfangsgeräte ostzonaler Herkunft", über die die Verhafteten ihre „Befehle" erhielten.[88] Die Leser der „Lübecker Nachrichten" erfuhren: „Illegale KP mit Pankow in Funkverbindung", die des „Hamburger Abendblattes": „Kommunisten in Hamburg funkten in die Zone.[89] Unter den sichergestellten Notizen habe sich ein „Geheimcode" befunden. Auch „Der Spiegel" sprach von „transportablen Funkgeräten" und sagte voraus, daß bei dem anstehenden Strafprozeß publik werden würde, „mit welchen Mitteln die SED ihre Bruderpartei führt". Die Berichterstattung entsprach der politischen Atmosphäre jener Jahre: „Wer hierzulande Kommunisten als Täter hinstellt, findet allemal Glauben…" (Günther Nollau)[90]

88 Hamburger Morgenpost, Hamburg, 09.05.1963, S. 1.

89 Zitiert nach „Stimme der demokratischen Rechte, Nr.XI/1963, S. 7f.

90 G.Nollau, ebenda S. 198. Anlaß dieser Feststellung war die Behauptung des Bundesnachrichtendienstes, die KPD habe 1959 in Köln und anderen Orten Hakenkreuze und die Losung geschmiert: „Deutsche fordern: Juden raus". Selbst eindeutig dagegen sprechende Tatsachen konnten den BND nicht veranlassen, von der Falschmeldung abzurücken – worin ihn „ein Teil der damaligen Regierungsmitglieder unterstützte".

Bei den vier Festgenommenen handelte es sich um Ewald Stiefvater, Karl Paustian, Carl Carstens und Gerhard Wendt. Die in Flensburg am 22. Mai ausgestellten Haftbefehle sprachen von „Verbrechen und Vergehen" der Festgenommen. Sie begründeten wie auch„die Höhe der zu erwartenden Strafe" nach Ansicht von Amtsgerichtsrat L.S. Meyer eine Fluchtgefahr, so daß die Festgenommen bis zum Prozeß in Untersuchungshaft gehalten werden sollten.

Am gleichen Tage wurden auch die Wohnungen der Festgenommenen nach belastendem Material durchsucht. „Bei uns klingelte die Polizei etwa um 17 Uhr", erinnert sich Hanne Stiefvater. „Ich weigerte mich, die Tür zu öffnen, und bestand hartnäckig darauf, daß Ewald bei der Haussuchung zugegen sein müsse. Schließlich erschien mein festgenommener Mann – es war bereits 23 Uhr –, doch als ich die Wohnungstür geöffnet hatte, wurde er, ohne die Wohnung betreten zu haben, wieder dorthin gebracht, von wo sie ihn geholt hatten, ins Untersuchungsgefängnis; ich fühlte mich überlistet." Agnes Carstens wußte zunächst nicht, warum ihr Mann am 17. April nicht nach Hause kam:

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 313

Ostzone gab Funkbefehle nach Hamburg

Agenten im Netz der Aktion „Olymp"

Donnerstag, 9. Mai 1963
Nr. 107 – 15. Jahrgang

Nordwest Lotto
Diese Woche:
10 x 257423,75 DM
Nicht lange quälen - „6 aus 49" wählen!

10 Pf
HAMBURGER Morgenpost
UNABHÄNGIGE ZEITUNG

Heute ATV-Seiten und mehr Radio

Parkplätze teurer als Autos Lesen Sie Seite 3

Kiel, 9. Mai (Eig. Ber.)

Über Funk wurde die Zentrale der Illegalen Kommunistischen Partei in Hamburg, Langenfelder Damm 18, von der Zone aus gesteuert! Diesen Beweis erbrachte die „Aktion Olymp" am 17. April in Hamburg. Damals wurde in einem überraschenden Schlag die Landesleitung der KP für Schleswig-Holstein in Hamburg ausgehoben und festgenommen.

Ministerialdirigent Bass vom Kieler Innenministerium berichtete gestern abend über die Auswertung des umfangreichen Materials. In der Wohnung von Frau Marie Müller in Hamburg wurden damals drei Empfangsgeräte ostzonaler Herkunft sichergestellt.

Die Geräte waren markiert für den Empfang des Hamburger Polizeifunks, um rechtzeitig gewarnt zu sein. Sie waren außerdem gekennzeichnet für den kommunistischen Freiheitssender 904, der bei Magdeburg installiert ist. Von hier aus kamen die Befehle.

Bass legte ferner eine Landkarte vor. Darin sind die illegalen Übergangswege für KP-Funktionäre durch den Eisernen Vorhang im Harz genau verzeichnet. (Fortsetzung Seite 2)

Schlupfwinkel im Langenfelder Damm 18

Weinkönigin wirbt in Hamburg

Ablehnen mußte Lufthansa-Kapitän Ernst Gölle den Pokal, der ihm von der deutschen Weinkönigin Maritta Heinzen aus Köln charmant angeboten wurde. Die 19jährige „Königin Maritta" traf gestern mit einer Lufthansa-Maschine auf dem Hamburger Flughafen ein, wo sie mit „großem Bahnhof" von der Binger Winzer-Trachtengruppe und Dr. Niebuhr, dem Vorsitzenden des Landesverbandes des Norddeutschen Wein- und Spirituosenhandels, empfan-

Wieder Rummel in Cannes

Sie sind wieder alle da, die kleinen und kleinsten Starlets in Cannes, wo heute die Filmfestspiele eröffnet werden. Jedes Jahr haben sie das gleiche Ziel: von den Pressefotografen gesehen und geflimmt zu werden. Auch wenn das Wasser noch so kalt ist, sie

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 314

„Erst nach drei Tagen erhielt ich den amtlichen Bescheid, daß er ins Untersuchungsgefängnis Hamburg eingeliefert wurde."[91]

91 „Stimme der demokratischen Rechte", Kiel, Mai 1963, S. 4.

Die Beweise für die Anschuldigungen waren von der Oberstaatsanwaltschaft ein halbes Jahr später, Anfang November 1963, vor der I.Großen Strafkammer des Landgerichtes Flensburg zu erbringen. Dabei wurde die Rolle der Angeklagten aus der Art und Weise abgeleitet, in der sich die Männer seit August 1962 in der Wohnung der Rentnerin Maria Müller in Hamburg-Eimsbüttel, Langenfelder Damm 18, im Abstand von zwei bis vier Wochen, insgesamt etwa zehnmal für jeweils etwa sechs Stunden trafen. Dazu sagten der Polizeihauptwachtmeister Skowronek und der Kriminalmeister Gregor als Zeugen aus. Sie hatten das Kommen und Gehen der Angeklagten observiert und dabei registriert, daß die Teilnehmer der Treffen ihre Autos in abliegenden Nebenstraßen abgestellt, das Haus einzeln und in zeitlichen Abständen betraten oder vorbeigingen, wenn ihnen etwas in der Umgebung verdächtig erschienen sei.

Es handelte sich, folgerten die Richter daraus, um Sitzungen „unter strenger Geheimhaltung": Maria Müller nahm an der Beratung nicht teil; ihre Rolle beschränkte sich darauf, den Angeklagten Kaffee zu kochen und ihnen ein Mittagessen zuzubereiten.

Daß es sich bei den Teilnehmern dieser konspirativen Treffen um die Bezirksleitung der KPD Schleswig-Holsteins handelt, schlossen die Richter aus Notizen, die die Angeklagten sich gemacht hatten; zum Beispiel eine Liste mit Ortsnamen: Kiel, Lübeck, Lauenburg, Stormarn, Plön, Neumünster, Flensburg, Südtondern, Eutin, Rendsburg, Eckernförde, Husum, Eiderstedt, Süder- und Norderdithmarschen, Steinburg und Pinneberg.[92]

92 „Es handelte sich um Parteigruppen, Stützpunkte und Kontakte zu einzelnen Genossen." (Ewald Stiefvater)

Seit Dezember 1961 lief ein auf der 20. Tagung des ZK der KPD beschlossenes „Parteiaufgebot": Ziel war eine bundesweite Werbung von 3000 Mitgliedern und die Herausgabe von 100 Betriebszeitungen. Die Bezirks- und Kreisorganisationen sollten regelmäßig über die Ergebnisse ihrer Anstrengungen berichten. Aus einer der am 17. April 1963 beschlagnahmten Aufstellung geht hervor, daß in Glückstadt, Oldesloe, Flensburg, Neumünster, Plön, Neumünster, Bordesholm und auf Fehmarn insgesamt 15 Mitglieder, darunter eine Frau, geworben waren; die Meldung der Kieler Organisation stand noch aus. Die Zeitung der Kieler Howaldt-Betriebsgruppe „Der Hellgen", sollte, wie der Gutachter den Notizen entnahm, am 1. Mai 1963 nach zweijähriger Pause wieder erscheinen.

Die Angeklagten bekannten sich zu ihren politischen Überzeugungen, begründeten sie, verweigerten jedoch jede Aussage zur Sache. Die Richter der Großen Strafkammer folgten in ihrem Urteil dem Sachverständigen des Landesamtes für Verfassungsschutz, Regierungsrat Kuhn, der die bei den Verhaftungen sichergestellten Notizen deutete, und kamen zu der Überzeugung, daß Ewald Stiefvater die „führende Rolle" spiele, daß es sich bei ihm um den „Vorsitzenden" der Bezirksorganisation handele.

Nach vier Verhandlungstagen verurteilte das Flensburger Gericht Ewald Stiefvater zu zwei Jahren und die genannten Mitangeklagten „wegen fortgesetzter vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen das Verbot

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 315

der KPD (§§ 42, 47 BVerf.GG) in Tateinheit mit Förderung einer verbotenen Vereinigung als Rädelsführer (§ 90a StGB) und mit verfassungsfeindlicher Geheimbündelei (§§ 128, 94 StGB)“ zu je einem Jahr und acht Monaten Gefängnis.

Die 72jährige Witwe Müller erhielt sechs Monate Gefängnis, die Untersuchungshaft wurde ihr, wie auch den anderen Verurteilten, angerechnet. Die verbliebene Reststrafe wurde in ihrem Falle zur Bewährung ausgesetzt. Die Richter unterstellten ihr ideelle Motive: „Sie wollte als überzeugte Kommunistin die Arbeit der illegalen KPD […] dadurch fördern, daß sie ihre Wohnung für die Treffen zur Verfügung stellte.“

Was das Gericht für erwiesen ansah und zur Grundlage seines Urteils nahm, klang weit weniger dramatisch als die bei der Verhaftung verbreiteten Meldungen. Bei den „Funkgeräten“ handelte es sich um schlichte Rundfunkempfänger; der Oberstaatsanwalt stellte in der Verhandlung ein kleines Taschenradio vor, die Richter gaben es frei. Der sichergestellte „Geheimcode“ entpuppte sich als Notizen für ein Preisausschreiben.

Welche „Verbrechen und Vergehen“ wurden den Angeklagten nachgewiesen? Das uneidliche Gutachten des Verfassungsschützers Kuhn – Rechtsanwalt Dr. Wessig, Hamburg, hatte vergeblich beantragt, ihn wegen Befangenheit abzulehnen oder aber zu vereidigen – ergab folgendes Bild: Der „Dreierkopf“ hielt seine Genossen im Lande an, den Entwurf einer „Programmatischen Erklärung“ mit dem Titel: „Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zu sozialer Sicherheit“ zu diskutieren und gegebenenfalls Änderungen zu beantragen, über die der bevorstehende Parteitag befinden sollte. Das Urteil erwähnt zwei „Verbesserungsvorschläge“, die in einer Jackentasche Ewald Stiefvaters gefunden wurden. Die Leitung drängte ihre Genossen zu Gesprächen mit Sozialdemokraten, zu öffentlichem Auftreten auf Versammlungen und zur Kandidatur bei Wahlen, zur Teilnahme am Ostermarsch und an Aktionen gegen die Notstandsgesetze. Sie leiteten ihre Mitglieder in der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an. In dem Urteil über den Angeklagten E.Stiefvater werden Notizen zitiert, die nach Meinung des Gutachters von einem Gespräch mit in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) tätigen Genossen zeugen; dabei ging es um Enthüllungen über Verbrechen des SS-Gruppenführers Reinefarth, um die Verhinderung eines internationalen SS-Treffens in Hameln, um Proteste gegen das Auftreten des letzten Reichskanzlers Admiral Dönitz in einer Schule.

Um sachkundig und konkret anleiten zu können, und zu Zwecken der Agitation analysierte die Leitung mit ihren bescheidenen Kräften die Lage im Lande – eine Aufgabe, die der Verfassungsschutz-Sachverständige aus Stiefvaters Notiz herauslas: „Ereignisse im Land studieren“. Was sie dabei beispielsweise über Ausmaß und Ursachen der Werftenkrise herausfand, sollte in „Der Hellgen“ ihren Niederschlag finden. Auf den heimlichen Zusammenkünften wurde über die Losungen zum 1. Mai beraten und darüber, wie zur Solidarität mit den in Frankreich streikenden Arbeitern angeregt werden könnte. An anderer Stelle des

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 316

Urteils heißt es, den beschlagnahmten Notizen sei zu entnehmen, „daß Stiefvater die Aufrechterhaltung des Friedens, die friedliche Koexistenz und die Schaffung einer Demokratie im Sinne der Program.-Erklärung der KPD als Grundlinie der kommunistischen Außenpolitik herausstellte…".

Das alles hielt sich im Rahmen dessen, was politische Parteien gemeinhin beschäftigt. Als eine gegen den Staat gerichteten „Verschwörung" konnten die Richter die Aktivitäten der Angeklagten nur bewerten, weil sie davon ausgingen, daß jede kommunistische Aktivität darauf zielt, die bestehende, in der Verfassung verankerte Ordnung durch eine andere, nach dem Vorbild der DDR gestaltete zu ersetzen.

Haft und Solidarität. Die Verurteilten verbüßten ihre Strafe in der Regel in der Haftanstalt in Neumünster. Eine von ihnen beantragte Zusammenlegung wurde trotz Beschwerde beim Generalstaatsanwalt in Schleswig abgelehnt.[93] Im Juli 1963 befanden sich außer Stiefvater, Carstens und Paustian, Willi Griebel (42), aus Neumünster, Wilhelm Mertins (57), Ahrensburg und Kurt Unterdörfer, Kaltenkirchen, in Haft. Willi Griebel war kein Kommunist. Er hatte an einer „Arbeiterkonferenz" teilgenommen, die anläßlich der Leipziger Messe stattfand, was den Richtern für eine Verurteilung wegen Kontaktaufnahme zu verfassungsfeindlichen Organisationen – SED, KPD und FDGB – ausreichend erschien.

93 Entscheidung des Generalstaatsanwalts, 23.12.1963, Gesch.Nr. –4514 E –2.St. 4/63.

In Schleswig-Holstein leitete ein Kommunist der ersten Generation, der Kieler Otto Preßler (Jahrgang 1895),[94] eine „Solidaritätsgemeinschaft zur Wahrung der demokratischen Rechte", die Beiträge erhob, Spenden sammelte, Angeklagte, Verurteilte und deren Angehörige unterstützte und sich mit einem Mitteilungsblatt („Stimme der demokratischen Rechte") an die Öffentlichkeit wandte. Sie ermöglichte es den Frauen der Inhaftierten, in Veranstaltungen auf das Los ihrer Männer aufmerksam zu machen.

94 Vgl. Detlef Siegfried: „Ich war immer einer von denen, die kein Blatt vor den Mund nahmen!" – Konitinuitäten und Brüche im Leben des Kieler Kommunisten Otto Preßler, in: Demokratische Geschichte, Bd. IV, Kiel 1989,S. 259ff.

So gering auch der Aktionsradius der von den Medien ignorierten „Solidaritätsgemeinschaft" war, ihre Aktivitäten stärkten den Verfolgten und ihren Familien den Rücken: „Nachbarn, Freunde aus nah und fern halfen mir über die ersten Schwierigkeiten hinweg", erinnert sich Hanne Stiefvater. „Ein Rechtsanwalt aus Wedel hat unmittelbar nach der Verhaftung die Verteidigung übernommen und auf seine ihm zustehenden Gebühren verzichtet. Dänische Freunde verhalfen mir mit meinen Kindern zu einem 14tägigen Erholungsurlaub in Kopenhagen. Und zu Weihnachten kamen Geschenkpakete, besonders aus der Deutschen Demokratischen Republik."

Nach einer solchen in Kiel abgehaltenen Veranstaltung schrieb ein Zuhörer Ewald Stiefvater ins Gefängnis, obwohl er ihn nicht kenne, wolle er ihm „zum Besitz einer so mutigen und aufrichtigen Frau, besonders um Ihr Schicksal bedachten und deshalb besorgten Ehefrau" gratulieren. „Vielleicht ist es Ihnen ein kleiner Trost, wenn ich Ihnen verspreche, mich an den Herrn Justiz-Minister von Schleswig-Holstein zu wenden, mit einem Gesuch um Begnadigung im Interesse Ihrer Frau und der kleinen Kinder."[95]

95 Brief des Kapitäns Johannes Olk, Kiel, an den Strafgefangenen Stiefvater, 21. März 1964, Privatarchiv E. Stiefvater.

Als Staatsanwaltschaft und Gericht Ewald Stiefvater nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haft, eine vorzeitige Entlassung mit der Begründung verweigerten, er halte an seiner kommunistischen Über-

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 317

Wedeler-Zeitung

Mittwoch, den 6. November 1963

Aus der Nachtarschaft

Stiefvater verweigerte die Aussage

Prozeß gegen die illegale KP-Landesleitung hat begonnen / Autos bei 250 Mark Monatseinkommen

Die Angeklagten (hinten, von rechts) Ewald Stiefvater, Karl Fred Paustian, Carl Carstens und Gerhard Wendt streng von Polizisten bewacht. Vorn die Rentnerin Maria Müller und die Rechtsanwälte Wessig und Hofer (von rechts).

Von unserem nach Flensburg entsandten Korrespondenten Ernst Braeckow

Ewald Stiefvater, zweifellos der intelligenteste der Angeklagten, ist in Wedel geboren

sich wegen Unterstützung der illegalen KPD-Bezirksleitung verantworten mußte, ist ebenfalls seit 1945 Mitglied der Partei gewesen. Die etwas einfältige alte Dame war wesentlich aussagefreudiger als ihre Mitangeklagten. Eines Tages sei ein „unbekannter" Herr zu ihr gekommen und habe sie gefragt, ob er mit einigen Freunden in ihrem Wohnzimmer gelegentlich konferieren könne. „Ich kannte den Mann nicht, aber ich konnte das Geld brauchen, das er mir bot", bekannte sie. Sie habe dann ab Sommer vorigen Jahres nach vorheriger Verabredung für die vier Herren gekocht und jedesmal etwa 20 Mark kassiert. Die Herren hätten sehr geheimnis-

Nicht nur der kluge Chef

gibt Prämien für außergewöhnliche Leistungen, auch der Staat honoriert mit einem ansehnlichen Geldgeschenk. Stetige Sparer

Artikel zum Prozeß gegen die illegale KPD-Leitung („Wedeler Zeitung", 6. November 1963).

zeugung fest und stelle darum auch weiterhin eine Gefahr für die Bundesrepublik dar, unterschrieben in Wedel „fast hundert Bürger ein Schreiben an den Justizminister in Schleswig-Holstein mit der Forderung nach Haftentlassung". Der Wedeler Bundestagsabgeordnete Fritz Sänger (SPD) setzte sich ebenfalls für Stiefvaters Freilassung beim Justizminister des Landes ein und machte der Frau des Häftlings Mut, indem er ihr mitteilte, daß auch der Minister die Meinung teile, daß die „fortbestehende Überzeugung" einem „Gnadenerweis" nicht im Wege steht.[96] Hanne Stiefvater ist überzeugt: „Dank der Solidarität konnten meine Kinder und ich meinen Mann wenige Wochen vor Weihnachten wieder glücklich in die Arme nehmen."

96 Fritz Sänger an Hanne Stiefvater, Bonn 20.08.1964, Privatarchiv Stiefvater.

Der Rechtswissenschaftler Alexander von Brünneck hat die fundierteste Untersuchung über das Ausmaß der Kommunistenverfolgung in den Jahren von 1956 bis 1968 vorgelegt.[97] Nach Auswertung aller verfügbaren Quellen kommt er auf eine Zahl von „ungefähr 4000 Verurteilungen" – etwa ein Drittel der Angeklagten wurde zu Haftstrafen von mehr als neun Monaten verurteilt, „leitende Funktionäre" zu zwei bis drei Jahren, in Einzelfällen auch zu noch längerer Haft. Etwa ein Drittel der Strafen wurde zur Bewährung ausgesetzt. Auch wenn die etwa 125 000 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in den meisten Fällen zu keiner Anklage führten, verloren die Betroffenen nicht selten ihren Arbeitsplatz. Von Brünneck verweist auf „die Ausdehnung der politischen Justiz auf das Arbeitsrecht." Kommunisten waren nicht nur vom Öffentlichen Dienst ausgeschlossen, die Arbeitsgerichte räumten auch privaten Arbeitgebern das Recht ein, Mitarbeiter zu entlassen, die verdächtig waren, „strafbare politische Handlungen" begangen zu haben. „War der Arbeitsplatz einmal auf diese Weise verloren, war es oft überaus schwierig, eine neue Stelle zu finden." Ein solcher Fall ist die Entlassung Waltraud Paaschs. In ihrem Bericht über die Verhaftung ih-

97 A.v .Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt/M. 1978.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 318

res Mannes hatte die BILD-Zeitung auch ihren vollen Namen und Adresse genannt, worauf die Deutsche Bank AG sie fristlos entließ. In Erwiderung auf die Klage auf Wiedereinstellung verteidigte das Unternehmen seine Entscheidung: „Die objektive Sachlage ist die, daß der engste Familienangehörige der Klägerin sich illegal politisch betätigt hat, und zwar im Sinne einer Organisation, deren Ziel es u.a. ist, die in der Bundesrepublik geltende Ordnung umzustürzen und damit die Grundlage zu beseitigen, auf der die Existenz der Beklagten beruht:“[98]

98 DEUTSCHE BANK AG, Hamburg, 04.03.1960, Privatarchiv Waltraud Paasch.

Zu den Sanktionen gehörten auch Polizeiaufsicht und die Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte. Ältere Kommunisten, die als Opfer des NS-Regimes Wiedergutmachungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) erhielten, wurden in besonderer Weise betroffen: „Bei Verurteilungen aufgrund politischer Delikte war der Entzug und die Rückforderung bisher erhaltener Entschädigungsleistungen die Regel:“

Zu den entschiedensten Kritikern dieser Art Verfolgung gehörte neben dem Staatsrechtler Helmut Ridder der zu jener Zeit als Strafverteidiger tätige Sozialdemokrat Diether Posser (der spätere Justizminister Nordrhein-Westfalens). Er schrieb 1961: „Solange die Spaltung Deuschlands mit rivalisierenden und verfeindeten Regierungen besteht […] wird die politische Justiz und ihre Rechtsprechung den Charakter von Bürgerkriegsjustiz und – rechtsprechung haben und behalten:“[99] Selbst Christdemokraten übernahmen die Verteidigung von Kommunisten und übten Kritik an der Art der Beweisführung und Wertung der Taten – beispielsweise Rechtsanwalt Walther Böttcher, Lübeck (1954-1959 Präsident des schleswig-holsteinischen Landtages, Bürgermeister in Lübeck).[100]

99 Diether Posser, Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers, Karksruhe 1961, S. 43.

Bis heute fordern die „Verfolgten aus der Zeit des Kalten Krieges“ vergeblich eine Rehabilitierung.[101]

100 Vgl. Klaus Weigle, Die Flensburger Kandidatenprozesse, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch IV/1989, S. 373ff.

101 Offener Brief Ewald Stiefvaters an die Abgeordneten des Landtages in Schleswig-Holstein, Wedel, 09.06.1968. Die 1988 gegründete „Initiativgruppe zur Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges“ vertritt heute 400 noch lebende Betroffene der Jahre 1959-1968.

Dennoch war die Verfolgung der Kommunisten in den zwölf Jahren nach dem KPD-Verbot von 1956 nicht mit der unter den Nationalsozialisten zu vergleichen. Auch wenn sie, gestützt auf „ein sehr weit gefaßtes politisches Strafrecht“, eine „in demokratischen Staaten unübliche politische Strafverfolgung“ (Diether Posser[102]) ermöglichte, waren ihr rechtsstaatliche Grenzen gesetzt. Die Angeklagten konnten sich – im Unterschied zu den in der DDR verfolgten Oppositionellen – an die Öffentlichkeit wenden, mit ihnen konnte offen Solidarität geübt werden; ihre Bestrafung ging, was die Länge der Haft betraf, weniger weit.

102 Diether Posser, Menschenrechte in Deutschland – Geschichte und Gegenwart“, München 1997, S. 229.

Nach der Verhaftung Ewald Stiefvaters übernahm Rolf Warncke die Leitung der Landesorganisation; ihr gehörten auch Helmut Grimm und Günter Wilke an. Warncke, ein ehemaliger Mitarbeiter der „Hamburger Volkszeitung“, war schon 1953 oder 1954 zum Aufbau der „Zweiten Linie“ in Süddeutschland herangezogen worden, in den „Untergrund“ abgetaucht, nach dem Parteiverbot 1960 in Süddeutschland verhaftet und zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach seiner Freilassung kehrte er zu seiner in Wedel lebenden Frau zurück. 1964 schied er aus der Leitung aus, fand Arbeit bei der Firma Lubeca in Wedel. Sein soziales Engagement führte dazu, daß seine Kollegen ihn zum freigestellten Betriebsratsvorsitzenden wählten und der lokale Mieterbund zu seinem Vorsitzenden.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 319

Der Kieler Helmut Grimm hatte ebenfalls zu den „Untergrund"-Kadern gehört, war in Rheinland-Pfalz „hochgegangen" und hatte eine Gefängnisstrafe in Mainz „abgesessen". Günter Wilke, ein in Wedel lebender ehemaliger Redakteur der „Hamburger Volkszeitung", arbeitete nach dem Parteiverbot als Sportredakteur beim „Hamburger Abendblatt".

Über die Besetzung der Leitungen entschied die Kaderabteilung des Zentralkomitees. Es gab verschiedene Gründe, einzelne Funktionäre oder ganze Leitungen auszuwechseln. Verhaftete mußten ersetzt werden, andere wurden aus „Sicherheitsgründen" abgezogen oder weil ihr Einsatz an anderer Stelle als sinnvoller angesehen wurde; Verstöße gegen die konspirativen Regeln oder auch Unfähigkeit konnten Gründe zur Entfernung aus der Leitung sein. Die Entscheidungen kamen für die Betroffenen immer überraschend und konnten nicht hinterfragt werden.

Nachdem sich auch für Ewald Stiefvater, den letzten politischen Häftling in Schleswig-Holstein, im November 1964 die Tore der Strafanstalt Neumünster geöffnet hatten, entschied die Parteispitze, ihm erneut die Leitung der Landesorganisation zu übertragen. Trotz der gerade „abgesessenen" Haftstrafe übernahm er die Aufgabe. Der Leitung gehörten auch weiterhin Günter Wilke und Helmut Grimm an.

Formen legaler Aktivitäten. Schon bald nach dem Verbot hatten die Illegalen sich zunutze gemacht, was die Bundesverfassungsrichter in Bezug auf den Marxismus-Lenismus festgeschrieben hatten: „… diese Wissenschaft (ist) als solche selbstverständlich frei, sie kann vorgetragen, gelehrt, weiterentwickelt, allerdings auch diskutiert und bekämpft werden."[103] Einzelne Mitglieder initiierten unter verschiedenen Namen lokale Bildungsvereine. Zu den ersten gehörte ein in Neumünster von dem Verleger Paul Evert und dem Druckereileiter Hein Gottwald ins Leben gerufener „Wissenschaftlich-Marxistischer Arbeitskreis" (Jürgen Schmidt und Horst Theiß, Neumünster). An ihm hätten auch „Sympathisanten", also Parteilose teilgenommen, man sei öffentlich in Erscheinung getreten – zum Beispiel bei Kranzniederlegungen am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus – und habe Studienfahrten nach Neubrandenburg organisiert, um „sozialistische Errungenschaften" zu besichtigen. Bei der Werbung habe man sich auf Kollegen des Eisenbahnausbesserungswerks und ein Zweigwerk der AEG konzentriert.

103 Das Verbot der KPD, Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – Erster Senat – vom 17. August 1956, Karlsruhe 1956, S. 615.

Ähnliche Bildungszirkel entstanden in den kommenden Jahren in Kiel, Wedel, Barmstedt und anderen Orten des Landes. Seit 1961 konnten sich die verschiedenen Bildungszirkel an einer von der August-Bebel-Gesellschaft in Frankfurt/M. herausgegebenen Zeitschrift orientieren, den „Marxistischen Blättern".

Eine andere, schon erwähnte Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen, sich politisch auf Versammlungen zu Wort zu melden und Flugblätter herauszugeben, bestand darin, sich bei Wahlen als „Unabhängiger Kandidat" zu bewerben. Die regionalen Wahlausschüsse in Schleswig-Holstein entschieden nicht einheitlich, ließen aber die Kandidaturen in der Regel zu.

Das heißt nicht, daß einem Kommunisten die Wahrnehmung seiner Bürgerrechte leicht gemacht wurde, im Gegenteil. Ob er nun kandidierte und die dafür erforderlichen Unterschriften sammelte, ob er seine Meinung in einem Flugblatt oder auf einer von ihm einberufenen Versamm-

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 320

Rechts: Kommunistische Tarnschrift: Verdeckt durch Titel- und Rückseite („Die Uwe Seeler Story") war das Wahlprogramm vom 28. 09.1958 abgedruckt.

lung verbreitete, eine Publikation herausgab und als Herausgeber Leser zum Gespräch einlud, er konnte nie wissen, ob er nicht mit der Obrigkeit in Konflikt gerät, seine Absicht unterbunden und er angeklagt wird, das KPD-Verbot zu unterlaufen.

Zur Bundestagswahl 1961 gingen drei Genossen einen Schritt weiter und bewarben sich in Flensburg, Lübeck und Lauenburg nicht als „Unabhängige", sondern als Kommunisten um die Zulassung als Kandidaten. Die Staatsanwaltschaft griff ein, sie sah den Bestand der Bundesrepublik gefährdet. Die I. Große Strafkammer des Landgerichtes in Flensburg verurteilte die Bewerber zu neun bzw. sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung.[104]

104 Vgl. Klaus Weigle; Die Flensburger Kandidatenprozesse, in: Demokratische Geschichte, Bd. IV, Kiel 1989, S. 387 ff.

Andere Möglichkeiten legalen politischen Wirkens ergaben sich in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) und in der „Deutschen Friedens-Union". Die DFU, die sich 1962 unter maßgeblicher, wenn auch nicht offensichtlicher Beteiligung von Kommunisten gebildet hatte, führte linke Sozialdemokraten, friedenspolitisch engagierte Christen und Pazifisten zusammen. In der VVN überwogen – seit sich sozialdemokratische und Widerstandskämpfer anderer Couleur[105] eigene Organisationen geschaffen hatten – Kommunisten in der Mitgliedschaft und den Leitungen. In der „Deutschen Friedens-Union" (DFU) hingegen waren sie eine Minderheit. In Schleswig-Holstein gehörte als einziger Kommunist Paul Evert zeitweilig der engeren DFU-Führung an, was nicht hieß, daß die KPD richtungsweisenden Einfluß auf die Politik der Union zu nehmen suchte.[106]

105 Bis 1949 hatte auch Konrad Adenauer der VVN angehört.

106 Vgl. Hubert Knabe, Der lange Arm der SED, Einflußnahme des MfS auf politische Protestbewegungen in Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B38/99, S. 11 ff.

Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, Anfang der 50er Jahre, waren aktive und erst recht bestrafte KPD-Mitglieder aus Vereinen und Organisationen ausgeschlossen worden (z.B. aus dem Journalistenverband, häufig auch aus den Gewerkschaften). Inzwischen arbeiteten sie wieder, anderen Bürgern gleichgestellt, in Sportvereinen, Kleingärtnervereinen und ähnlichen Organisationen mit und bekleideten nicht selten Funktionen.

Kommunisten inspirierten junge Sympathisanten, lokale Jugendgruppen ins Leben zu rufen. Horst Theiß, ein damals Heranwachsender, erinnert sich: „Ich gründete gemeinsam mit Gleichgesinnten 1962 die ‚Junge Aktion', die am Ort politisch bald stärker als jede andere Jugendorganisation in Erscheinung trat […] Freunde der ‚Jungen Aktion' wurden wie ich im Laufe der Zeit Mitglieder der KPD." Im gleichen Jahr fand sich in Kiel die „Junge Gemeinschaft" zusammen. Einer ihrer Gründer, Christian Koberg – wie Horst Theiß in der Illegalität über einen Arbeiterbildungszirkel zur KPD gestoßen – dazu: „Mit Hilfe der Partei kam es bald zur Vernetzung dieser Gruppen im Land. Später, als sich die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) konstituierte, bildeten sie den aktiven Kern dieser Organisation."

Der Glaube wurde auf die Probe gestellt. Die „Standhaftigkeit" der illegal arbeitenden Kommunisten, ihre „Unbelehrbarkeit", wie es den Richtern der Verurteilten erschien, oder ihre Blindheit gegenüber den „Verhältnissen im Osten", wie es Außenstehende sahen, erklärt sich aus ihrem Glauben an die eigene Sache, den Sozialismus. Daß der „reale Sozialismus" gegen Ende des Jahrhunderts im Wettbewerb um die höhere Arbeitsproduktivität – sie wurde, gestützt auf Lenin, als Schlüsselzahl der

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 321

Sonderdruck

Die Morgenpost bringt:

DIE UWE SEELER STORY

Wir waren bei Uwe!

Vor wenigen Tagen spielte sich in einem Hamburger Gerichtssaal folgende Szene ab: Der Richter fragte einen Angeklagten, dessen Weltkenntnis ihm doch reichlich lückenhaft zu sein schien: „Sagen Sie mal, Angeklagter, kennen Sie Heuß?" Der Angeklagte schüttelte den Kopf. „Adenauer?" Wieder Kopfschütteln. „Aber den Hugo Seeler, den kennen Sie doch?" Ein Leuchten geht über die Züge des Angeklagten: „Sie irren, Herr Richter, er heißt Uwe!" – Die Popularität Uwe Seelers, dieses echten Hamburger Jungen ist nicht mehr zu überbieten. Es gibt niemand in unserer Stadt, der ihn nicht kennt. Seine Anhänger sagen: „Wer weiß, wie das letzte Spiel gegen Frankreich ausgegangen wäre, wenn der Dicke mitgespielt hätte!" Die „Hamburger Morgenpost" bringt:

ALLES ÜBER UWE SEELER

...erung Schleswig-Holsteins !

...lerin, werter Wähler !

...sche Partei Deutschlands,
...ion Schlewig- Holstein,
...bt sich, Ihr

...ROGRAMM

...am 28. September 1958
...u bringen und bittet Sie,
... prüfen.

KPD

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 322

Überlegenheit angesehen – unterliegen werde, ohne daß die Massen die „sozialistischen Errungenschaften" verteidigen würden, das erschien ihnen undenkbar. Indizien, die das ankündigten, wurden nicht wahrgenommen oder umgedeutet, alle Zweifel letztlich beiseite geschoben.

Dabei wurde ihr Glaube durch Ereignisse im „sozialistischen Lager", speziell Vorgänge in der UdSSR und der DDR immer wieder auf die Probe gestellt. Als Ewald Stiefvater aus der Haft entlassen wurde, hatte die Partei gerade eine Diskussion über die Absetzung Nikita Chruschtschows als Generalsekretär der KPdSU hinter sich, über die ein Mitglied des Politbüros Gespräche mit einer Vielzahl von namentlich nicht genannten Genossen an verschiedenen ebenfalls nicht bezeichneten Orten geführt hatte. Er listete Fragen und Meinungen dazu in einem vertraulichen Bericht an die Parteiführung auf:

„Wie konnte man angesichts der internationalen Situation Chruschtschow ablösen? Weissagung Mao Tse Tungs hat sich erfüllt. – Chruschtschow hat keine eigene Politik gemacht, es sind doch kollektive Beschlüsse. Warum muß er jetzt dafür büßen? Warum sucht man sich immer einen Sündenbock? […] Durch diese ‚geheimnisvollen' Absetzungen verlieren wir an Autorität. Muß es bei uns immer so sein, daß abrupt, über Nacht der 1. Sekretär verschwindet? – Erst jeden Tag gelobt, dann werden die Bilder abgenommen und die Bücher eingezogen. […] Warum die Lüge von den Altersgründen und der Krankheit? Das entspricht nicht den Prinzipien einer kommunistischen Partei. Man hätte die Wahrheit sagen sollen. – Wenn solche Methoden praktiziert werden, dann besteht auch die Gefahr des Stalinismus. Erst gelobt, dann kein Wort von Verdiensten. Was soll man denn noch glauben? Also haben die Chinesen recht? […] Die Führung der KPdSU handelt verantwortungslos. Chruschtschow ist den Chinesen geopfert. – Die italienische, französische, österreichische Partei handeln richtig. Warum mußten wir gleich ein Grußtelegramm schicken?"

„Manfred" berichtet, bei einem Genossen sei die Verzweiflung so weit gegangen, „daß er die Frage stellte, ob es denn überhaupt noch Zweck hat weiter zu arbeiten. Es lohne sich doch nicht mehr. Manager regieren. Immer schlachtet einer den anderen ab. Große Worte (Vortrupp) kann ich nicht mehr hören. […] Und das bei Freunden, die unermüdlich tätig sind. Die seit Jahren keinen freien Abend haben, die große persönliche Opfer bringen. Da muß man sehr geduldig sein. Ihr könnt Euch denken, wie viele Stunden diese Diskussionen kosten!

Jetzt haben sich die Funktionäre wieder gefangen. […] An der Basis war die relativ geringste Erschütterung. Auch die Neuen nehmen das alles nicht so tragisch.

Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß auch die Freunde, die schwerste Bedenken hatten, nach außen offensiv aufgetreten sind. Beispiel: ‚Was das ZK der KPdSU macht, wird schon richtig sein'."

„Manfred" empfahl: „Unser Chef soll im Rundfunk sprechen. Auch Verdienste Chr. würdigen."[107] Im Kieler „Freien Wort" schlug sich die Stimmung in der Kritik an der würdelosen Form der Entlassung Nikita Chruschtschows nieder. Der Herausgeber zog sich damit den Zorn der Parteiführung zu. Er wurde nach Berlin zitiert und hatte sich für die „ideologische Schwankung" zu verantworten.

107 SAPMO-BArch DY 30/VI.2/10.03/107. Mit „Chef" war mit Sicherheit der KPD-Vorsitzende Max Reimann gemeint.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 323

Die letzte Phase der Illegalität. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses führte in den 60er Jahren zu einer Neuorientierung der Außenpolitik der USA. Die „Politik der Stärke" gegenüber der UdSSR – d.h. der Drohung mit militärischer Gewalt – war als Folge eines veränderten Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken aussichtslos geworden, die mit dem Namen Adenauer verbundene Ära westdeutscher Nachkriegspolitik lief aus. Im Sog dieser Entwicklung begann auch in Bonn ein Nachdenken; bisherige Positionen wurden modifiziert oder geräumt („Hallstein-Doktrin"). Das Umdenken führte schließlich zu der von W. Brandt zunächst als Außenminister eingeleiteten und später als Kanzler vorangetriebenen „Neuen Ostpolitik".

Die Kommunisten, die noch zu ihrer Fahne hielten, fühlten sich in ihrer Überzeugung bestärkt, daß es zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und der DDR als zweiter deutscher Staat, zu einer Verständigung zwischen den Systemen über die friedliche Beilegung aller Konflikte keine Alternative gab, wollte man das Wettrüsten beenden und einen atomaren Weltkrieg ausschließen. Sie registrierten ein Nachlassen ihrer Verfolgung. Anfang 1967 informierte die Zentrale Parteikontrollkommisson (ZPKK) das Politbüro und Sekretariat der KPD über einen „Rückgang der Zahl der offenen Exekutivmaßnahmen in den Jahren 1965/66" und „gegenüber früheren Prozessen geringere Strafen". Die Kontrollkommission mahnte zugleich, das dürfe „kein Anlaß zur Sorglosigkeit" sein. Der Gegner behalte sich „den Zeitpunkt seines Eingreifens vor und macht das von der jeweiligen, ihm günstig oder erforderlich erscheinenden Situation abhängig". Seine Tätigkeit richte sich „in der Hauptsache gegen das legale Auftreten der Kommunisten". „Für die gerichtliche und außergerichtliche Verfolgung dient der Gleichklang des Inhalts und der Formulierungen in Wort und Schrift mit den offiziellen Äußerungen der KPD, SED, des FDGB und anderer Massenorganisationen der DDR als Begründung."

In ihren „Lehren und Hinweisen" ermahnt sie die Mitglieder, den Gegner nicht zu unterschätzen, „Schwatzhaftigkeit und Prahlerei mancher Genossen (sind) die Hauptquellen, aus denen der Gegner seine Kenntnisse über interne Parteifragen schöpft"; sie fordert, an „Nahtstellen zwischen legaler und illegaler Arbeit" wachsamer zu sein. Gefahren erwüchsen auch aus der „Routine in der Arbeit", der „schriftlichen Fixierung von Beschlüssen".[108]

Mitte der 60er Jahre begann sich auch die innenpolitische Situation zu verändern, 1966 kam es zur ersten Wirtschaftskrise, die Illusion vom ununterbrochenen Wachstum zerrann. Politischer Zündstoff häufte sich. Mit der Ruhe im Lande war es vorbei. Eine Außerparlamentarische Opposition (APO) formierte sich. Sie richtete sich gegen den Vietnam-Krieg und die Bonner Unterstützung der Amerikaner, gegen die „im Ernstfall" beabsichtigte Einschränkung von Bürgerrechten (Notstandsgesetze"), gegen die Manipulation durch die Springer-Presse. Die nie ganz erloschene „Friedensbewegung" bekam starken Auftrieb, wie sich an der wachsenden Zahl der „Ostermarsch"-Teilnehmer ablesen ließ.

In der hauptsächlich von einem Teil der jungen Generation getragenen Protestbewegung wuchs nicht nur ein Gefühl internationaler Solidarität (mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, den nationalen

108 10.02.1967 Informationen der ZPKK an das PB [Politbüro] und Sekretariat", SAPMO-Barch, NY 30/2 10.30./92.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 324

Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt"), ihr kritisches Interesse an der NS-Zeit wuchs – dabei kamen die Kommunisten ins Blickfeld, ihr opferreicher Kampf gegen Hitler. „Als der ‚verbotene Raum' (Ulrich Klug) links von der SPD zunehmend seinen Schrecken verlor, da gewannen die verfolgten Kommunisten eine besondere Aura, in der sich Realitäten und Mythen des antifaschistischen Widerstandes, ihres neuerlichen Märtyrertums und ihrer konspirativen Bewegungsformen vermischten."[109] Die Kritik an der Verfolgung der Kommunisten wuchs.

109 Detlef Siegfried: An der Ostfront des Westblocks. Die westdeutschen „68er" und die DDR, 1998, Manuskript, S. 9.

In Teilen der jungen Intelligenz wurden Fragen nach dem Imperialismus, dem Staat, der Politischen Ökonomie aufgeworfen, sie wandten sich dabei auch Karl Marx zu; man sprach von einer Renaissance seiner Theorien. Die Berührungsängste gegenüber Kommunisten ließen überall dort nach, wo die in sozialen und politischen Bewegungen Engagierten auf kommunistische Mitstreiter stießen.

Detlef Siegfried führt das Nachlassen der Berührungsängste gegenüber Kommunisten auch darauf zurück, daß die den Antikommunismus der ersten Nachkriegsjahre stützenden „Volkserfahrungen" – „traumatische Erfahrungen mit der Roten Armee und den deutschen Kommunisten"; Kriegsgefangenen-, Flucht- und Vertreibungserlebnisse – infolge des Generationswechsels verblaßten.[110]

110 Ebendapt, S. 5

Dabei kam es immer wieder auch zu heftigen Diskussionen, wie man es mit den Kommunisten halten solle, wobei diejenigen überwogen, die eine Zusammenarbeit aus taktischen oder grundsätzlichen Gründen ablehnten. Es war vor allem die vorbehalt- und kritiklose Einstellung zur DDR, die Anlaß zu diesen Diskussionen gab. Außer den Kommunisten war kaum jemand überzeugt, daß die DDR „die sozialistische Zukunft der Nation"[111] verkörpere, und wo es die Genossen mit der Verpflichtung zu ernst nahmen, mit aller Kraft „über die große nationale Rolle und Bedeutung der DDR"[112] aufzuklären, gerieten sie in der Regel ins Abseits. „Probleme des entstehenden Sozialismus nicht zu erkennen, alles, auch offensichtliche Fehlentwicklungen zu verteidigen"; das war – einer zu späten Erkenntnis nach – einer der Gründe für den „Rückgang unseres Masseneinflusses".[113]

111 Programmatische Erklärung des KPD-Parteitages 1963, zit. nach: KPD 1945/1965, Berlin (Ost) 1966, S. 171.
112 KPD 1945/65, Berlin (Ost), S. 114.
113 Kurt Bachmann 1993, zit. nach: ZU-Pressefest, Volksfest der DKP, Essen, August 1999, S. 56.

Relegalisierung oder Neugründung ? Die Forderung nach Aufhebung des BVG-Urteils hatte seit dem Parteiverbot zu den zentralen Losungen der KPD gehört – in ihren Publikationen und als heimlich auf Mauern gemalte Losungen. Doch erst 1965 stieß sie auf größere Resonanz und wurde zu einem politischen Thema auch für die Bundestagsparteien und die Regierung. Ende 1966 befürwortete selbst Franz-Josef Strauß eine Zulassung der KPD.[114]

114 Die Welt, 23.11.1966.

Die wachsende Aufmerksamkeit, die der Frage nach der Duldung einer kommunistischen Partei zukam, hing mit der Deutschland- und ostpolitischen Umorientierung der staatstragenden Kräfte zusammen. Bei Fortdauer der harten Ost-West-Konfrontation wäre sie kein Thema geworden. Doch erst die Aktivitäten der verbotenen KPD – wie immer man ihre Wirkungen einschätzt – forderten diese Diskussion heraus. Die sie auslösende Verfolgung der Kommunisten drohte zu einem Hindernis der beginnenden „Neuen Ostpolitik" zu werden. Gleichzeitig setzte auch die innerhalb der Bundesrepublik – im sich wandelnden politischen Klima der späten sechziger Jahre – wachsende Kritik an der Straf-

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 325

justiz gegen Kommunisten die Regierung unter Druck. Unter diesen Umständen nahm ihre Verunsicherung und die der Justiz beim Umgang mit den Kommunisten zu.

Die verbotene Partei nutzte „die sich mehrenden Stimmen für eine Beendigung des KPD-Verbots“[115] und ging in die Offensive. Anfang 1967 bot der KPD-Vorsitzende Max Reimann der Bundesregierung Verhandlungen über die Aufhebung des Parteiverbots an und benannte eine Verhandlungskommission. Am 14.03. trat in Frankfurt/M. ein „Initiativausschuß für die Wiederzulassung der KPD“ an die Öffentlichkeit. Wie in anderen Bundesländern konstituierte sich auch in Schleswig-Holstein ein regionaler Ausschuß, der mit Flugblättern und Versammlungen an die Öffentlichkeit trat. „Die Kommunisten wurden nun tätig, als ob das Parteiverbot nicht mehr bestünde. Das Netz der Initiativausschüsse entwickelte sich praktisch zum Gerüst einer offenen Organisation.“[116] Am 27./28.01.1968 wurde in Essen von jungen Kommunisten ein Ausschuß zur Gründung der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) ins Leben gerufen. Im gleichen Jahr nahm ein „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt/M. unter Leitung Josef Schleifsteins, seine Arbeit auf.[117]

Um die Unsicherheit der Exekutive beim Umgang mit kommunistischen Aktivitäten zu beenden, einigten sich die Landesinnenminister auf ihrer Ständigen Konferenz am 12.10.1967 in Ulm auf die Faustformel: „Alte KPD mit verfassungsfeindlichen Zielsetzungen – nein. Neue KPD mit verfassungskonformen Zielen – ja.“[118]

Die KPD hielt dennoch daran fest, das KPD-Verbot müsse aufgehoben werden. Ewald Stiefvater forderte noch im August 1968 in einem im Namen eines „Arbeitskreises für die Wiederzulassung der KPD“ herausgegebenen Flugblatt die „Wiederherstellung ihrer Legalität“. Die Flugblätter wurden am 17. August in Kiel und Ahrensburg von Kriminalbeamten sichergestellt. Die Maßnahme stützte sich auf eine Weisung des Leitenden Oberstaatsanwaltes Dr. Frohberg (Landgericht Flensburg), mit der er möglichen Aktionen zum 12. Jahrestages des KPD-Verbots vorbeugen wollte.[119] Der Einspruch Ewald Stiefvaters führte einen Monat später zur Freigabe der Flugschriften.

Am 13. Februar 1968 besetzte Polizei die Druckerei Plambeck & Co in Neumünster, hielt die Druckmaschinen an und beschlagnahmte 60 000 bereits ausgedruckte bzw. halbfertige Broschüren mit dem Entwurf eines neuen Programmentwurfs der KPD. Es war kennzeichnend für den politischen Wandel in der Bundesrepublik, daß die I. Große Strafkammer des Landgerichts Flensburg wenig später den Einziehungsantrag der Staatsanwaltschaft ablehnte. Das gegen die Druckereiinhaber Paul Evert und Heinrich Gottwald eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts, als Rädelsführer oder Hintermänner eine verfassungsverräterische Vereinigung gefördert und verfassungsverräterische Schriften hergestellt zu haben (§§ 90a Abs. 2, 93 StGB a.F.), wurde eingestellt.

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hatte die Beschlagnahme des Entwurfs angeordnet. Eine Pressekonferenz, auf der KPD-Vertreter den Programm-Entwurf am 8. Februar in Frankfurt im „Hamburger Hof“ hatten vorstellen wollen, war auf Weisung aus Bonn vom

115 Wilhelm Mensing, Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich/Osnabrück 1989, S. 35.

116 Ebenda.

117 J.Schleifstein, ein führendes KPD-Mitglied, war als Westemigrant –- und damit unsicherer Kantonist – Anfang der 50er Jahre in die DDR versetzt worden, hatte dort als Universitätslehrer gearbeitet, später auch der Volkskammer angehört und war zuletzt wieder im zentralen Parteiapparat tätig.

118 Wilhelm Mensing, Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich/Osnabrück 1989, S. 48.

119 Vgl. Brief des Leitenden Oberstaatsanwaltes Dr. Frohberg – Akt.Zeichen 2 JS 162/68 – an die Rechtsanwälte Ewald Stiefvaters vom 13.11.1968. Privatarchiv E. Stiefvater.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 326

hessischen Innenminister aufgelöst worden. Eine sechs Tage später in Bonn angesetzte Pressekonferenz blieb unbehelligt.

„Etwa vier oder fünf Wochen nach der Beschlagnahme", erinnert sich Ewald Stiefvater „erhielt ich von der Parteiführung Adresse und Route zum Abholen von etwa 2000 Exemplaren der Entwürfe aus Österreich. Ich entschied mich für Artur Stehr, den ich in der Illegalität als zuverlässig und verschwiegen kennengelernt habe." Artur Stehr war vor dem Parteiverbot zeitweilig im Sekretariat der Landesleitung für Arbeit und Soziales (A&S) verantwortlich gewesen, nach dem Parteiverbot in seinen Beruf zurückgekehrt und hatte sich als Betriebsrat und Gewerkschafter Ansehen bei seinen Kollegen verschafft. Er war bereit, die Entwürfe abzuholen, wie auch sein Sohn Heinz, der ihn begleiten wollte. „Sein ‚Ja' habe ich ihm hoch angerechnet. Er stand kurz vor einer Examensprüfung als Diplom-Ingenieur, und das Unternehmen war nicht ohne Risiko."

Tatsächlich ging das Unternehmen schief. Vater und Sohn fuhren nach Innsbruck zu ihrer Anlaufstelle: dem Büro der KPÖ. „Wir wunderten uns sehr über die mangelnde Konspiration, packten dann die Programmentwürfe in die Koffer, luden sie in das Auto ein und fuhren, wie vorgegeben, zum Grenzübergang Kufstein." Schon hundert Meter vor der Grenze fingen österreichische Grenzbeamte sie ab, durchsuchten ihre Koffer, entdeckten die von der Wiener „Stern"-Verlagsgesellschaft m.b.H. gedruckten Broschüren und übergaben die beiden an ihre deutschen Kollegen. Die Festgenommenen wurden erkennungsdienstlich behandelt und verhört. „Wir wurden informiert, daß an mehreren Grenzen unterschiedlicher Länder Festnahmen vorgenommen worden wären und es jetzt eine zentrale Entscheidung wäre, was mit den Festgenommenen passiert, ob Untersuchungsgefängnis oder Freilassung. Am späten Nachmittag fiel dann die Entscheidung" (Heinz Stehr). Man ließ Artur und Heinz Stehr frei und leitete ein Verfahren gegen sie ein. Die Beschwerde Artur Stehrs wies der Bundesgerichtshof mit der Begründung ab, daß die Broschüren dem Versuch dienen, eine verbotene Partei fortzuführen und für sie zu werben.[120]

120 Beschluß des Bundesgerichtshofes , Akt .Zeichen: 1 BJs 3/68 – StB 10/68.

Der christdemokratische Innenminister Paul Lücke sah sich im März 1968 einem Generalangriff auf das KPD-Verbot ausgesetzt und bangte um die Rechtsordnung und die Autorität von Regierung und Justiz.[121] Die Auseinandersetzung zwischen der KPD-Führung und Regierungsvertretern darüber, auf welchem Wege eine Rückkehr in die Legalität möglich ist, hielt bis in den Herbst des Jahres an. Max Reimann und seine Emissäre Max Schäfer und Grete Thiele bestanden auf der Aufhebung des KPD-Verbots von 1956, was nur nach Änderung des Parteienverbots-Artikels 21 des Grundgesetzes möglich war. „Herr Schäfer wandte ein", notierte Oberregierungsrat Buhrow die Sorge der KPD-Vertreter während eines Gesprächs zwischen ihnen und Bundesjustizminister Gustav Heinemann am 4. Juli 1968 in Bonn, „daß jeder Ansatz einer Neugründung durch die Anwendung der Vorschriften über das Verbot, eine Ersatzorganisation der verbotenen Partei zu gründen, schon im Keim erstickt werden könnte. Die eventuellen Gründer einer neuen KP würden von staatsanwaltschaftlicher Verfolgung bedroht".[122]

121 Vgl. Wilhelm Mensing … S. 70.

122 Anhang in: Wilhelm Mensing, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben…, Zürich 1989.

Der „Arbeitskreis Schleswig-Holstein für die Wiederzulassung der

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 327

Aufruf zur „Neukonstituierung einer kommunistischen Partei" in Schleswig-Holstein mit Namen der Initiatoren.

Erklärung des Landesausschusses Schleswig-Holstein zur Neukonstituiernng einer Kommunistischen Partei

Am 29. September 1968 hat sich in Neumünster ein Landesausschuß Schleswig-Holstein zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei gebildet. Ihm gehören 19 Personen aus verschiedenen Teilen Schleswig-Holsteins an. In der Beratung wurde die Erklärung des Bundesausschusses zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei einmütig gebilligt. Der Ausschuß appelliert an alle Kommunisten, alle Marxisten, an alle, die einer Kommunistischen Partei beitreten wollen, in den Kreisen, Städten und Gemeinden unseres Landes sofort damit zu beginnen, Ausschüsse für die Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei zu bilden.

Neumünster, 29. September 1968

Mitglieder des Landesausschusses Schleswig-Holstein zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei

Jürgen Böttcher, Angestellter, Brunsbüttelkoog, Wurtleutetweute 52
Helmut Grimm, Feinmechaniker, Kiel, Westring 322
Wilhelm Hülsemann, Zimmerer, Harksheide, Langenhornerweg 172
Rudi Jürgensen, Maurer, Eckernförde, Bergstraße 3
Karl-Heinz Lorenzen, Angestellter, Flensburg
Wilhelm Mertins, Schneidermeister, Ahrensburg, Theodor-Storm-Straße 42
Heinrich Meyn, Expedient, Lübeck, St. Jürgenring 5
Ursula Müller, Beiköchin, Hoisdorf, Schierenplatz 16
Herbert Offermanns, Angestellter, Wedel/Holstein, Vosshagen 60
Albert Ollrogge, Rentner, Lübeck, Gneisenaustraße 9
Helmut Schlüter, Arbeiter, Stolpe, Kamp
Lenchen Severin, Hausfrau, Großhansdorf, Hoisdorfer Landstraße 32
Willi Stammer, Rentner, Itzehoe, Edendorfer Straße 172
Artur Stehr, Arbeiter, Pinneberg, Breslauer Straße 6
Sonja Stein, Angestellte, Elmshorn, Saarlandhof 29
Ewald Stiefvater, Journalist, Wedel/Holstein, I.-D.-Möller-Straße 80
Loni Tradowski, Stenotypistin, Lübeck, Feldstraße 22II
Heinrich Wadle, Kupferschmied, Einfeld b. Neumünster, Looper Weg
Waltraud Weigle, Kaufm. Angestellte, Lübeck, Moränenweg

Vorläufige Anschriften des Arbeitsausschusses:

Helmut Grimm, Kiel, Westring 322
Ewald Stiefvater, Wedel/Holstein, I.-D.-Möller-Straße 80
Loni Tradowski, Lübeck, Feldstraße 22II
Spenden erbeten auf das Konto Nr. 292 (Ewald Stiefvater) bei der Volksbank Wedel/Holstein

KPD" erhebt die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots noch im August 1968 in von Ewald Stiefvater verantworteten Flugblättern. Sie werden in Ahrensburg und Kiel beschlagnahmt und erst im November nach Einspruch (Dr. Wessig, Hamburg) wieder freigegeben.

Die Regierungsvertreter beharrten darauf, daß eine Aufhebung des KPD-Verbots nicht in Frage käme und blieben gleichzeitig bemüht, die Bedenken gegenüber einer Neugründung zu zerstreuen. „Zu verstehen war diese ‚Werbung' für eine Neugründung durch die Bundesregierung auf dem Hintergrund rapide gewachsener Schwierigkeiten mit dem Vollzug des Verbotsurteils angesichts ständiger und erfolgreicherer Versuche der Kommunisten, es zu unterlaufen. Die hatten gut gelernt, wie rechtliche und Zweifelsfragen im Vollzug des Urteils sich ausnutzen ließen, und damit die Vollzugsbehörden in den Ländern gründlich demontiert."[123]

Selbst die bei Plambeck & Co in Neumünster eingezogenen und in Kufstein beschlagnahmten für die KPD Schleswig-Holsteins bestimm-

123 Wilhelm Mensing, Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Zürich/Osnabrück 1989, S. 84.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 328

ten Programmentwürfe fanden später eine andere Bewertung. Als das Programm – nach einem erfolgreichen Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft – der II. Große Strafkammer des Flensburger Landgerichts später zu erneuter Prüfung vorlag, legten die Richter „die strengen Maßstäbe strafrechtlicher Sachverhaltsfeststellungen" an, wie sie im Urteil hervorhoben, und kamen zu dem Schluß, daß seine aktuellen Ziele sich „im Rahmen des Grundgesetzes" halten und das Fernziel, „der Sozialismus als solcher mit einer freiheitlichen Demokratie im Sinne des GG nicht unvereinbar" sei.[124]

In Berlin wurde derweil innerhalb der KPD-Führung und zwischen den SED- und KPD-Spitzen über die Frage gestritten, ob man auf einer Aufhebung des KPD-Verbots bestehen oder sich unter anderem Namen neu gründen solle – Meinungsverschiedenheiten, zu denen selbst die KPdSU konsultiert wurde.[125] Max Reimann war noch Ende Mai gegen eine Namensänderung und Neugründung. Auf einer Politbüro-Sitzung der KPD hatte der Vorsitzende seine Haltung begründet: „Eine Namensänderung würde auch die vom Gegner verfolgte Absicht der Neugründung einer ihnen genehmen Partei unterstützen"[126] Auch Gefühle waren im Spiel: „Genosse Reimann plädierte dann stark und sehr gefühlsmäßig für die Beibehaltung des Namens der Partei, der mit dem Herzblut der Kommunisten verbunden sei", protokollierte der Leiter des „Arbeitsbüros" beim ZK der SED auf einer Beratung des KPD-Politbüros am 20.04.1968 für den Bericht an seine Parteiführung.[127]

Schließlich wurde die „Neukonstituierung einer kommunistischen Partei" beschlossen. Da die Genossen im Lande über den Meinungsstreit innerhalb der KPD-Führung und mit der Schwesterpartei nicht informiert waren, wußten sie am 26. September nicht, was sie von Pressemeldungen über eine am Vortag erfolgte Konstituierung einer „Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) halten sollten. „Nicht wenige Genossen waren anfangs zurückhaltend und skeptisch" (Ewald Stiefvater); sie hatten noch die Argumente im Ohr, die immer wieder gegen eine Neugründung vorgebracht worden waren.

Die Kader des Landes hingegen waren vorbereitet: Vier Tage nach der Pressekonferenz, auf der der spätere DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann[128] die neue Partei vorgestellt hatte, versammeln sich in Neumünster fünf Frauen und vierzehn Männer und wenden sich in einem Aufruf „an alle Kommunisten, Marxisten und alle, die einer kommunistischen Partei beitreten wollen, sofort zu beginnen, örtliche Ausschüsse für die Neukonstituierung zu bilden". Die Bürger erfahren aus der Presse „Am vergangenen Sonntag hat sich in Neumünster ein Landesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei gegründet. […] Es wurde ein Arbeitsausschuß gebildet. Zum Sprecher wurde Ewald Stiefvater aus Wedel gewählt".[129]

Ein Teilnehmer erinnert sich: „Wir waren alle ein wenig euphorisch, die Stimmung war gelöst. Wir betrachteten unseren Beschluß als Beginn einer neuen Epoche unserer Partei" (Rudi Jürgensen, Eckernförde). Anfang Oktober staunt das „Hamburger Abendblatt": „Wie Pilze schießen DKP-Gruppen aus dem Boden".[130]

„Wir haben sicher keine Bäume ausgerissen mit unserer Arbeit", urteilt einer der an der illegalen Arbeit in Kiel und im Lande Beteiligten.

124 Urteil der II. Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg vom 24.06.1971, –2 KMs 4/69 (II 75/70).

125 Gestützt auf die Akten der Abteilung „Arbeitsbüro" beim ZK der SED hat Hans-Peter Müller den Streit nachzeichnen können, in: Klaus Schröder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 251ff.

126 Information über die Beratung mit einer Delegation des Politbüros des ZK der KPD am 29. Mai 1968. SAPMO-BArch, ZPA, VI 2/10.03.-76.

127 Erste Information über die Beratung der Vollsitzung des Politbüros des ZK der KPD. SAPMO-BArch, ZPA 2/2.028-17.

128 Der 1909 geborene Kurt Bachmann, von Beruf Lederarbeiter, hatte Widerstand gegen Hitler geleistet, war 1938 nach Frankreich emigriert, 1942 an die Gestapo ausgeliefert worden; er überlebte – im Unterschied zu seiner Frau, die in Auschwitz umgebracht wurde – die KZ–Haft und arbeitete seit 1945 in der KPD.

129 Pinneberger Tageblatt, 03.10.1968.

130 Hamburger Abendblatt, Hamburg, 04.10.1968.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 329

„Aber wir konnten das Gerüst der kommunistischen Partei und die Voraussetzungen für ihren Wiederaufbau erhalten" (Claus Böttcher). So oder ähnlich schätzen Beteiligte das Ergebnis ihres Wirkens ein.

Tatsächlich hat ihr die Obrigkeit herausforderndes Engagement die Kommunisten davor bewahrt, in Vergessenheit zu geraten. Ein kleiner Kern der vor ihrem Verbot 1956 noch etwa dreitausend Mitglieder zählenden Landesorganisation war davor bewahrt geblieben, sich in der Gesellschaft „zu verlieren", ein Kaderstamm war „in Übung" geblieben, Jüngere waren herangewachsen und hatten Erfahrungen gesammelt. In Schleswig-Holstein hatten knapp zweihundert Frauen und Männer dieses „Fähnlein der Aufrechten" gebildet. Nachdem ihre Partei wieder ins Gespräch gekommen war, hatte sie „ihre Reihen sogar stärken können". Der legale Neuanfang wurde, erinnert sich Ewald Stiefvater, mit etwa 280 Mitgliedern gemacht. (Von den für diese Arbeit befragten Zeitzeugen und genannten Personen gehörten Helmut Grimm, Rudi Jürgensen, Karl-Heinz Lorenzen, Hein Meyn, Albert Ollrogge, Artur Stehr, Ewald Stiefvater und Hein Wadle zu den Gründern der DKP in Schleswig-Holstein.)

Im Selbstverständnis der Illegalen lagen zwölf Jahre erfolgreicher politischer Arbeit hinter ihnen: „Wenn wir das Gesamtergebnis in einer erfolgreichen Entspannungspolitik sehen – ein Gegenstück von Krieg – können wir mit Recht sagen: daran haben wir als Akteure kräftig mitgewirkt" (Ewald Stiefvater). Es liegt nahe, daß sie die Ergebnisse ihres Wirkens höher einschätzen als ihre Umwelt, schließlich war es der Mittelpunkt ihres Lebens und bestimmte ihren Alltag nachhaltig. Aus größerem Abstand urteilt der Marburger Politikwissenschaftler Georg Fülberth, langjähriges Mitglied des DKP-Parteivorstandes, über das Wirken der illegalen KPD in den Jahren 1956 bis 1968, danach „blieb ihr gesamtgesellschaftliches Gewicht […] ungemein gering".[131] Die von Staatsanwälten und Richtern beschworene Gefährdung des Staates, Grundlage ihrer Anklagen und Urteile, bestand für Günther Nollau, den mit der Beobachtung der KPD beauftragten Verfassungsschützer, tatsächlich nicht: „Durch meine tägliche Berufserfahrung erkannte ich bald, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik keine Aussicht hatten, eine führende politische Kraft zu werden. […] Deshalb war ich davon überzeugt, daß die Gefahr des Kommunismus in unserem Lande ständig übertrieben wurde."[132]

Während der letzten Vorbereitungen für die „Neukonstituierung einer kommunistischen Partei" alarmierte am 21. August 1968 eine Nachricht aus Prag die Welt: Sowjetische Streitkräfte marschieren in die CSSR ein! Noch bevor das Ereignis in der Partei diskutiert wurde, verteidigten bekannte Führungskader den Einmarsch.[133] Damit war die Frage, ob die Kommunisten bereit seien, „auch die Politik der UdSSR von sozialistischen Prinzipien aus unter Kritik zu nehmen", beantwortet.[134] Bekannte Linke der APO hatten davon eine weitere Zusammenarbeit mit den Kommunisten abhängig gemacht.[135] Die SED hatte auf Bündnistreue bestanden, Max Reimann übernahm es, den Kritikern gegenüber die Haltung der Kommunisten zu begründen.[136] Ein vergeblicher Versuch. Akzeptanz und Bündnisfähigkeit waren damit erneut an ihre Grenzen gestoßen. Die Parteigründer ahnten nicht, daß das Ereignis das

131 Georg Fülberth, KPD und DKP 1945-1990, Heilbronn 1990, S. 130.

132 Günther Nollau, Das Amt, München 1978.

133 Georg Fülberth … S. 114.
134 Ebenda.
135 Offener Brief an westdeutsche Kommunisten, unterzeichnet von Prof. Dr. W. Abendroth, Dr. Andreas Buro, Dr. Arno Klönne u.a. vgl. Ryschkowski S. 116.
136 Arbeitsbüro, 4.09.1968: Kurzinformation über die Sitzung des Politibüros des ZK der KPD vom 29./30.08. SAPMO-BArch, ZPA, IV A 2/2.028-16.

11 Weigle 02.06.2008 18:42 Uhr Seite 330

historische Scheitern eines „realen Sozialismus“ signalisierte, dem die meisten Mitglieder in blinder, kritikloser Solidarität bis zu dessen Abtritt verbunden blieben. Es dauerte noch 22 Jahre, bis selbst höchste Repräsentanten des „realen Sozialismus“ einräumten: „Es entstand eine Gesellschaft, die wenig mit Sozialismus zu tun hatte:“ Es waren „die Intoleranz, die Abgrenzung von der Welt, die Kleinlichkeit des Denkens, die Uniformierung unserer Phantasie“, die das System untergruben.[137]

137 Egon Krenz, Wenn die Mauern fallen, Wien 1990, S.152 und S. 175.

Die KPD löste sich nach Gründung der DKP nicht auf. Den Genossen an der Basis blieb verborgen, daß die Ansprüche des KPD-Vorsitzenden immer wieder zu Rivalitäten und Spannungen gegenüber der DKP-Spitze führten – wie die Akten des „Arbeitsbüros“ im Detail belegen.[138] 1971 stellte die KPD ihre ohnehin auf Erklärungen Max Reimanns beschränkte politische Arbeit ein; der „Freiheitssender 904“ hörte auf zu senden.

138 Vgl. Hans-Peter Müller, Gründung und Frühgeschichte der DKP, in: Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 276 ff.

1969 stellte sich nach fünfzehn Jahren wieder eine legale kommunistische Partei nach einjährigem Wirken dem Wählervotum. Ihre Erwartungen wurden enttäuscht. Die Gründer hatten verkannt, daß sich an der Befindlichkeit ihres Umfeldes nichts geändert hatte: Die staatliche Obrigkeit tat weiterhin alles, um die Kommunisten klein zu halten, die große Mehrheit der Bevölkerung lehnte deren am „realen Sozialismus“ orientierte Visionen ab, selbst die sieben Prozent Bürger, die – wie Demoskopen herausfanden – 1968 eine Partei links von der SPD für wünschenswert hielten, sahen in der DKP keine solche Partei. Die „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF), ein Wahlbündnis von DKP und „Deutscher Friedensunion“ (DFU), erhielt 0,6 Prozent der Stimmen, weniger als die KPD in den fünfziger Jahren, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.